



Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr 2021

Landkreis Ostprignitz-Ruppin
Referat Recht
Virchowstraße 14 - 16
16816 Neuruppin
www.ostprignitz-ruppin.de

1. Inhaltsverzeichnis

2. Zielsetzung des Beteiligungsberichtes und rechtliche Grundlagen	3
2.1 Zielsetzung des Beteiligungsberichtes	3
2.2 Rechtliche Grundlagen des Beteiligungsberichtes	3
3. Unternehmensformen und betriebswirtschaftliche Kennzahlen.....	4
3.1 Unternehmensformen	4
3.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen	4
4. Beteiligungen des Landkreises OPR im Überblick.....	6
4.1 Graphische Darstellung über die Beteiligungen des Landkreises OPR gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 BbgKVerf einschließlich ihrer mittelbaren Beteiligungen	6
4.2 Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises OPR gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 BbgKVerf nach Branchen einschließlich ihrer mittelbaren Beteiligungen.....	7
5. Einzeldarstellung der kommunalen Unternehmen unmittelbarer Beteiligungen	8
5.1 PRO Klinik Holding GmbH.....	8
5.2 PRO Klinik Service GmbH	15
5.3 Ostprignitz-Ruppiner Personennahverkehrsgesellschaft mbH	21
5.4 AWU Abfallwirtschafts-Union Ostprignitz-Ruppin GmbH.....	28
5.5 REG Regionalentwicklungsgesellschaft Nordwestbrandenburg mbH	35
5.6 Musikkultur Rheinsberg gGmbH	44
5.7 VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	53
6. Einzeldarstellung der kommunalen Unternehmen mittelbarer Beteiligungen	62
6.1 AWU Logistik OPR GmbH	62
6.2 Ruppiner Kliniken GmbH	65
6.3 OGD Ostprignitz-Ruppiner Gesundheitsdienste GmbH	74
6.4 MBN Medizinische Bildungsakademie Neuruppin GmbH.....	79
6.5 HOSPA gemeinnützige Gesellschaft für Hospiz- und Palliativbetreuung mbH	84
6.6 Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH.....	90
6.7 PRO Energy GmbH	99

Stand: Dezember 2022

2. Zielsetzung des Beteiligungsberichtes und rechtliche Grundlagen

2.1 Zielsetzung des Beteiligungsberichtes

Mit diesem Bericht erfüllt der Landkreis Ostprignitz-Ruppin (Landkreis OPR) die gesetzliche Verpflichtung nach § 61 der kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung des Landes Brandenburg (KomHKV) zur Vorlage eines Berichtes über Beteiligungen. Ziel ist es, primär den Mitgliedern des Kreistages und den Bürgern einen umfassenden Überblick über die Unternehmen zu geben, an denen der Landkreis OPR beteiligt ist. Im Vordergrund stehen dabei die Analyse und Entwicklung der Unternehmen.

Der vorliegende Beteiligungsbericht 2021 beruht auf der Darstellung und Analyse der Jahresabschlüsse zum Bilanzstichtag 31.12.2021 (bzw. Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH zum Bilanzstichtag: 30.09.2021 aufgrund des versetzten Geschäftsjahres) der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen. Neben allgemeinen Informationen, wie Gegenstand des Unternehmens, Stammkapital und Organe, wird auch auf die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft und die öffentliche Zweckerfüllung eingegangen.

2.2 Rechtliche Grundlagen des Beteiligungsberichtes

§ 61 KomHKV - Rechtsanforderungen an den Beteiligungsbericht und seine Inhalte

„Zur Information der Mitglieder der Gemeindevertretung und der Einwohner hat die Gemeinde einen Bericht über ihre Unternehmen gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 und 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) sowie ihrer mittelbaren Beteiligungen zu erstellen und jährlich fortzuschreiben [...]“ Sparkassen und Sparkassenverbände sind nicht aufzuführen. Die Aufstellung erfolgt anhand der letzten Jahresabschlüsse (§ 242 HGB) der Unternehmen.

§ 82 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 BbgKVerf - Pflicht zur Aufstellung des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht ist Bestandteil des Jahresabschlusses und ist diesem als Anlage beizufügen.

§ 83 Abs. 4 Satz 2 Nr. 5 BbgKVerf - Pflicht zur Aufstellung des Beteiligungsberichtes

Soweit der Beteiligungsbericht nicht bereits Bestandteil des Jahresabschlusses ist, so ist er dem Gesamtabschluss als Anlage beizufügen.

§ 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 BbgKVerf - Berichtskreis

Zu den in den Beteiligungsberichten aufzunehmenden Unternehmen gehören:

- Kommunale Anstalten des öffentlichen Rechts (AöR)
- Unternehmen in Form des Privatrechts, deren Anteile vollständig den Gemeinden gehören
 - Eigengesellschaften
- Beteiligungen an AöR und Unternehmen in privater Rechtsform.

3. Unternehmensformen und betriebswirtschaftliche Kennzahlen

3.1 Unternehmensformen

Die Beteiligungen des Landkreises OPR werden als juristische Personen des privaten Rechts bisher ausschließlich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) geführt und unterliegen deshalb den Rechnungslegungsvorschriften des Handels- und Steuerrechts. Die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) räumt dem Gesellschafter nach GmbH-Recht weitgehende Gestaltungsmöglichkeiten über den Gesellschaftsvertrag ein und lässt dem Gesellschafter Steuerungsmöglichkeiten. Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind rechtlich und wirtschaftlich selbstständige Unternehmen, die als Eigengesellschaft (Beteiligung 100 %), Mehr- oder Minderheitsbeteiligungen geführt werden.

3.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

Kennzahlen zur Vermögenslage

Kennzahl	Berechnung	Leitsätze zur Beurteilung
Anlagenintensität (AI) in %	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	AI zeigt den Anteil langfristig angelegter Vermögensgegenstände (Grad der langfristigen Kapitalbindung). Je höher der AI ist, desto höher ist die Abschreibung.

Kennzahlen zur Kapitalstruktur

Kennzahl	Berechnung	Leitsätze zur Beurteilung
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$	Je höher die EKQ ist, desto höher sind die finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit des Unternehmens
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	Ist der Aktivseite der Bilanz zu entnehmen.	Bilanzielle Überschuldung liegt vor, da das Eigenkapital durch angesammelte Verluste aufgebraucht wurde.

Kennzahlen zur Finanzlage

Kennzahl	Berechnung	Leitsätze zur Beurteilung
Anlagendeckungsgrad II (ADG II) in %	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfrist. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	Ein Wert über 100 % bedeutet, dass das Anlagevermögen (langfristige Investitionen) durch das langfristig im Unternehmen vorhandene Kapital finanziert bzw. gedeckt ist. Ein Wert unter 100 % bedeutet, dass die Fristenkongruenz der Bilanz nicht eingehalten wurde. Langfristige Investitionen sind mit kurzfristigem Fremdkapital gedeckt.
Zinsaufwandsquote (ZAQ) in %	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	Je höher die ZAQ, desto höher sind die Fremdkapitalzinsen. Der finanzielle Status des Unternehmens verschlechtert

		sich mit steigender ZAQ.
Liquidität 3. Grades (LQ) in %	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$	Bewertet das Umlaufvermögen im Verhältnis zum kurzfristigen Fremdkapital (sollte um 200 % liegen). Ist je nach Branche zu beurteilen, da Vorräte und Lagerbestände mit eingerechnet werden müssen.
Vereinfachter Cashflow (CF) in €	Jahresergebnis +/- Ab-/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens +/- Zu-/Abnahme der langfristigen Rückstellungen +/- sonstige nicht zahlungswirksame wesentliche Aufwendungen und Erträge = Cashflow	CF ist der Umsatzüberschuss, den ein Unternehmen für Investitionen, Schuldentilgung und Gewinnausschüttungen verwenden kann. Je niedriger der CF, desto mehr ist das Wachstumspotenzial eines Unternehmens eingeschränkt, das Eigenkapital geschwächt und der Verschuldungsgrad steigt.

Kennzahlen zur Ertragslage

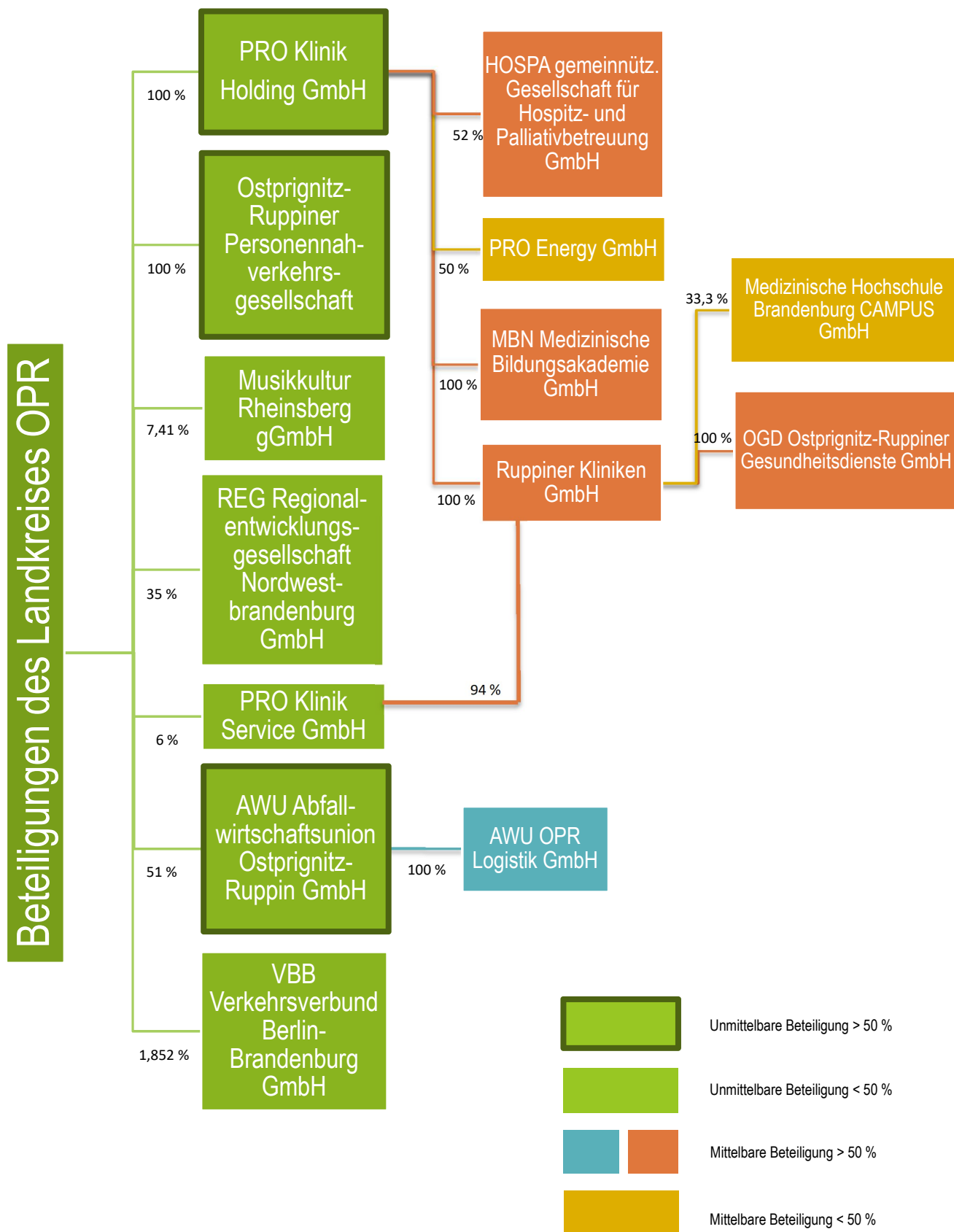
Kennzahl	Berechnung	Leitsätze zur Beurteilung
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{langfrist. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	GKR zeigt den Grad der Verzinsung des eingesetzten Gesamtkapitals. Je höher der Wert, desto ertragsstärker ist das Unternehmen.
Umsatzerlöse (UE) in €	Aus der Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen.	UE ist die Summe aller Erträge und Erlöse durch die Geschäftstätigkeit.
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (JÜ/JF) in €	Aus der Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen.	JÜ/JF zeigt den positiven/negativen Saldo aller Erträge und Aufwendungen.

Sonstige Kennzahlen

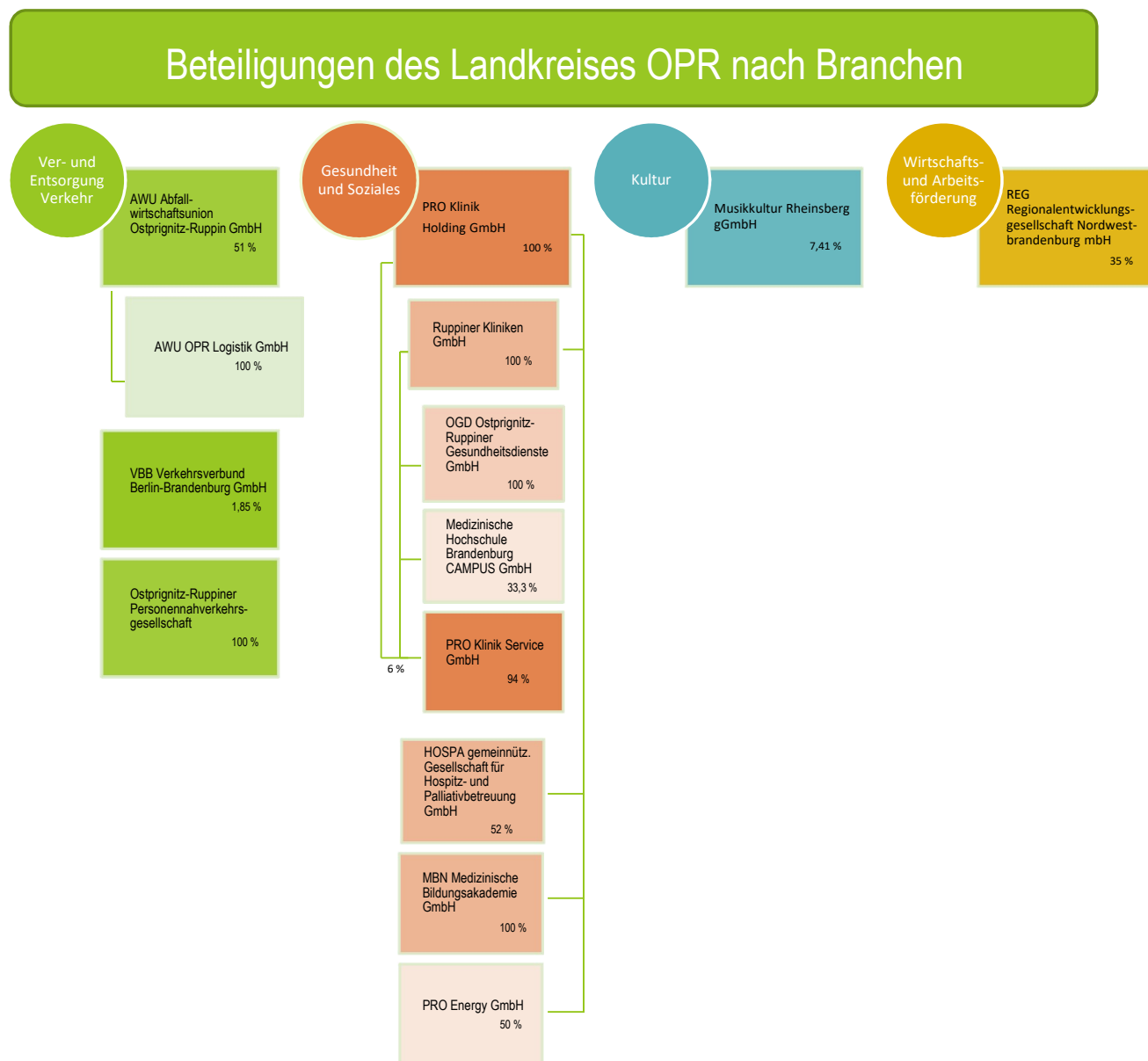
Kennzahl	Berechnung	Leitsätze zur Beurteilung
Personalaufwandsquote (PAQ) in %	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	PAQ zeigt den Anteil, des für das Personal aufbrachten Umsatzerlöses.
Anzahl der Mitarbeiter	Im Berichtsjahr durchschnittlich beschäftigtes Personal	

4. Beteiligungen des Landkreises OPR im Überblick

4.1 Graphische Darstellung über die Beteiligungen des Landkreises OPR gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 BbgKVerf einschließlich ihrer mittelbaren Beteiligungen



4.2 Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises OPR gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 BbgKVerf nach Branchen einschließlich ihrer mittelbaren Beteiligungen



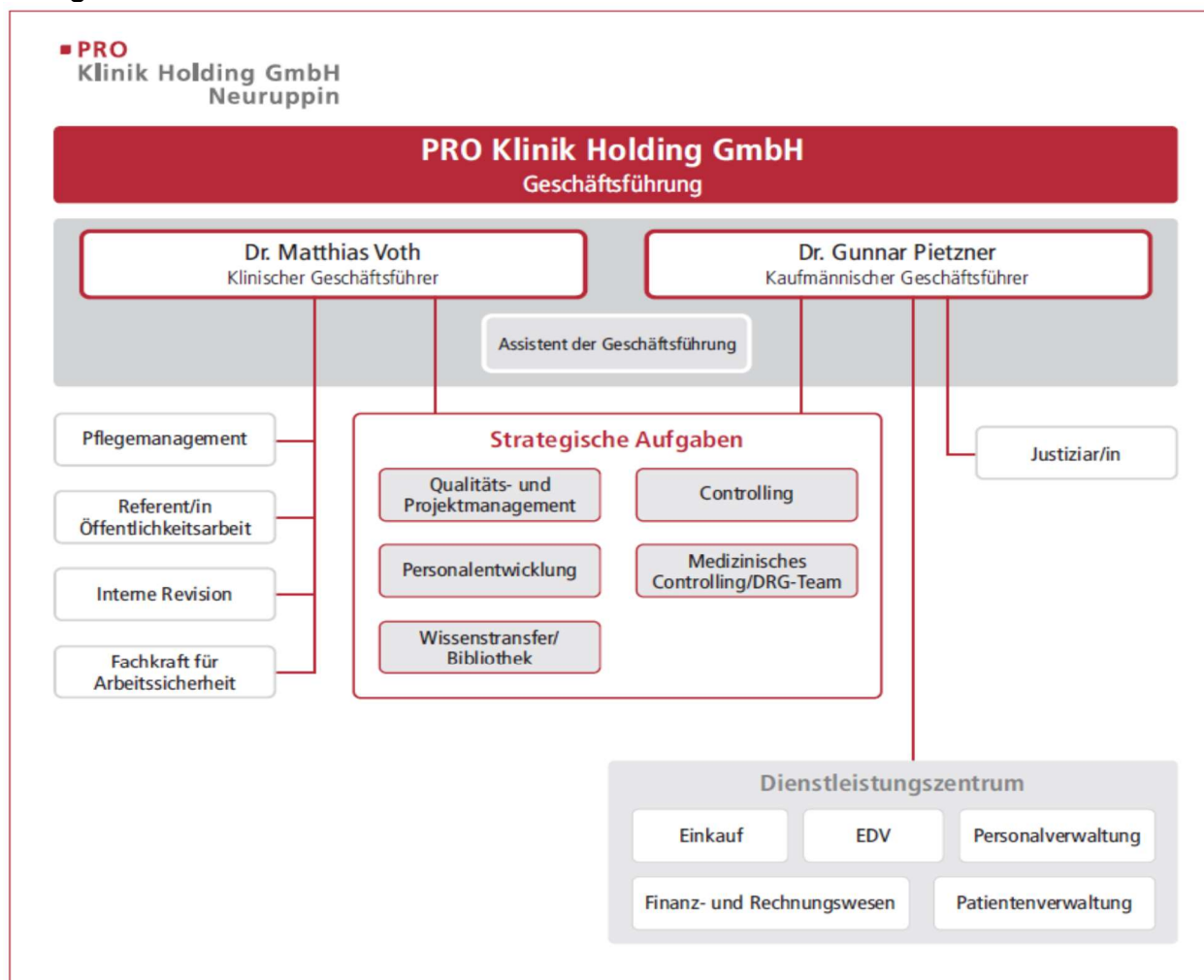
5. Einzeldarstellung der kommunalen Unternehmen unmittelbarer Beteiligungen

5.1 PRO Klinik Holding GmbH

1. Unternehmensdaten

Name	PRO Klinik Holding GmbH
Unternehmenssitz	Fehrbelliner Straße 38, 16816 Neuruppin
Geschäftsführung	Dr. Matthias Voth (bis 16.04.2021) Dr. Gunnar Pietzner
Telefon	03391/39-0
E-Mail	gf@ukrb.de
Homepage	www.pro-klinik-holding.de / www.ruppiner-kliniken.de
Gründungsdatum	07.11.2006
Beitrittsgenehmigung	07.12.2006
Beitrittsbeschluss des Kreistages vom	01.09.2006
Prüfrechte (§§ 53, 54 HGrG)	im Gesellschaftsvertrag § 19 Abs. 1 enthalten
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	vom 07.11.2006, zuletzt geändert am 26.09.2014
Stammkapital	25.000,00 €

2. Organisationsstruktur der Gesellschaft



3. Gesellschafterstruktur – Anteile am Stammkapital

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	100,00	25.000,00
		25.000,00

4. Unternehmensgegenstand

Aufgrund des Verschmelzungsvertrages vom 04.11.2013 ist die ORD Ostprignitz-Ruppiner Rettungsdienste GmbH mit Sitz in Neuruppin (Amtsgericht Neuruppin, HRB 7243 NP) durch Übertragung ihres Vermögens unter Auflösung ohne Abwicklung als Ganzes auf die PRO Klinik Holding GmbH (PKH) verschmolzen. Die Verschmelzung entfaltete am 19.11.2013 rückwirkend zum 01.07.2013 durch Eintragung ins Handelsregister ihre rechtliche Wirkung. Der Gegenstand der Gesellschaft wurde wie folgt geändert:

Zwecke der Körperschaft sind:

- die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 AO)
- die Förderung der Rettung aus Lebensgefahr (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 11 AO)
- die Förderung der Jugendhilfe (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 AO)
- die Förderung der Erziehung und Berufsbildung (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 AO)

5. Eingetragen im HR

Eingetragen im HRB 7969 - Amtsgericht Neuruppin.

6. Organe der Gesellschaft

Organe	Vertreter	Gremienmitglied	Bemerkung
Geschäftsführung		Dr. Matthias Voth Dr. Gunnar Pietzner Angela Laumert	bis 16.04.2021 Prokura
Aufsichtsrat	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	Ronny Kretschmer	Vorsitzender ab 25.01.2021
	Arbeitnehmervertreter	Ralf Reinhardt Dr. Philipp Wacker Michael Bülow Harald Krumhoff Dr. Manfred Mießner Herr Kay Noeske-Heisinger	
	Gewerkschaftsvertreter	Christian Scherkenbach Susanne Rost Monika Völker Dr. Peter Kroschwald	
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	Ralf Reinhardt mit den Aufgaben be- traut: Herr Kröger	Vorsitzender ab 08.10.2020
		Erich Kuhne Rita Büchner	

		Axel Gutschmidt Werner Piest Wolfgang Freese	ab 10.09.2020 ab 10.09.2020 ab 10.09.2020
--	--	--	---

7. Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Nürnberg hat nach ihrer Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Geschäftsführers keine Einwendungen und dementsprechend am 27.07.2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

8. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung der PKH hat in ihrer Sitzung am 31.08.2022 den Jahresabschluss 2021 festgestellt, den Jahresüberschuss in Höhe von 63.025,05 € auf neue Rechnung vorgetragen und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

9. Beteiligungsstruktur – Anteile am Stammkapital

Die PKH ist an folgenden weiteren Unternehmen beteiligt.

Beteiligung	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
Ruppiner Kliniken GmbH	100,00	25.000,00
MBN	100,00	27.000,00
HOSPA	52,00	13.000,00
PRO Energy	50,00	12.500,00
		77.500,00

10. Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahl	2021	2020	2019
Anlagenintensität (AI) in %	81,19	86,9	81,2
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	81,86	87,1	80,9
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in €	-	-	-
Anlagendeckungsgrad (ADG II) in %	100,82	100,3	99,6
Zinsaufwandsquote (ZAQ) in %	0,02	0,02	0,03
Liquidität 3. Grades (LQ III) in %	103,74	101,8	98,0
Cashflow (CF) in €	401.745,55	494.918,30	587.712,43
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %	0,13	0,4	0,6
Umsatz (UE) in €	21.200.877,98	20.595.763,23	20.747.763,04
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (JU/JF) in €	63.025,05	193.054,05	293.845,11
Personalaufwandsquote (PAQ) in %	87,11	86,5	80,2
Anzahl der Mitarbeiter (MA)	375	375	375

11. Verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Die Gesellschaft wurde Ende 2006 gegründet und ist seit dem 01.01.2007 die Muttergesellschaft eines Konzernverbundes. Sitz der Gesellschaft ist die Fehrbelliner Straße 38 in 16816 Neuruppin. Mit Wirkung zum 01.07.2013 wurde die ORD Ostprignitz-Ruppiner Rettungsdienste GmbH (ORD) auf die PRO Klinik Holding GmbH verschmolzen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft bezieht sich in erster Linie auf die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege sowie der Förderung der Rettung aus Lebensgefahr. Zu diesem Zweck führt die Gesellschaft öffentliche Veranstaltungen zur Gesundheitsprävention durch, erbringt Aufgaben des Rettungsdienstes, den der Landkreis Ostp-

rignitz-Ruppin der Ruppiner Kliniken GmbH treuhänderisch übertragen hat, und führt den innerbetrieblichen Krankentransport für das Krankenhaus und den gesamten Materialtransport für die Gesellschaften des PRO Klinik Holding Konzerns durch. Daneben hat sich die Gesellschaft auch der Förderung der Jugendhilfe, der Erziehung und der Berufsbildung sowie der Umweltbildung verschrieben. Die PRO Klinik Holding GmbH (PKH) ist selbstlos tätig und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Die Geschäfte finden an dem oben genannten Standort sowie durch den Betrieb von insgesamt neun Rettungswachen in Neuruppin, Kyritz, Wittstock, Fehrbellin, Rheinsberg, Herzberg, Neustadt, Dorf Zechlin und Herzsprung im gesamten Landkreis Ostprignitz-Ruppin statt.

Ihre Holdingfunktionen, insbesondere das Halten von Beteiligungen sowie deren Leitung und Koordinierung, nimmt die Gesellschaft weiterhin wahr. Daneben erbringt die Gesellschaft Leistungen für alle Tochterunternehmen im Rahmen ihrer Verwaltungsaufgaben. Die Abteilungen Controlling, Personalmanagement, Rechtsabteilung, Finanzbuchhaltung und Einkauf erbringen ihre Leistungen für die Konzerntöchter. Daneben sind wesentliche konzernübergreifende Stabstellen in der PKH angesiedelt.

Geschäftsverlauf

Mit dem Jahresergebnis von 63 T€ bewegt sich die PKH nur unwesentlich unter dem geplanten Ergebnis von 67 T€.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 weist die Gesellschaft eine Bilanzsumme von 50.969 T€ (Vorjahr 47.808 T€) aus, wobei das Anlagevermögen mit 41.380 T€ (Vorjahr 41.536 T€) den größten Vermögenswert darstellt; bezogen auf die Bilanzsumme 81,2 % (Vorjahr 86,9 %). Hintergrund ist die Einbringung von Geschäftsanteilen als Anteile an verbundenen Unternehmen in die Gesellschaft zum Buchwert. Unternehmenszweck der eingebrachten Geschäftsanteile ist insbesondere das Krankenhausgeschäft des Landkreises Ostprignitz-Ruppin. Das Anlagevermögen ist demzufolge im aktuellen Geschäftsjahr vollständig durch Eigenkapital gedeckt, welches in Höhe von 41.721 T€ (Vorjahr 41.658 T€) ausgewiesen wird.

Im Vorjahresvergleich erhöhten sich die Umsatzerlöse um 605 T€ und die Sonstigen betrieblichen Erträge um 353 T€. Ursächlich für letzteres ist die geänderte Abrechnung von IT-Infrastrukturkosten im Konzern. Der Umsatzanstieg im Vorjahresvergleich betrifft alle Geschäftsbereiche. Obwohl die Erträge aus dem Mietwagengeschäft coronabedingte Einbußen hinnehmen musste und unter den Erwartungen blieb, stiegen die Erlöse aus Dienstleistungen insgesamt auf 11.281 T€ (+ 470 T€) an. Die Personalgestellungsleistungen erhöhten sich um 89 T€ auf 9.651 T€. Neben den höheren aus weiter zu berechnenden Aufwendungen resultierenden Erträgen (+ 309 T€) waren höhere Erträge aus Zuwendungen und Zuschüssen im Geschäftsjahr zu vereinnahmen (+ 133 T€) und kompensieren damit die geringen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (47 T€, Vorjahr 193 T€).

Die Leistungsausweitung bei den Gestellungsleistungen geht einher mit einer Erhöhung der Personalkosten um 3,6 %. Obwohl sich die Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt von 375 auf 384 erhöht hat, sind die Auswirkungen daraus marginal, da sich der Anstieg bezogen auf die VK-Anteile wesentlich geringer darstellt (329,4 VK; Vorjahr 328,0 VK). Es wirken sich vor allem die vertraglich vereinbarten Tarifsteigerungen für alle Beschäftigten im Rettungsdienst, Transport sowie der Verwaltung aus. Die Personalaufwandsquote erhöhte sich auf 87,1 % (Vorjahr 86,5 %). Während die Kosten für Treibstoff und Laborbedarf im Vorjahresvergleich anstiegen, verringerten sich unter anderem die Wartungskosten, so dass sich der Materialaufwand nur minimal über dem Vorjahresniveau bewegt. Damit verringerte sich die Materialaufwandsquote vom Vorjahr 4,2 % auf 4,1 %.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 368 T€ auf 1.988 T€ ist mit 323 T€ auf die höheren weiter zu berechnenden Kosten zurückzuführen. Daneben stiegen noch die Rechts- und Beratungskosten (+27 T€) sowie die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit (+15 T€). Die Abschreibungen liegen mit 339 T€ über dem Vorjahresniveau (302 T€). Hier spiegeln sich die Anschaffungen aus dem erhaltenen Fördermittel aus dem Digitalpakt über die Pflegeschule wieder.

Aufgrund im Vorjahr zu hoher Vorauszahlungen auf das Dienstleistungsportfolio der PRO hat sich der erwirtschaftete Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit mit -570 T€ (Vorjahr 1694 T€) stichtagsbezogen stark verschlechtert. Die Gesellschaft verfügte zum Stichtag über einen Finanzmittelfond in Höhe von 1.024 T€ (Vorjahr 1.731 T€). Die Liquidität der Gesellschaft war im Jahr

2021 stets gesichert und die zur Verfügung stehenden liquiden Mittel reichten jederzeit aus, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu decken. Kurzfristig nicht benötigte Finanzmittel sind außerhalb des Cashpools angelegt worden, um die seit Dezember 2019 belasteten Negativzinsen zu minimieren.

12. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

Als Dienstleister von Verwaltungs- und Transportleistungen ist die Gesellschaft neben dem Betrieb verschiedener Rettungsstellen stark an die verbundenen Unternehmen geknüpft und von deren Bestehen abhängig. Allerdings besteht zurzeit kein bzw. ein vernachlässigbares Risiko im Hinblick auf die Insolvenz von Tochter- oder Beteiligungsgesellschaften.

Durch den Betrieb der Rettungswachen wird vornehmlich ein mildtätiger Zweck verfolgt. Es steht nicht zu erwarten, dass die PRO Klinik Holding GmbH umfangreiche Spendenmittel von Dritten akquirieren kann, um ihre anderweitigen gemeinnützigen Zwecke zu erfüllen. Somit müssen aus den Dienstleistungstätigkeiten und dem Konzernumfeld ausreichende Mittel erwirtschaftet werden, um den gemeinnützigen Verpflichtungen nachzukommen. Trotz des zunehmenden Kostendrucks im Kerngeschäft des Konzerns ist dies gewährleistet. Die ORD hat die Rettungswachen in Rheinsberg, Neustadt, Herzberg, Dorf Zechlin und Herzsprung in Eigenregie errichtet. Während im Falle einer Kündigung oder Nichtverlängerung des Rettungsdienstvertrages das im Rettungsdienst beschäftigte Personal auf den neuen Betreiber des Rettungsdienstes übergeleitet werden könnte, ist dies bei den durch die GmbH errichteten Rettungswachen nicht der Fall. Hier besteht somit latent die Gefahr einer Fehlinvestition. Der Rettungsdienstvertrag beseitigt dieses Risiko durch eine Buchwertkaufverpflichtung des Landkreises im Falle der Neuvergabe, beschränkt damit aber auch die Chance auf die Hebung eventueller stiller Reserven. Aus dem am 01.01.2014 in Kraft getretenen Notfallsanitätäergesetz (NotSanG) werden auch weiterhin keine größeren Risiken für die Gesellschaft erwartet, obwohl sich die Personalgewinnungssituation zunehmend schwieriger gestaltet. Hier hat sich das Land Brandenburg dahingehend positioniert, dass die Ausbildungskosten gebührensatzfähig sind. Der Betriebsteil ORD wird in 2022 weitere acht Auszubildende zum Notfallsanitäter ausbilden. Damit leistet die Gesellschaft einen Beitrag das Fachkräfteproblem zu lösen. Die intensiven Ausbildungsbemühungen reichen dennoch nur, die durch Fluktuation vakanten Stellen zu besetzen. Der geplante Ausbau der Rettungsdienstkapazitäten wird auch in 2022 nicht möglich sein. Für das Jahr 2022 werden Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft dbb Beamtenbund und Tarifunion für die Beschäftigten des Verwaltungsbereiches angesetzt. Die dadurch entstehenden Gehaltssteigerungen der nächsten Jahre stellt jedoch auch eine erhebliche wirtschaftliche Belastung dar. Als Ergebnis der Verhandlungen werden die Personalkosten für den Verwaltungsbereich ab dem Jahr 2022 deutlich ansteigen. Diese Mehrbelastungen können nur durch Tarifaufgleiche der Kostenträger, für die Verwaltungsbereiche durch eine höhere Umlage an die Tochtergesellschaften refinanziert werden. Es bestanden im Jahr 2021 und bestehen auch gegenwärtig keine bestandsgefährdenden und operativen Risiken. Die Gesellschaft strebt auch in Zukunft eine stabile wirtschaftliche Entwicklung an und erwartet eine geordnete Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Der zunehmende Kostendruck stellt für die Gesellschaft jedoch eine Herausforderung dar. Das Leistungsgeschehen in den ersten Monaten des Geschäftsjahres 2022 bewegt sich unter dem geplanten Niveau. Die Geschäftsführung geht zum Zeitpunkt der Berichtserstellung davon aus, dass sich dieser Trend auch über den Jahresverlauf fortsetzen wird. Da geringere Personalkosten als geplant dem entgegenstanden, haben sich die Ergebniserwartungen gegenüber dem Plan 2022 nicht verändert. Die Geschäftsführung geht derzeit davon aus, ein positives Jahresergebnis leicht über dem Niveau des Geschäftsjahres 2021 zu erwirtschaften.

13. Weitere Informationen

Bilanz

Aktiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	112.380,00	190.609,00
II. Sachanlagen	1.482.934,96	1.560.990,33
III. Finanzanlagen	39.784.361,31	39.784.361,31
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	36.016,47	19.748,19
II Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.900.827,00	4.823.474,76
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	43.702,55	135.100,30
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.450.017,43	141.172,05
3. Forderungen gegen Gesellschafter	7.323.848,46	4.538.827,86
4. Sonstige Vermögensgegenstände	83.258,56	8.374,55
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	634.723,75	1.413.861,69
C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	17.562,81	14.862,99
Bilanzsumme	50.968.806,30	47.807.908,27

Passiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	39.681.459,48	39.681.459,48
III. Gewinnvortrag	1.951.254,49	1.758.200,44
IV. Jahresüberschuss	63.025,05	193.054,05
B. Rückstellungen	887.118,17	759.561,83
C. Verbindlichkeiten	8.339.627,11	5.388.825,47
Bilanzsumme	50.968.806,30	47.807.908,27

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
Umsatzerlöse	21.200.877,98	20.595.763,23
Sonstige betriebliche Erträge	606.464,62	253.367,86
Materialaufwand	877.936,95	873.965,41
Personalaufwand	18.468.127,97	17.819.067,82
Abschreibungen	338.720,50	301.864,25
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.988.150,18	1.619.847,52
Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,07	5.896,00
Zinsen und sonstige Aufwendungen	3.525,11	4.661,73
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	55.447,94	31.115,04
Sonstige Steuern	12.408,97	11.451,27
Jahresüberschuss	63.025,05	193.054,05

14. Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)

	Betrag	Bemerkung
Es bestehen Cash-Managementvereinbarungen zwischen dem Landkreis OPR, der PKH und		

ihren Tochtergesellschaften sowie der Ostprignitz-Ruppiner Personennahverkehrsgesellschaft GmbH.			
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen	- €	Keine
4.b	Darlehen	2.900.000 €	Kreistagsbeschluss vom 05.12.2019 (ausgezahlt 2019)
4.c	Gewährte Sicherheiten/Gewährleistungen	- €	Keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	- €	Keine

15. Nachweisführung gem. § 91 Abs. 6 BbgKVerf

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Gemäß § 122 Abs. 2 BbgKVerf fördert der Landkreis insbesondere die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung seines Gebiets zum Wohle der Einwohner. Dazu bedient er sich unter anderem der PKH.

Die PKH ist mit ihren Tochtergesellschaften (u. a. Ruppiner Kliniken GmbH und OGD Ostprignitz-Ruppiner Gesundheitsdienste GmbH) der größte Arbeitgeber der Region und übernimmt im ländlichen Raum mit der OGD Ostprignitz-Ruppiner Gesundheitsdienste GmbH aufgrund eines einsetzenden Ärztemangels zunehmend auch die ambulante ärztliche Versorgung der Bevölkerung. Die Sicherstellung der Krankenversorgung in Krankenhäusern ist gemäß § 1 Abs. 2 und 3 BbgKHEG eine öffentliche Aufgabe (Selbstverwaltungsaufgabe) des Landkreises, die er durch die Errichtung und den Betrieb der Ruppiner Kliniken erfüllt. Die Ruppiner Kliniken GmbH mit ihrem Krankenhaus bildet den wesentlichen Schwerpunkt im Gesundheitskonzern.

Bei der Wahrnehmung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben arbeitet die Gesellschaft mit anderen Institutionen – auch kreisübergreifend – zusammen.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 und 3 BbgKVerf)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich ist die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen. Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsberechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptausschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen. Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises im öffentlichen Interesse wird gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf (Förderung der gesundheitlichen und sozialen Betreuung) sowie § 122 Abs. 2 BbgKVerf für erforderlich gehalten.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden, die

1. im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Die Nebenleistungen der PKH werden üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten und beeinträchtigen den Hauptzweck nicht. Es werden sonst brachliegende Kapazitäten des Unternehmens ausgenutzt.

5.2 PRO Klinik Service GmbH

1. Unternehmensdaten

Name	PRO Klinik Service GmbH
Unternehmenssitz	Fehrbelliner Straße 38, 16816 Neuruppin
Geschäftsführung	Dr. Gunnar Pietzner
Telefon	03391/39-0
E-Mail	gf@ukrb.de
Homepage	www.pro-klinik-service.de
Gründungsdatum	02.10.1991
Beitrittsgenehmigung	war bis 1993 nicht erforderlich
Beitrittsbeschluss des Kreistages vom	13.06.1991
Prüfrechte (§§ 53, 54 HGrG)	Die Prüfung wurde auf Ebene des Konzerns PRO Klinik Holding GmbH zusammengefasst durchgeführt.
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	vom 02.10.1991, zuletzt geändert am 17.12.2014
Stammkapital	2.400.000,00 €

2. Gesellschafterstruktur – Anteile am Stammkapital

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
Ruppiner Kliniken GmbH	94,00	2.256.000,00
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	6,00	144.000,00
		2.400.000,00

3. Unternehmensgegenstand

Gegenstand der PRO Klinik Service GmbH (PKS) ist die Förderung und Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung durch die Schaffung, Erhaltung und Verbesserung der infrastrukturellen Voraussetzungen für den Betrieb von Krankenhäusern, von medizinischen Versorgungszentren und anderen Einrichtungen der Krankenpflege, Rehabilitation, Gesundheitsversorgung und Altenpflege. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch die Errichtung und Unterhaltung von Gebäuden sowie die Bewirtschaftung und Verwaltung von Liegenschaften.

4. Eingetragen im HR

Eingetragen im HRB 778 - Amtsgericht Neuruppin.

5. Organe der Gesellschaft

Organe	Vertreter	Gremienmitglied
Geschäftsführung		Dr. Gunnar Pietzner
Gesellschafterversammlung	Ruppiner Kliniken GmbH	Dr. Gunnar Pietzner Dr. Matthias Voth (bis 16.04.2021)
	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	Ralf Reinhardt

6. Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Nürnberg hat nach ihrer Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Geschäftsführers keine Einwendungen und dementsprechend am 25.07.2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

7. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung der PKS hat in der Sitzung am 31.08.2022 den Jahresabschluss 2021 festgestellt, den Jahresüberschuss in Höhe von 493.057,07 € auf neue Rechnung vorgetragen und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021 die Entlastung erteilt.

8. Konzernbeziehung

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der PRO Klinik Holding GmbH, Neuruppin einbezogen.

9. Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahl	2021	2020	2019
Anlagenintensität (AI) in %	82,7	83,8	83,4
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	50,6	44,9	39,4
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in €	-	-	-
Anlagendeckungsgrad (ADG II) in %	98,7	89,8	89,8
Zinsaufwandsquote (ZAQ) in %	0,8	1,2	1,8
Liquidität 3. Grades (LQ III) in %	92,6	114,3	113,6
Cashflow (CF) in €	924.839,63	860.430,71	858.692,83
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %	5,3	5,1	5,3
Umsatz (UE) in €	12.043.723,02	12.189.357,78	13.128.549,99
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (JU/JF) in €	493.057,07	430.716,74	400.020,26
Personalaufwandsquote (PAQ) in %	61,8	64,8	64,7
Anzahl der Mitarbeiter (MA)	235	256	279

10. Verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Die Gesellschaft gehört zu dem seit dem 01.01.2007 bestehenden Konzernverbund der PRO Klinik Holding GmbH. Sitz der Gesellschaft ist die Fehrbelliner Straße 38 in 16816 Neuruppin.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft im Geschäftsjahr bezieht sich neben der Vermietung und dem Verkauf von Gewerbe- und Wohnobjekten auf die Erbringung von Dienstleistungen. Die im Wesentlichen für die Konzerngesellschaften erbrachten Dienstleistungen umfassen neben Verpflegungs-, Reinigungs- und Wachsutzleistungen des Weiteren Park- und Landschaftspflegeleistungen sowie technische Dienstleistungen. Letztere umfassen auch die Unterhaltung der Gebäude sowie die Durchführung von Bauplanungen und die Bauprojektbegleitung. Diese Geschäfte finden in erster Linie am oben genannten Sitz der Gesellschaft statt. Im vergleichsweise geringen Maße werden auch Leistungen an anderen Orten des Landkreises Ostprignitz-Ruppin erbracht. Diese umfassen Leistungen für Dritte bzw. Leistungen für die Versorgung der anderen Standorte des Konzerns.

Geschäftsverlauf

Trotz der Corona-Pandemie ist es der PKS gelungen ein Jahresergebnis zu erwirtschaften, das mit 493 T€ weit über dem geplanten Jahresergebnis von 257 T€ liegt. Ursächlich hierfür sind unter anderem Erträge aus aufzulösenden Rückstellungen im Zusammenhang mit der Einstellung des in 2017 eingeleiteten Ermittlungsverfahrens sowie geringere Instandhaltungsaufwendungen in den Mietobjekten. Aufgrund des erwirtschafteten Jahresüberschusses und der durch die planmäßigen Kredittilgungen verbesserten Bilanzstruktur im Geschäftsjahr erhöhte sich die Eigenkapitalquote von 44,9 % im Vorjahr auf 50,6 %. Zum Bilanzstichtag 31.Dezember 2021 weist die Gesellschaft eine Bilanzsumme von 11.120 T€ (Vorjahr 11.429 T€) aus. Branchentypisch stellt das Anlagevermögen mit 9.201 T€ (Vorjahr 9.581 T€) den größten Vermögenswert dar, bezogen auf die Bilanzsumme 82,8 %. Das Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital und langfristig zur Verfügung stehendes Fremdkapital gedeckt. Die Entwicklung der Umsatzerlöse ist durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Mit 12.044 T€ (Vorjahr 12.189 T€) blieben sie mit 1.170 T€, bereinigt um periodenfremde Effekte sogar um 1.483 T€ hinter den Erwartungen zurück. Im Vorjahresvergleich sind es vor allem die Gestellungsleistungen an die verbundenen Unternehmen, die um 779 T€ zurückgingen. Hier wirkten sich die geringere Nachfrage seitens der Ruppiner Kliniken sowie die Aufgabe des technischen Einkaufs aus. Die wegen der erlassenen Eindämmungs-

verordnungen im Geschäftsjahr weiter anhaltende Schließungen der Cafeterien führte im Vorjahresvergleich zu weiteren Einnahmeverlusten in Höhe von 87 T€. Gegenläufig dazu stiegen die Erträge aus der Hausbewirtschaftung um 667 T€ an. Neben periodenfremden Nachberechnungen von Leistungen wirkte sich hier die ganzjährige Vermietung des Wohnheimgebäudes in Treskow aus. Höhere Erträge aus Rückstellungsaufösungen (+ 77 T€) und erhaltene Quarantäneerstattungen (34 T€), denen wegfallende Delkredereerträge (./.37 T€) entgegenstehen, sind ursächlich für den Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge im Geschäftsjahr.

Die Entwicklung des Materialaufwandes ist durch mehrere – zum Teil gegensätzliche Effekte – bewirkt. Während der Lebensmitteleinsatz und die Kosten für Reinigungsmittel, begründet durch die Einschränkungen bei den Cafeterien und geringeren Anforderungen, vor allem der Ruppiner Kliniken, erneut zurückgingen (./. 86 T€), stiegen die Kosten für die weiter zu berechnenden Bau- und Instandhaltungsmaterialien im Vorjahresvergleich um 89 T€ an. Daneben wirkten sich gesunkene Instandhaltungskosten in den Vermietungsobjekten auf geringere Betriebskosten aus. Die Materialaufwandsquote bewegt sich mit 19,2 % leicht unter dem Vorjahresniveau (Vorjahr 19,4 %). Die Anzahl der Mitarbeiter hat sich im Jahresdurchschnitt von 256 (210,8 VK) auf 235 (194,0 VK) verringert. Der Personalaufwand ging im Vorjahresvergleich um 460 T€ zurück. Gegenläufig zu den gesunkenen Mitarbeiterzahlen wirken sich Lohnerhöhungen für die Mitarbeiter in den technischen Bereichen und die Mindestloohnerhöhung in 2021 aus. Die Personalaufwandsquote verringerte sich von 64,8 % auf 61,8 %. Die Abschreibungen bewegen sich leicht über dem Vorjahresniveau. Hohe periodenfremde Aufwendungen im Zusammenhang mit durchzuführenden Rechenungskorrekturen sowie die im Zusammenhang mit der Ausgliederung des technischen Einkaufs gestiegene Verwaltungskostenumlage bewirken im Wesentlichen die Entwicklung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die im Vorjahresvergleich um 364 T€ gestiegen sind. Die maßgeblichen Investitionen sind mit Ausnahme der durchgeführten Sanierung des Objektes Erich-Dieckhoff-Str. 51, die fast vollständig aus Fördermitteln des Landkreises finanziert ist, zu einem erheblichen Teil fremdfinanziert. Die im Geschäftsjahr erfolgten Tilgungen, bewirken im Wesentlichen den Rückgang der Zinsbelastung um 50 T€. Die Liquiditätssituation der Gesellschaft war im Jahr 2021 gesichert. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichten aus, um den laufenden sowie den Darlehensverpflichtungen nachzukommen. Die Gesellschaft verfügt zum Stichtag über einen Finanzmittelfonds in Höhe von 1.108 T€ (Vorjahr 1.279 T€). Davon 257 T€ (Vorjahr 228 T€) im Cashpool. Kurzfristig nicht benötigte Finanzmittel sind außerhalb des Cashpools angelegt worden, um die seit Dezember 2019 belasteten Negativzinsen zu minimieren. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens ist geordnet.

11. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

Während durch die enge Anbindung an den Konzern sowohl Chancen als auch Risiken für die Gesellschaft bestehen, sind den Chancen im Vermietungsbereich Grenzen gesetzt. Die Gesellschaft kann Wachstumspotential aktuell nur noch durch Mieterhöhungen erreichen, da es mittelfristig keine Bestanderweiterungen in diesem Geschäftsbereich geben wird. Chancen ergeben sich des Weiteren im Zusammenhang mit dem Verkauf von Objekten. Die Gesellschaft bewegt sich innerhalb des Konzerns in einem an und für sich stabilen, aber zunehmend schwierigerem Geschäftsumfeld. Die Gesellschaften des Konzerns, vor allem im Bereich der Gesundheitsversorgung, haben langfristig einen Bedarf an Instandhaltungs-, Verpflegungs-, Reinigungs- und Parkleistungen, stehen jedoch ihrerseits unter einem zunehmenden Kostendruck. Vorgenommene Einsparungen wirken sich somit unmittelbar auf die Ertragssituation der Gesellschaft aus.

Das Leistungsspektrum im Instandhaltungsbereich wird dauerhaft, aufgrund eines bau- und betreuungsintensiven Pavillonstils, benötigt. Die permanenten Instandhaltungsprojekte sowie bereits begonnene bzw. in näherer Zukunft geplante Baumaßnahmen stellen sicher, dass die Gesellschaft mit dem bestehenden Mitarbeiterpool in diesem Bereich ausgelastet sein wird. Die mittelfristige Auslastung der Bauplanung wird stark von der Investitionsfähigkeit der Konzerngesellschaften abhängen. Im Bereich der Reinigung wird es mit Abschluss des Geschäftsjahres 2021 zu einer Reduzierung des Leistungsumfanges kommen, da im Bereich der Übergangwohnheime und Wohnverbände durch den Landkreis Ostprignitz-Ruppin Reinigungsleistungen gekündigt wurden. Mittelfristig ist jedoch eine Reduzierung der personellen Ressourcen nicht vorgesehen, da hier der hohe Altersdurchschnitt der Mitarbeiter und die damit verbundenen Übertritte in das Rentenalter sowie das erhöhte Ausfallrisiko zu berücksichtigen ist. Die angeordneten Maßnahmen im Zusammen-

hang mit der Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus seitens der Bundes- und der Landesregierung wirken sich weiterhin auf das Leistungsgeschehen der Gesellschaft aus. Angebotene Leistungen seitens der Konzerngesellschaft werden in einem geringeren Umfang abgefordert bzw. seitens der PKS selber nur in einem eingeschränkten Umfang angeboten. Die finanziellen Auswirkungen sind in Teilen abgedeckt. Die Auswirkungen bei Wegfall der derzeitigen Ausgleichsmechanismen sind nicht vollständig abschätzbar.

Die gesetzliche Steigerung des Tariflohnes in der Glas- und Gebäudereinigung führten im laufenden Geschäftsjahr zu einer Steigerung der Personalkosten in diesem Bereich. Für 2022 sind erneute Steigerungen der Mindestlöhne aus den für verschiedene Bereiche der PKS geltenden allgemeinverbindlichen Tarifverträgen zu erwarten. Dies verursacht ebenfalls eine weitere Steigerung der Lohnkosten des Unternehmens. Diese können nur durch Preissteigerung finanziert werden. Hier besteht das Risiko, diese nicht durchsetzen zu können und mögliche Kundenverluste oder Einbußen im Auftragsvolumen zu erleiden. Auch für die konzerninterne Leistungserbringung kann es auf Grund des zunehmenden Kostendruckes im Kerngeschäft (medizinische Behandlung) zu einem Auftragsrückgang kommen.

Die Situation auf dem lokalen privaten Wohnungs- und Immobilienmarkt wird als konstant eingeschätzt. Jedoch besteht mittelfristig das Erfordernis den Qualitätsstandard durch Renovierungsmaßnahmen zu erhöhen, um auch perspektivisch einen guten Vermietungsstand realisieren zu können. Während die in den Vorjahren durchgeführten Sanierungs- und Effizienzsteigerungsmaßnahmen zur Stabilisierung der Finanz- und Ertragssituation der PKS dienten, muss die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auch auf lange Sicht sichergestellt werden. Durch die kontinuierliche organisatorische und inhaltliche Planung und Steuerung der einzelnen Dienstleistungssektoren wird dies gewährleistet. Die Gesellschaft strebt trotz der sich ergebenden Risiken weiterhin eine stabile wirtschaftliche Entwicklung an. Mehr als 85 % der erbrachten Leistungen werden ausschließlich für die Gesellschaften innerhalb des Konzerns erbracht. Dementsprechend ist die Leistungsentwicklung von der Entwicklung und Nachfrage von Seiten der übrigen Gesellschaften des Konzerns abhängig. Das Leistungsgeschehen am Anfang des Geschäftsjahres 2022 liegt über dem geplanten Niveau, da eine geplante Leistungsbereichseinstellung nicht zum Tragen gekommen ist. Die Geschäftsführung geht zum Zeitpunkt der Berichtserstellung davon aus, dass die geplanten Umsatzerlöse erreicht werden, aber nicht alle Leistungsbereiche die Planerlöse erwirtschaften werden. Trotz eines erwarteten Rückgangs bei der Anzahl der Mitarbeiter werden die Personalkosten, unter anderem aufgrund der anstehenden gesetzlichen Erhöhungen des Mindestlohns über dem Planniveau liegen. Es wird dennoch für 2022 ein positives Ergebnis aus den operativen Bereichen im unteren sechsstelligen Bereich erwartet. Aus dem angedachten Verkauf von 2 Objekten erwartet die Gesellschaft einen außerordentlichen Ergebnisbeitrag in einer derzeit noch nicht quantifizierbaren Größenordnung. Bestandsgefährdende Risiken für die Gesellschaft haben im Geschäftsjahr 2021 nicht bestanden und bestehen auch gegenwärtig nicht.

12. Weitere Informationen

Bilanz

Aktiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.139,00	2.958,00
II. Sachanlagen	9.195.938,98	9.578.158,98
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	34.696,39	37.668,10
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	161.937,40	142.920,89

2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	133.564,16	62.467,11
3. Forderungen gegen Gesellschafter	539.341,92	228.110,48
4. Sonstige Vermögensgegenstände	197.164,51	325.260,59
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	851.532,52	1.051.160,12
C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	326,39	321,20
Bilanzsumme	11.119.641,27	11.429.025,47

Passiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	2.400.000,00	2.400.000,00
II. Kapitalrücklage	1.016.274,49	1.016.274,49
III. Gewinnvortrag	1.714.593,64	1.283.876,90
IV. Jahresüberschuss	493.057,07	430.716,74
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.160.425,00	1.206.807,00
C. Rückstellungen	427.856,26	460.251,19
D. Verbindlichkeiten	3.897.503,15	4.620.758,28
E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	9.931,66	10.340,87
Bilanzsumme	11.119.641,27	11.429.025,47

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
Umsatzerlöse	12.043.723,02	12.189.357,78
Erhöhung/Verminderung (-) des Bestandes an fertigen/unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	245.356,71	193.568,89
Materialaufwand	2.316.033,29	2.361.215,00
Personalaufwand	7.442.872,14	7.902.533,76
Abschreibungen	431.782,56	429.713,97
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.421.722,30	1.057.560,77
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,13	2.257,77
Zinsen und sonstige Aufwendungen	98.067,98	147.725,13
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	80.212,00	50.516,04
Sonstige Steuern	5.332,52	5.203,03
Jahresüberschuss	493.057,07	430.716,74

13. Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)

	Betrag	Bemerkung	
Es bestehen Cash-Managementvereinbarungen zwischen dem Landkreis OPR, der PKH und ihren Tochtergesellschaften sowie der Ostprignitz-Ruppiner Personennahverkehrsgesellschaft GmbH.			
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen	- €	Keine
4.b	Gewinnausschüttungen/Verlustausgleiche	- €	Keine
4.c	Gewährte Sicherheiten/Gewährleistungen	- €	Keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	- €	Keine

14. Nachweisführung (§ 91 Abs. 6 BbgKVerf)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Gemäß § 122 Abs. 2 BbgKVerf fördert der Landkreis insbesondere die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung seines Gebiets zum Wohle der Einwohner. Dazu bedient er sich unter anderem der PKS, die mit den Bereichen Küche, Reinigung, Instandhaltung, Parkpflege, Wachschatz u. a. primär als Dienstleister innerhalb des Gesundheitskonzerns PKS fungiert.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Nr. 1 und 3 BbgKVerf)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich sind die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen. Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsberechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptausschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen. Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises im öffentlichen Interesse wird gem. § 2 Abs. 2 der BbgKVerf in der Förderung von Wirtschaft und Gewerbe sowie der Förderung der gesundheitlichen und sozialen Betreuung gesehen.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden, die

1. im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit den berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Die Nebenleistungen der PKS werden üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten und beeinträchtigen den Hauptzweck nicht. Es wurden bisher sonst brachliegende Kapazitäten des Unternehmens genutzt. Zukünftig ist das Unternehmen auf die Instandhaltung der baulichen und technischen Anlagen der Ruppiner Kliniken GmbH ausgerichtet.



5.3 Ostprignitz-Ruppiner Personennahverkehrsgesellschaft mbH

1. Unternehmensdaten

Name	Ostprignitz-Ruppiner Personennahverkehrsgesellschaft mbH
Unternehmenssitz	Perleberger Straße 64, 16866 Kyritz
Geschäftsführung	Herr Ulrich Steffen
Telefon	033971/3086-0
E-Mail	info@orp-busse.de
Homepage	www.orp-busse.de
Gründungsdatum	22.05.1992
Beitrittsgenehmigung	war bis 1993 nicht erforderlich
Beitrittsbeschluss des Kreistages vom	Übertragung der Anteile durch Treuhandanstalt
Prüfrechte (§§ 53, 54 HGrG)	im Gesellschaftsvertrag enthalten
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	22.05.1992, zuletzt geändert am 16.06.2014
Stammkapital	200.000,00 €

2. Gesellschafterstruktur – Anteile am Stammkapital

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	100,00	200.000,00
		200.000,00

3. Unternehmensgegenstand

Entsprechend des § 2 des Gesellschaftsvertrages ist die Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Landkreis OPR Hauptaufgabe der Ostprignitz-Ruppiner Personennahverkehrsgesellschaft mbH (ORP GmbH). Insbesondere die Organisation und Durchführung des Linienerverkehrs nach dem ÖPNVG und PbefG, die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Straßenpersonenverkehr als Aufgabe der Daseinsvorsorge unter Beachtung der Vorgaben des Nahverkehrsplanes des Landkreises OPR sowie die Durchführung von Freistellungsverkehren, Schienenersatzverkehren und Gelegenheitsverkehren mit Kraftfahrzeugen sind Teil des Unternehmensgegenstandes. Zur Sicherstellung des Nahverkehrsangebotes im Landkreis OPR ist es der ORP GmbH erlaubt, einen über die Kreisgrenzen hinausgehenden Ausbildungsverkehr durchzuführen.

4. Eingetragen im HR

Eingetragen im HRB 1787 – Amtsgericht Neuruppin.

5. Organe der Gesellschaft

Organe	Vertreter	Gremienmitglied	Bemerkung
Geschäftsführung		Ulrich Steffen	seit 01.01.2010
Aufsichtsrat	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	Werner Nüse	Vorsitzender mit Betrauung ab 01.02.2019
		Justin König	ab 26.09.2019
		Klaus Ribbe	ab 05.12.2019
		Ingo Lamprecht	
		Ina Muhß	ab 26.09.2019
	Gesamtbetriebsrat	Frau Rott	Teilnahmerecht
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	Werner Nüse	Vorsitzender mit Betrauung ab 01.02.2019

6. Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Die Steuerberatungsgesellschaft Dr. Heilmaier & Partner GmbH, Krefeld hat nach ihrer Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Geschäftsführers keine Einwendungen und hat dementsprechend am 04.04.2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

7. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung der ORP GmbH hat in ihrer Sitzung am 13.06.2022 den Jahresabschluss 2021 festgestellt, den Geschäftsführer für das Wirtschaftsjahr 2021 entlastet und beschlossen, den Jahresüberschuss des Unternehmens in Höhe von 564.192,88 € der Gewinnrücklage zuzuführen.

8. Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahl	2021	2020	2019
Anlagenintensität (AI) in %	63,8	68,6	73,1
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	45,8	47,5	50,3
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in €	-	-	-
Anlagendeckungsgrad II (ADG II) in %	82,1	69,2	68,8
Zinsaufwandsquote (ZAQ) in %	0,0	0,0	0,0
Liquidität 3. Grades (LQ III) in %	172,9	276,7	199,3
Cashflow (CF) in €	2.084.952,81	1.920.682,15	1.826.573,00
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %	3,8	0,6	1,0
Umsatz (UE) in €	10.731.060,91	10.012.099,14	9.712.763,08
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (JU/JF) in €	564.192,88	75.033,72	117.615,92
Personalaufwandsquote (PAQ) in %	56,9	58,4	56,8
Anzahl der Mitarbeiter (MA)	155	146	149
Umsatz ohne Finanzhilfe ÖPNV in €	6.002.777,64	4.262.824,95	4.756.241,59
Aufwendungen	10.166.868,03	9.937.065,42	9.595.147,16
nicht gedeckte Aufwendungen	4.164.090,39	5.674.240,47	4.838.905,57
beförderte Personen	4.206.000	3.387.000	3.626.000,00
Umsatz je beförderter Person in ct.	1,43	1,30	1,35
Aufwand je beförderter Person in ct.	2,42	2,93	2,65
Fehlbetrag je beförderter Person in ct.	0,99	-1,63	-1,30

9. Verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Die Ostprignitz-Ruppiner-Personennahverkehrsgesellschaft mbH (ORP GmbH) ist ein Unternehmen, welches Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr als Aufgabe der Daseinsvorsorge für den Aufgabenträger, ausschließlich im Landkreis Ostprignitz-Ruppin (Landkreis OPR), auf der Grundlage der vom Landesamt für Bauen und Verkehr erteilten Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb von Linienverkehren, erbringt. Rechtsgrundlagen für die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs sind neben der Verordnung (EG) 1370/2007 vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personennahverkehrsdienste auf Schiene und Straße, das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg (ÖPNV-Gesetz) in der jeweils gültigen Fassung. Geschäftsgrundlage des Unternehmens ist der durch den Landkreis Ostprignitz-Ruppin, als zuständige(r) Behörde/ Aufgabenträger für den übrigen ÖPNV, an die ORP GmbH erteilte öffentliche Dienstleistungsauftrag (ÖDA) mit einer Laufzeit vom 01. August 2016 bis zum 31. Juli 2026, sowie der für den Fahrplan 2020/2021 gültige Nahverkehrsplan für den Zeitraum ab 2015. Damit erfüllt die ORP GmbH vergabe- und beihilferechtlich den europäischen Rechtsrahmen bei gleichzeitiger Konformität mit dem derzeit geltenden nationalen Recht. Zur weiteren Absicherung und Gestaltung des ÖPNV im Land Brandenburg

wurde am 14. März 2014 das ÖPNV-Gesetz im Land Brandenburg verabschiedet. Im ÖPNV-Gesetz hat die Landesregierung den ÖPNV als Aufgabe der Daseinsvorsorge definiert. Für den übrigen ÖPNV tragen die Landkreise und kreisfreien Städte die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung. Weitere Rechts- und Finanzierungsgrundlagen sind das Personenbeförderungsgesetz (PBefG, zuletzt geändert durch Artikel 1 vom 16. April 2021, das ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14. Dezember 2017 und die ÖPNV-Finanzierungsverordnung (ÖPNV-FV) des Landes Brandenburg, zuletzt geändert durch die Verordnung vom 18. Januar 2018.

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf 2021 war wesentlich von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Die Erbringung zuverlässiger und hochwertiger Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr nach § 42 PBefG hatte weiterhin oberste Priorität. Das Verkehrsunternehmen hatte im Jahr 2021 zur Erbringung von Verkehrsleistungen für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin zunächst Ausgleichsleistungen vom Aufgabenträger gemäß § 6 Punkt 9 des Öffentlichen Dienstauftrages über die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung zur Durchführung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis OPR nach Art. 5 Abs. 2 der Verordnung EG 1370/2007 (ÖDA) in Höhe von 1.250.000,00 € erhalten. Nach erfolgter Abrechnung mit dem Landkreis ergab sich aus der öffentlichen Tätigkeit eine weitere Forderung auf Basis des öDA in Höhe von 84.895,41 €. Das Unternehmen weist für das Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss aus nicht öffentlicher Tätigkeit in Höhe von 564.192,88 € aus. Der Kostendeckungsgrad liegt ohne finanzieller Förderung des ÖPNV im Jahr 2021 bei 59%. Die Umsatzerlöse erhöhten sich zum Vorjahr um 718.961,77 €. Die Anzahl der beförderten Personen stieg um 819.639. Die Fahrgeldeinnahmen im allgemeinen Linienverkehr erhöhten sich um 242.873,04 €. Die Einnahmen bei den Zeitkarten erhöhten sich ebenfalls um 1.337.754,72€. Mit Einführung der PlusBus-Richtlinie (VVPlusBus) im Jahr 2018 durch das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL), wurde eine Förderung für die PlusBus-Linien 711, 756 und 764 der ORP möglich. Im Jahr 2021 wurden mit vier Raten Zuweisungen von insgesamt 307.466,50 € für das Jahr 2019 gezahlt. Die Verwaltungsvorschrift trat 2018 in Kraft und ist in ihrer Gültigkeit bis 2022 vorerst befristet. Der Aufwand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen erhöhte sich um 72.559,12 € gegenüber dem Vorjahr. Der durchschnittliche Einkaufspreis je Liter Dieselkraftstoff (DK) lag im Jahr 2021 bei 1,11 € und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,20 €. Der Verbrauch erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 3,61 % auf 1.163.318,99 Liter Dieselkraftstoff. Die Investitionsmaßnahmen richteten sich 2021 im Wesentlichen auf die kontinuierliche Erneuerung des Fuhrparks, als eine wichtige Maßnahme der Attraktivitätssteigerung des ÖPNV, der Kostensenkung und des Umweltschutzes. Es wurden planmäßig sechs Stück Omnibusse betriebswirtschaftlich sinnvoll ersetzt. Die Lieferung der sechs Fahrzeuge erfolgte im vierten Quartal 2021. Hierfür wurde die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 1.100.000 € netto zzgl. 390.000 € investive Zuschüsse vom Landkreis OPR notwendig. Damit wurde der kontinuierliche Erneuerungsprozess des Fuhrparks zweckentsprechend fortgeführt. Die investive Zuwendung wurde als Sonderposten für Zuschüsse verbucht, der entsprechend der Nutzungsdauer der angeschafften Omnibusse ertragswirksam aufgelöst wird. Zum 31. Dezember 2021 beträgt das Durchschnittsalter der Omnibusse 8,3 Jahre (2 Jahre über dem Landesdurchschnitt). Der Anteil der barrierefreien Omnibusse in der Fahrzeugflotte der ORP GmbH beträgt 75 %. Eine besondere Herausforderung ist de facto die überjährig anhaltende Corona-Pandemie. Auf Grund der hohen Ansteckungsgefahr mit dem Coronavirus und der damit verbundenen angespannten Personalsituation wurden zur Sicherstellung der Behördenbedürfnisse über den Jahresverlauf wiederholt temporäre Leistungsanpassungen im Fahrplan notwendig. Wegen coronabedingter Erkrankungen und Quarantänemaßnahmen in der Niederlassung Wittstock, musste am 22. Januar 2021 am Betriebsstandort der Betrieb eingestellt werden. Mit Hilfe von Fremddienstleistern und der Aufnahme eines Pandemiefahrplanes wurde ab der 4. Kalenderwoche das Fahrplanangebot bis zu den Winterferien (29.01.2021) abgesichert. Zum weiteren Schutz der Fahrgäste und des Fahrpersonals wurde zusätzlich eine regelmäßige Ausnebelung der Fahrzeuge mit Hilfe von Luftdesinfektionsgeräten auf Basis einer Kaltvernebelung mit dem Wirkstoff Anosan in allen Betriebsstandorten veranlasst. Zu diesem Zeitpunkt sind entsprechende Geräte beschafft worden. Das Verkehrsunternehmen wendet seine ganze Kraft derzeit auf, um den Verkehr im Sinne der Daseinsvorsorge, auch in Zeiten der Corona-Krise aufrechtzuerhalten, um die Mobilität der Menschen,

die für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens und der systemrelevanten Berufe unterwegs sein müssen, zu gewährleisten. Durch die unbefristete Fortführung des beschlossenen Modellversuchs ab dem Schuljahr 2021/2022, eine kostenlosen Schülerbeförderung für alle Schüler*innen aus dem Landkreis OPR mit Ausgabe eines Schülertickets mit Gültigkeit für den gesamten Landkreis OPR einzuführen, haben sich die Einnahmen im Geschäftsjahr 2021 (ohne die Monate Juli und Dezember gerechnet) mit 6.200 Schüleranträgen, um ca. 200.000 € im Monat erhöht. Im Leistungsangebot des öffentlichen Linienverkehrs wurden bis zum Fahrplanwechsel ab 13. Dezember 2020 keine wesentlichen Änderungen vorgenommen. Die Liniennetzstruktur wurde grundsätzlich beibehalten, da sie den derzeitigen Bedürfnissen der Fahrgäste entspricht. Durch das bedarfsgerecht zugeschnittene Leistungsangebot, unter weitgehender Beachtung der Gewährleistung der Daseinsvorsorge, wurden die Aufgaben im ÖPNV im Landkreis OPR quantitativ und qualitativ sichergestellt. Das Leistungsangebot des Unternehmens steht damit in voller Übereinstimmung mit den Forderungen des ÖPNV-Gesetzes des Landes Brandenburg und wird durch den Nahverkehrsplan des Landkreises vollumfänglich umgesetzt. Anpassungen waren insbesondere zur Sicherstellung der Beförderungsbedürfnisse der Schüler*innen und Auszubildenden erforderlich. Die Abstimmung hierzu erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Aufgabenträger (ÖPNV/Schülerbeförderung) und den Schulen. Mit der anhaltenden hohen Straßenbaustellendichte im Landkreis OPR wurde das Verkehrsunternehmen wiederum vor besondere Herausforderungen gestellt. Die einhergehenden Umleitungen führten zum Teil zu komplexen Fahrplanänderungen. Wesentliche Leistungen im Schienenersatzverkehr (SEV) wurden nicht realisiert. Trotz intensiver Bemühungen, einen Zuschlag auf eines der Lose zum Brückenneubau am Neuruppiner Seedamm zu erhalten, wurde auf Grund einer Vielzahl von Bewerbern nicht erzielt. Pandemiebedingt begann die Bedienung der saisonalen Verkehre erst mit der Aufhebung der Beschränkungen im Gaststätten- und Hotelgewerbe am 30. Mai 2021 und endete am 25. Oktober 2021. Dabei kam der Fahrradanhänger wieder zum Einsatz. Das daraus resultierende Angebot sollte den Fahrgästen die Möglichkeit zur Mitnahme von Fahrrädern ermöglichen. Um die Fahrgäste auf die angebotenen Saisonverkehre aufmerksam zu machen, wurden Flyer erstellt und auch medial präsentiert. In Verbindung mit dem Fahrradanhänger wurde auf der Linie 794 Neuruppin, Rheinsberger Tor bis Rheinsberg ein zusätzliches, tägliches, mit drei Fahrtenpaaren durchgebundenes Angebot zu den Linien 785 und 788 geschaffen. Auf den Relationen der Schlösserlinie 785 von Rheinsberg über Flecken Zechlin nach Mirow wurde ein drittes Fahrtenpaar eingefügt und auf der Linie 788 Rheinsberg – Zechlinerhütte – Großzerlang wurde das bestehende Fahrplanangebot aus den Vorjahren beibehalten. Insgesamt bestand auch hier eine Verknüpfung mit der RB 54 am Bahnhof in Rheinsberg. Für den Stadtverkehr Kyritz (Linie 701) wurde die saisonale Bedienung an den Wochenenden (Samstag/Sonntag) und Feiertagen zum wiederholten Mal aufgenommen. Durch den Landkreis OPR GmbH beauftragt, den saisonalen Verkehr vereinbarungsgemäß durchzuführen. Das Finanzierungsmodell zwischen den Kommunen und der Verkehrsgesellschaft hoheitlich durch den Aufgabenträger zu ersetzen, hat sich bewährt.

10. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

Die Unternehmensplanung erfolgt in Übereinstimmung mit dem ÖDA zwischen dem Landkreis OPR als Aufgabenträger für den übrigen ÖPNV und der ORP GmbH.

Die Corona-Pandemie hat weiterhin enorme Auswirkungen auf den ÖPNV. Die Verkehrsnachfrage befindet sich weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Vor dem Hintergrund der weiterhin niedrigen Fahrgastzahlen, ist in Bezug auf die Einnahmesituation der Verkehrsunternehmen, auch im Jahr 2022 ein ÖPNV-Rettungsschirm notwendig. Coronabedingte betriebliche Einschränkungen, abweichend zum Regelbetrieb, sind abhängig vom Infektionsverlauf und der Impferfolge bei der Immunisierung der Bevölkerung. Der vom Landkreis OPR eingeführte Modellversuch, für jeden Schüler*in ein kostenloses Landkresticket auszugeben, wurde im II. Quartal 2021 durch den Kreistag verstimmt und vermag gegebenenfalls die Einnahmeverluste bei den Fahrgeldausfällen zu kompensieren. Es lässt jedoch weiterhin kein ausgeglichenes Betriebsergebnis erkennen. Auf Grund der angespannten Haushaltssituation des Aufgabenträgers besteht darüber hinaus eine hohe Planungssicherheit bei den Zuwendungen von investiven Zuschüssen. Auf der Kreistagssitzung am 02. Dezember 2021 hat der Landkreis Ostprignitz-Ruppin in seiner Funktion als Aufgabenträger des kommunalen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) den bisherigen Nahverkehrsplan (NVP) für den Zeitraum ab 2022 fortgeschrieben und verabschiedet. Im Vorliegenden NVP werden Min-

desterschließungs- und Mindestbedienvorgaben für den Bedienungsumfang der Busverkehre ausgeweitet und präzisiert. So wird zur verstärkten Anbindung und Erschließung des ländlichen Bereichs des Landkreises OPR das Hauptnetz durch die Einführung einer Netzebene Hauptnetz II ausgeweitet. Die verschiedenen Netzebenen bilden ein integrales Netz, das zur Erschließung des gesamten Landkreises OPR ineinandergreift und aufeinander aufbaut. Wichtig ist dabei eine gesamte Betrachtung von Mobilität und Verkehr, so dass der vorliegende NVP zum einen konsequent auf eine verkehrsträgerübergreifende Sichtweise und zum anderen auf ein verkehrliches Gesamtsystem des Landkreises OPR ausgerichtet ist. Der daraus resultierende Handlungsbedarf ist gleichzeitig Chance, Kunden zu binden und neu zu gewinnen z.B. in der intermodalen Verknüpfung sowohl innerhalb des ÖPNV aber auch zu anderen Verkehrsträgern wie MIV und Fahrrad. Die in den letzten Jahren angestoßenen Prozesse zur konsequenten Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots und der ÖPNV-Infrastruktur wurden als Ausgangspunkt der Fortschreibung aufgenommen. Die Sicherstellung des kommunalen ÖPNV ist dabei eine freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe des Landkreises Ostprignitz-Ruppin, so dass die Umsetzung u.a. an die Verfügbarkeit der erforderlichen finanziellen Mittel gekoppelt ist. Die Aufwendungen für die Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr werden durch die Fahrgeldeinnahmen der Nutzer nicht vollständig gedeckt. Steigende Personalkosten und höhere Materialaufwendungen erhöhen die bestehende Unterfinanzierung zusätzlich, wodurch die wirtschaftliche Situation der ORP GmbH weiter angespannt bleibt. Die Gesellschaft wird auf Grund der sich dargestellten Entwicklung zur Erfüllung der im ÖDA festgelegten Anforderungen in Bezug auf die bestellten Verkehrsleistungen für den ÖPNV vom Aufgabenträger stärker anhängig. Das bedeutet, dass der Landkreis bei steigenden Verlusten der Gesellschaft mehr Mittel zur Verfügung stellen muss, sofern alle anderen Faktoren unverändert bleiben. Der Landkreis als Aufgabenträger kann bei steigenden Verlusten gegensteuern, indem er die bei der ORP-GmbH bestellten Verkehrsleistungen reduziert. Ein wichtiges Thema für die zukünftige Entwicklung in der Branche wird das Thema Digitalisierung und öffentlicher Verkehr sein. Sie sorgt für eine geänderte Nachfrage im Bereich der Mobilitätsdienstleistung und wird starken Einfluss auf den öffentlichen Verkehr nehmen. Kundenwünsche und Bedürfnisse verändern sich durch die Digitalisierung. Für das Erreichen bestimmter Nutzergruppen gilt es, dass der Service des ÖPNV online verfügbar sein muss, um überhaupt relevant zu sein. Eine Chance für die ORP GmbH besteht durch kontinuierliche Marktbeobachtung und durch den aktiven Dialog mit Marktteilnehmern, Meinungsbildern und Entscheidungsträgern. Angebote für unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse können das Mobilverhalten noch nicht erschlossener Kundengruppen zum ÖPNV hin verstärken. Die Chance besteht, dass die Kundenakzeptanz weiter erhöht und die Ertragssituation verbessert wird. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass alle zum Einsatz kommenden Systeme im ÖPNV nachhaltig finanziert werden müssen.

11. Weitere Informationen

Bilanz

Aktiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Anlagevermögen	150.096,00	192.912,12
II. Sachanlagen	9.356.841,42	8.841.249,38
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	298.216,74	202.518,07
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	273.853,95	151.502,24
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.246.017,12	2.452.525,93
3. Sonstige Vermögensgegenstände	439.027,72	302.456,73
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	38.817,37	25.433,94

C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	6.591,36	16.528,46
Bilanzsumme	14.894.357,09	13.174.913,38

Passiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	200.000,00	200.000,00
II. Kapitalrücklage	3.056.860,83	3.056.860,83
III. Gewinnrücklage	2.994.901,48	2.919.867,76
IV. Jahresfehlbetrag	564.192,88	75.033,72
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	8.788,00	17.576,00
C. Sonderposten f. Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	4.930.508,00	5.414.929,00
D. Rückstellungen	576.328,80	678.012,72
E. Verbindlichkeiten	1.417.438,75	781.168,08
F. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	45.338,35	31.465,27
Bilanzsumme	14.894.357,09	13.174.913,38

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
Umsatzerlöse	10.731.060,91	10.012.099,14
Sonstige betriebliche Erträge	1.287.124,80	1.325.087,24
Materialaufwand	3.005.746,80	2.783.182,38
Personalaufwand	6.105.440,71	5.845.075,45
Abschreibungen	1.520.759,93	1.845.684,43
Sonstige betriebliche Aufwendungen	803.864,54	770.065,69
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
Zinsen und sonstige Aufwendungen	464,14	0,00
Sonstige Steuern	17.716,71	18.144,71
Jahresergebnis	564.192,88	75.033,72

12. Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)

	Betrag	Bemerkung	
Es bestehen Cash-Managementvereinbarungen zwischen dem Landkreis OPR, der PKH und ihren Tochtergesellschaften sowie der ORP GmbH.			
Es besteht ein Verkehrsleistungs- und Finanzierungsvertrag zwischen der ORP GmbH und dem Landkreis OPR (öffentlicher Dienstleistungsvertrag - ÖDA).			
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen	- €	Keine
4.b	Gewinnausschüttungen/Verlustausgleiche	- €	Keine
4.c	Gewährte Sicherheiten/Gewährleistungen	- €	Keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	2.284.282,85 €	Ausgleichsleistungen zur Förderung des ÖPNV (konsumtiv und investiv) gemäß § 6 des ÖDA

13. Nachweisführung gem. § 91 Abs. 6 BbgKVerf

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Rechtsgrundlage für die Durchführung des ÖPNV sind neben der Verordnung (EG) 1370/2007 vom 23.10.2007 über öffentliche Personennahverkehrsdienste auf Schiene und Straße, das Personenbeförderungsgesetz (PbefG) und das Gesetz über den ÖPNV im Land Brandenburg (ÖPNVG) in der jeweils gültigen Fassung. Gemäß § 2 ÖPNVG im Land Brandenburg stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im ÖPNV

eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. Der ÖPNV soll der Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung, der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit dienen. Durch die Steigerung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNVs soll eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr geschaffen werden, um diesen insbesondere in und zwischen Verdichtungsräumen möglichst zu minimieren bzw. einen weiteren Anstieg zu verhindern. Zudem soll in ländlichen Räumen eine angemessene Bedienung mit Leistungen des ÖPNVs gewährleistet werden. Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im Schienenpersonennahverkehr sowie der landesbedeutsamen Verkehrslinien anderer Verkehrsträger des ÖPNVs ist (gem. § 3 ÖPNVG des Landes Brandenburg) Aufgabe des Landes Brandenburg. Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im übrigen ÖPNV einschließlich des Ausbildungsverkehrs ist freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Auch die Brandenburgische Kommunalverfassung greift im § 2 Abs. 2 die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs als Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft bzw. der Landkreise auf. Allgemeine Aufgabe des ÖPNVs ist der Aufbau eines bedarfsgerechten Liniennetzes, um die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- und Regionalverkehr zu befriedigen. Der Landkreis OPR bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der ORP GmbH.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Nr. 1 und 3 BbgKVerf)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich sind die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen. Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsberechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptausschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen. Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises im öffentlichen Interesse wird gemäß § 2 BbgKVerf für erforderlich gehalten.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden, die

1. im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit den berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen. Die Nebenleistungen der ORP GmbH werden üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten und beeinträchtigen den Hauptzweck nicht. Es werden sonst brachliegende Kapazitäten des Unternehmens ausgenutzt.

5.4 AWU Abfallwirtschafts-Union Ostprignitz-Ruppin GmbH

1. Unternehmensdaten

Name	AWU Abfallwirtschafts-Union Ostprignitz-Ruppin GmbH
Unternehmenssitz	Ahornallee 10, 16818 Märkisch Linden OT Werder
Geschäftsführung	Matthias Noa
Telefon	033920/5020-100
E-Mail	info@awu-opr.de
Homepage	www.awu-opr.de
Gründungsdatum	18.06.1990
Beitrittsgenehmigung	war bis 1993 nicht erforderlich
Beitrittsbeschluss des Kreistages vom	Übertragung der Anteile durch Treuhandanstalt
Prüfrechte (§§ 53, 54 HGrG)	im Gesellschaftsvertrag enthalten
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	derzeit gültige Fassung vom 16.12.2013
Stammkapital	815.000,00 €

2. Gesellschafterstruktur – Anteile am Stammkapital

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
ALBA Europe Holding plc & Co. KG	49,0	399.350,00
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	51,0	415.650,00
		815.000,00

3. Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfassung, die Beseitigung, der Transport sowie das Recycling von Abfällen aller Art aus privaten Haushalten, Gewerbe, Industrie und Einrichtungen im Landkreis Ostprignitz-Ruppin und den angrenzenden Gebieten.

Das Leistungsspektrum der AWU OPR GmbH umfasst im kommunalen Bereich das Sammeln und Transportieren von Hausmüll und hausmüllähnlichem Abfall, Bio- und Grünabfall, Altpapier inkl. Verwertung sowie von Sperrmüll aus privaten Haushalten. Im gewerblichen Bereich wird das Leistungsspektrum des Unternehmens durch das Sammeln und Transportieren von Gewerbeabfall, Altpapier und Kunststoffe, den Containerdienst, der Fäkalien- und Klärschlamm Entsorgung, der Sonderabfallentsorgung, der Straßenreinigung, den Winterdienst, der Reinigung von Fettabscheidern und dem Transport landwirtschaftlicher Erzeugnisse ergänzt.

4. Eingetragen im HR

Eingetragen im HR-B 2161 – Amtsgericht Neuruppin.

5. Organe der Gesellschaft

Organe	Vertreter	Gremienmitglied	Bemerkung
Geschäftsführung		Mattias Noa	ab 01.04.2013
Aufsichtsrat	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	Ralf Reinhardt	Vorsitzender
		Karl Tedsen	ab 01.10.2019
		Axel Gutschmidt	ab 01.10.2019
	Thomas Voigt	ab 01.10.2019	
	ALBA Europe Holding plc & Co. KG	Rainer Kröger	stellvertr. Vorsitzender

		Martin Klemm Thomas Huch Jürgen Naujok	
	Arbeitnehmervertretung	Wilfried Mäusling	Teilnahmerecht
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	Ralf Reinhardt	
	ALBA Europe Holding plc & Co. KG	Rainer Kröger	

6. Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Knabe GmbH, Potsdam hat nach ihrer Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Geschäftsführers keine Einwendungen und hat dementsprechend am 04.05.2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

7. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung der AWU OPR GmbH hat am 30.08.2022 den Jahresabschluss 2021 festgestellt und dem Geschäftsführer sowie dem Aufsichtsrat für das Jahr 2021 die Entlastung erteilt. Der Gewinn der AWU OPR GmbH in Höhe von 436.870,00 € wurde an die Gesellschafter entsprechend den Gesellschafteranteilen am 30.09.2022 ausgeschüttet.

8. Beteiligungsstruktur – Anteile am Stammkapital

Die AWU OPR GmbH ist an einem weiteren Unternehmen beteiligt.

Beteiligung	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
AWU OPR Logistik GmbH	100,00	25.000,00

9. Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahl	2021	2020	2019
Anlagenintensität (AI) in %	73,3	72,8	76,8
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	31,5	34,3	35,7
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in €	-	-	-
Anlagendeckungsgrad II (ADG II) in %	110,4	111,1	103,6
Zinsaufwandsquote (ZAQ) in %	0,4	0,5	0,6
Liquidität 3. Grades (LQ III) in %	131,9	140,6	148,0
Cashflow (CF) in €	1.453.731,5	1.399.918,35	1.381.685,30
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %	6,3	6,8	8,0
Umsatz (UE) in €	10.522.172,4	9.149.832,06	9.035.905,26
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (JU/JF) in €	436.870,0	423.425,62	494.092,15
Personalaufwandsquote (PAQ) in %	30,0	33,7	31,9
Anzahl der Mitarbeiter (MA)	81,3	82	82,9

10. Verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Der Hauptsitz des Unternehmens befindet sich in 16818 Märkisch Linden, Ahornallee 10. Dort werden mehr als 74 Mitarbeiter eingesetzt. An diesem Standort befinden sich der Sitz der Geschäftsführung sowie der der Verwaltung. Weiterhin werden am Hauptsitz bis zu 42 Spezialfahrzeuge des Unternehmens stationiert und disponiert. Am Standort in Märkisch Linden unterhält die

AWU OPR GmbH eine Kfz-Werkstatt, in der die eigenen Fahrzeuge, Container und Behälter gewartet, instandgesetzt und repariert werden. Mit dem Betriebsteil in 16845 Barsikow verfügt das Unternehmen über eine nach Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigte und überwachte Umschlag-, Lager- und Behandlungsanlage für Abfall. In dieser Anlage wird ein Großteil der von der AWU OPR GmbH eingesammelten gewerblichen Abfallmengen erfasst und in größere Transporteinheiten konditioniert, um sie zu Verwertungs- und Entsorgungsanlagen ab zu steuern. Im Geschäftsjahr 2019 erwarb das Unternehmen in direkter Nachbarschaft ein weiteres Grundstück, um die Anlagenfläche zu erweitern und für zukünftige Entwicklungen am Entsorgungsmarkt vorbereitet zu sein. Mit der AWU Logistik OPR GmbH verfügt die AWU OPR GmbH über ein hundertprozentiges Tochterunternehmen. Die AWU Logistik OPR GmbH hat ihren Unternehmenssitz in 16831 Rheinsberg. Sie realisiert zum einen im Auftrag der AWU OPR GmbH mit eigenen Fahrzeugen und Mitarbeitern Aufträge im Containerdienst und in der Fäkalienentsorgung sowie zum anderen im Auftrag der ALBA Berlin GmbH die Sammlung von Verpackungsabfällen (Leichtstoffverpackungen - LVP) mittels der „Gelben Tonne“ bzw. Container sowie die Altglas-Sammlung mittels Depot-Container im Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Die AWU OPR GmbH mit ihrem Tochterunternehmen der AWU Logistik OPR GmbH ist im Landkreis OPR eines der größten ansässigen Entsorgungsunternehmen. Mit ihren Leistungsspektren bieten beide Unternehmen privaten wie auch gewerblichen Kunden eine Vielzahl von Leistungen an und zeichnen sich dabei durch ein Höchstmaß an Zuverlässigkeit, Schnelligkeit, Kompetenz und Seriosität aus.

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der AWU OPR GmbH wurde im Wesentlichen durch die branchenbezogenen Rahmenbedingungen geprägt.

Das Ende 2020 geänderte Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) führte mit Beginn des Jahres 2021 eine Bepreisung für den CO₂-Ausstoß ein, der bei der Verbrennung von Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel entsteht. Es wurde zunächst ein Preis von 25 Euro pro Tonne CO₂ festgelegt, der in weiteren Schritten bis 2025 auf 55 Euro pro Tonne ansteigen wird. Der erhöhte Preis für LKW- Kraftstoffe führt zu einer Verteuerung der Sammlung, Aufbereitung und Logistik.

Der mit der Gewerkschaft ver.di in 2020 für die AWU OPR vereinbarte Haustarifvertrag zur Entwicklung der Mitarbeiterentgelte und Sozialleistungen, wurde in 2021 vertragskonform umgesetzt. Für den Zeitraum ab Mai 2022, stehen neue Verhandlungen an.

Die Rahmenbedingungen waren im Jahr 2021 durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Auswirkungen auf das Abfallaufkommen grundlegend geprägt. Insbesondere im Gewerbegebiet verringerte sich das Mengenaufkommen aufgrund reduzierter Geschäfts-/Produktionsaktivitäten. Dies schlug sich in geringeren Stoffströmen im Gewerbeabfall mit regionalen Unterschieden nieder.

Zum Vorjahr haben sich die Umsatzerlöse der AWU OPR GmbH in Summe 15,0% (1.372,3 T€) erhöht. Gründe hierfür sind vor allem in höheren Verwertungserlösen, insbesondere bei PPK und Preisanpassungen gegenüber unseren Kunden begründet. Der Materialaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 34,1% (956,5 T€) analog zu den verbesserten Verwertungserlösen, auch hier insbesondere bei der Fraktion PPK (904,6 T€), erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten insbesondere solche aus selbstgenutzten PKW's, weiterberechneten Fremdkosten, der Auflösung von Rückstellungen sowie periodenfremden Erträgen und Versicherungsentscheidungen. In Summe sind die sonstigen betrieblichen Erträge um -26,3% (71,4 T€) im Vergleich zum Vorjahr reduziert. Diese Reduzierung lässt sich vorrangig mit einer geringeren Auflösung von Rückstellungen, im Jahr 2020 war eine einmalige Rückstellungsauflösung aus einem Rechtsstreit enthalten und auf gesunkene Mehrerlöse aus Anlagenverkäufen erklären. Auf Basis des Rohertrages kann damit im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 5,2% (344,4 T€) ausgewiesen werden.

Infolge der Übernahme von Auszubildenden als festangestellte Kraftfahrer, Zahlung von Corona-Prämien und der gemäß Haustarifvertrag vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhung im laufenden Jahr, stiegen die Personalaufwendungen um 2,2% (68,0 T€). In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind vor allem Aufwendungen für Raumkosten, Kosten für Behälter, laufende Kosten Fuhrpark, Instandhaltung und Versicherungen Fuhrpark, Mieten Fremdfahrzeuge, Vertriebs- und Verwaltungskosten, sonstige Personalkosten (Ausgleichsabgaben, Schulungen, Arbeitskleidung, Corona-Schutzmaßnahmen), Instandhaltungen Betriebsausstattungen sowie andere und neutrale

Aufwendungen enthalten. Die Summe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhte sich um 9,2% (190,7 T€).

Kostensteigerungen waren insbesondere bei Kraftstoffkosten (+119,1 T€), der Aufwendungen für Versicherungsschäden (+32,2 T€), der Raumkosten (+69,3 T€) infolge der Instandhaltung eigener Gebäude, speziell der Brandschadensanierung der Umschlagshalle (+45,1 T€) und der Raumpflege (15,4 T€), EDV-Kosten (+20,7 T€) und bei den sonstige Personalkosten (+14,2 T€), auch durch Corona-Schutzmaßnahmen, zu verzeichnen. Durch Kostensenkungen in anderen Positionen insbesondere der weiterberechnenden Fremdkosten (-23,5 T€), Kosten für LKW Instandhaltungen (-19,6 T€) und Autobahngebühren (-15,7 T€) konnte eine Teilkompensation erreicht werden.

Mit Bezug auf den Brandschaden der Umschlagshalle in Barsikow sind Aufwendungen von insgesamt 79,6 T€ im Jahresergebnis 2021 enthalten. Davon sind 76,6 T€ Instandhaltungsaufwendungen und 3,0 T€ der erhöhten Abschreibung aus Zuschreibungen in 2020 und 2021 (+7,5 T€) unter Berücksichtigung reduzierter Abschreibung der Umschlagshalle nach der außerordentlichen Abschreibung in 2020 (5,4 T€) zuzuordnen.

Die Ausschüttung des Beteiligungsergebnisses der AWU Logistik OPR GmbH hat sich in 2021 im Vergleich zu 2020 um -24,8 T€ auf 107,0 T€ reduziert.

Aufgrund der Investitionstätigkeit erhöhen sich die planmäßigen Abschreibungen im Vergleich zu Vorjahr um +40,4 T€.

Die Reduzierung der Zinsaufwendungen (-4,8 T€) ist in den planmäßigen Tilgungen der externen Kreditlinien begründet.

Ausgehend von einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 571,0 T€ im Vorjahr, erzielte die AWU OPR GmbH im Berichtsjahr ein um +4,4% (+25,4 T€) erhöhtes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 596,4 T€.

Nach Steuern ergibt sich für das Geschäftsjahr 2021 ein Jahresüberschuss von 436,9 T€ Vorjahr 423,4 T€).

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 651,4 T€ (+9,4%) erhöht. Im Bereich des Sachanlagevermögens führen Investitionen, insbesondere in Fahrzeugtechnik (1.257,9 T€) und Behälter (141,2 T€) sowie Zuschreibungen infolge des Brandschadens der Umschlagshalle in Barsikow in Höhe von 69,3 T€ zu einer Erhöhung des Anlagevermögens um insgesamt +514,0 T€.

Die Erhöhung der Vorräte (+8,2 T€) sind im Wesentlichen bedingt durch erhöhte Einkaufspreise des Kraftstoffvorrats. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (+1,2 T€) bleiben im Vergleich zum Vorjahr annähernd gleich. Die Guthaben bei Kreditinstituten haben sich stichtagsbezogen um insgesamt 34,9 T€ auf 531,0 T€ erhöht.

Die Erhöhung des aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (+93,1 T€) ist auf die Erstellung der Selbstkostenfestpreiskalkulation für den kommunalen Auftrag für das Jahr 2022 und 2023 (78,0 T€) zurückzuführen.

Die Rückstellungen (444,2 T€) beinhalten neben Steuerrückstellungen (31,2 T€) auch sonstige Rückstellungen (413,0 T€). Diese setzen sich aus Personalarückstellungen (167,3 T€) für Urlaubsverpflichtungen, Mehrarbeit, variable Vergütungen, Schwerbehindertenabgabe und Berufsgenossenschaft, Rückstellungen ausstehende Rechnungen (109,5 T€), Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (74,9 T€), für Jahresabschluss- und Beratungskosten (15,7 T€) und für Schadensersatzrisiken (5,0 T€) zusammen. Die übrigen sonstigen Rückstellungen (40,5 T€) beinhalten eine Archivrückstellung sowie eine Rückstellung für anstehende Betriebsprüfungen.

In Summe erhöhen sich die sonstigen Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr um +121,8 T€. Dies ist in erster Linie auf die Erhöhung der Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (+60,8 T€) für ausstehende Rechnungen (+42,3 T€) und für Mehrarbeit (+11,3 T€) zurückzuführen. Die Erhöhung der Verbindlichkeiten (+491,8 T€) resultieren aus einer Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (+516,8 T€), gegenüber Gesellschaften (+63,2 T€), gegenüber verbundenen und nahestehenden Unternehmen (+30,1 T€) und sonstigen Verbindlichkeiten (+45,8 T€). Gegenläufig reduzieren sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-164,1 T€).

11. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

Die Entwicklung der Gesellschaft im zukünftigen Geschäftsjahr wird durch eine starke Präsenz und Aktivität des Unternehmens auf dem regionalen Entsorgungsmarkt gekennzeichnet sein.

Der Fokus der Geschäftsaktivitäten des nächsten Jahres liegt auf Intensivierung der Kundenbindungen, der Neukundenakquise und der Entwicklung neuer Geschäftsfelder zur Unterstützung eines nachhaltigen Wachstums.

Die einzelnen Unternehmensziele sind auf die Erreichung der im Wirtschaftsplan gesteckten Ergebnisziele ausgerichtet.

Die Geschäftsführung erwartet, dass die geplanten Ergebnisse im EBITDA und EBT im folgenden Geschäftsjahr erreicht werden. Vor dem Hintergrund der dargestellten branchenspezifischen Rahmenbedingungen wird das Management der AWU OPR die Stärkung, den Ausbau und die Erweiterung Ihrer Geschäftsfelder weiter forcieren. Das gilt sowohl für die Beschaffungsmärkte, als auch für die Absatzmärkte.

Ein weiterer Bestandteil der Strategie ist die verstärkte Integration von zuverlässigen und kompetenten Unterauftragnehmern bei der Leistungserbringung. Einhergehen werden diese Maßnahmen mit einem gezielten und kostenbewussten Einsatz der Ressourcen und einer effizienten Nutzung von Kapazitäten bei der AWU OPR.

Zusammenfassend lassen sich maßgebliche oder gar unternehmensgefährdende Entwicklungen für den zukünftigen Geschäftsverlauf der AWU OPR zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erkennen.

12. Weitere Informationen

Bilanz

Aktiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Anlagevermögen	5.384,00	2.150,00
II. Sachanlagen	5.529.104,41	5.018.369,40
III. Finanzanlagen	27.600,00	27.600,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	51.005,34	42.759,43
II Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	541.626,55	443.503,53
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	312.395,12	400.476,44
3. Forderungen gegen Gesellschafter	310.477,95	309.961,36
4. Forderungen gegen nahestehende Unternehmen	77.379,02	91.963,42
5. Sonstige Vermögensgegenstände	51.129,11	45.873,41
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	530.991,18	496.105,80
C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	107.518,95	14.437,24
Bilanzsumme	7.544.611,63	6.893.200,03

Passiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	815.000,00	815.000,00
II. Kapitalrücklage	36.393,41	36.393,41
III. Gewinnrücklage	1.091.362,72	1.091.362,72
IV. Jahresüberschuss	436.870,00	423.425,62
B. Rückstellungen	444.199,80	296.006,52
C. Verbindlichkeiten	4.682.046,03	4.190.276,71
D. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	18.788,67	22.797,05
D. Passive latente Steuern	19.951,00	17.938,00
Bilanzsumme	7.544.611,63	6.893.200,03

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
Umsatzerlöse	10.522.172,35	9.149.832,06
Sonstige betriebliche Erträge	200.355,00	271.778,17
Materialaufwand	3.760.196,90	2.803.654,80
Personalaufwand	3.154.587,27	3.086.561,78
Abschreibungen	1.016.861,45	976.492,73
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.260.527,32	2.069.838,28
Erträge auf Beteiligungen	107.049,70	131.844,77
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	592,58	515,83
Zinsen und sonstige Aufwendungen	41.574,13	46.404,75
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	122.050,53	111.510,59
Sonstige Steuern	37.502,03	36.082,28
Jahresüberschuss	436.870,00	423.425,62

13. Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)

	Betrag	Bemerkung	
Es besteht ein Entsorgungsvvertrag zwischen der AWU OPR GmbH und dem Landkreis OPR.			
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen	- €	Keine
4.b	Gewinnausschüttung	436.870,00 €	
4.c	Gewährte Sicherheiten/Gewährleistungen	- €	Keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	- €	Keine

14. Nachweisführung (§ 91 Abs. 6 BbgKVerf)**Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)**

Gemäß § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 der BbgKVerf gehört die Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise. Der Landkreis OPR bedient sich entsprechend dem Gesellschaftszweck der AWU OPR GmbH zur Erfüllung seiner Pflichten nach dem KrWG und dem BbgAbfBodG. Die Geschäftstätigkeit ist auf diese öffentlichen Zwecke ausgerichtet.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Nr. 1 und 3 BbgKVerf)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich sind die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen.

Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsberechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptausschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen.

Am 03.12.2009 hat der Kreistag des Landkreises OPR den Beschluss (Nr. 2009-0149) gefasst, auf sein Kündigungsrecht zum 31.12.2011 zu verzichten. Damit verlängerten sich die Entsorgungsverträge mit der AWU OPR GmbH bis ins Jahr 2022.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden, die

1. im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung

sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit den berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder

2. der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Die Nebenleistungen der AWU OPR GmbH werden üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten und beeinträchtigen den Hauptzweck nicht. Es werden sonst brachliegende Kapazitäten des Unternehmens ausgenutzt.



5.5 REG Regionalentwicklungsgesellschaft Nordwestbrandenburg mbH

1. Unternehmensdaten

Name	REG Regionalentwicklungsgesellschaft Nordwestbrandenburg mbH
Unternehmenssitz	TGZ, Alt Ruppiner Allee 40, 16816 Neuruppin
Geschäftsführung	Michael Müller bis 31.12.2017 Christian Fahner ab 01.01.2018
Telefon	03391/82209-200
E-Mail	info@reg-nordwestbrandenburg.de
Homepage	www.reg-nordwestbrandenburg.de
Gründungsdatum	16.11.1993; am 14.11.2013 hat der Kreistag den Beschluss zur Aufnahme weiterer Gesellschafter und der Umfirmierung von Technologie- und Gründerzentrum Ostprignitz-Ruppin GmbH in REG Regionalentwicklung Nordwestbrandenburg gefasst.
Beitrittsgenehmigung	war bis 1993 nicht erforderlich
Beitrittsbeschluss des Kreistages vom	17.06.2013
Prüfrechte (§§ 53, 54 HGrG)	im Gesellschaftsvertrag enthalten
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	derzeit gültige Fassung vom 19.12.2013
Stammkapital	52.000,00 €

2. Gesellschafterstruktur – Anteile am Stammkapital

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	35,0	18.200,00
Fontanestadt Neuruppin	35,0	18.200,00
Sparkasse Ostprignitz-Ruppin	10,0	5.200,00
Stadt Wittstock/Dosse	10,0	5.200,00
Stadt Kyritz	10,0	5.200,00
		52.000,00

3. Unternehmensgegenstand

Zweck der REG Regionalentwicklungsgesellschaft Nordwestbrandenburg mbH (REG mbH) ist es, die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und touristische Entwicklung der Region Nordwestbrandenburg durch geeignete Maßnahmen zu fördern. Dieser Zweck wird durch die REG mbH verwirklicht, insbesondere durch die Initiierung, Vorbereitung, Begleitung und Durchführung von Projekten, die

- der Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Infrastrukturvorhaben, Gewerbeflächenmanagement und -entwicklung, Standort- und Regionalmarketing,
- der Sicherung der Fachkräftebasis, insbesondere durch Identifizierung des Bedarfs, der Entwicklung von Strategien zur Aktivierung und Beschäftigungssicherung,
- dem Technologietransfer,
- dem Ausbau und der Vernetzung des kulturellen und touristischen Angebots

dienen.

Weiterer Gegenstand der REG mbH ist der Betrieb eines Gründer- und Innovationszentrums, mit dem auch die Gründung neuer Unternehmen sowie die Entwicklung junger Menschen, die neue Technologien, Güter oder Verfahren erfinden, produzieren und vermarkten, unterstützt werden sollen.

Die REG mbH ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann im Sinne der Förderung des Gesellschaftszweckes andere Gesellschaften gründen, erwerben oder sich an solchen beteiligen, sofern die kommunalrechtlichen Vorschriften über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde Beachtung finden. Die REG mbH arbeitet ohne die Absicht, Gewinne zu erzielen. Eventuell erzielte Gewinne werden der Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

4. Eingetragen im HR

Eingetragen im HRB 2574 – Amtsgericht Neuruppin.

5. Organe der Gesellschaft

Organe	Vertreter	Gremienmitglied	Bemerkung
Geschäftsführung		Christian Fahner	ab 01.01.2018
Gesellschafter- versammlung	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	Ralf Reinhardt	Landrat
	Fontanestadt Neuruppin	Nico Ruhle	Bürgermeister
	Sparkasse Ostprignitz-Ruppin	Markus Rück	Vorstandsvorsitzender Bürgermeister
	Stadt Wittstock/Dosse Stadt Kyritz	Jörg Gehrman Nora Görke	Bürgermeisterin
Beirat		Jens Winter Mike Blechschmidt Andreas Bullinger Martin Bünning Jörg Duchrau Konstantin Normann Udo Rönnefahrt Jenny Salzwedel Cornelie Schlegel Sebastian Steineke Falko Stephan Reiner Weltzin	Vorsitzender

6. Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AUDITA Auditing & Controlling GmbH & Co. KG, Berlin hat nach ihrer Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Geschäftsführers keine Einwendungen und dementsprechend am 20.05.2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

7. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung der REG mbH hat in ihrer Sitzung am 24.06.2022 den Jahresabschluss 2021 festgestellt, den Geschäftsführer für das Wirtschaftsjahr 2021 entlastet und beschlossen, den Jahresfehlbetrag des Unternehmens in Höhe von 14.926,35 € mit dem Gewinnvortrag zu verrechnen.

8. Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahlen	2021	2020	2019
Anlagenintensität (AI) in %	49,94	59,87	64,74
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	23,15	23,12	20,88
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in €	-	-	-

Anlagendeckungsgrad (ADG II) in %	II	138,73	130,91	99,24
Zinsaufwandsquote auf Basis der Umsatzerlöse (ZAQ) in %		2,88	2,84	4,07
Zinsaufwandsquote auf Basis der Gegenleistung (ZAQ) in %		2,88	2,84	4,01
Liquidität 3. Grades (LQ III) in %		244,30	261,93	131,16
Cashflow (CF) in €		138.741,52	119.328,50	118.515,05
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %		-0,41	0,67	1,05
Umsatz (UE) in €		414.504,73	459.864,47	346.585,27
Gesamtleistung		414.504,73	459.864,47	352.049,05
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (JU/JF) in €		-14.926,35	-7.756,68	-4.598,08
Personalaufwandsquote auf Basis der Umsatzerlöse (PAQ) in %		115,14	114,65	121,48
Personalaufwandsquote auf Basis der Gesamtleistung (PAQ) in %		115,14	114,65	119,59
Anzahl der Mitarbeiter (MA)		9,00	11,00	9,00

9. Verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Die Struktur der Gesellschaft hat sich gegenüber der Darstellung im Lagebericht 2020 nicht geändert. Gemäß der Abstimmung der Gesellschafter sind als Arbeitsstruktur der REG mbH die Bereiche Administration, Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Projektentwicklung festgelegt. Die Gesellschaft ist auf der Grundlage von jährlich zu genehmigenden Wirtschaftsplänen tätig. Die Finanzierung der REG mbH war jederzeit gesichert. Hauptquellen sind die Zuschüsse der Gesellschafter sowie Einnahmen aus der Vermietung der TGZ Immobilie. Zwischen der REG und ihren Gesellschaftern bestehen Zuschussverträge mit unterschiedlichen Laufzeiten. So bestehen die Verträge mit dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin und der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin jeweils über fünf Jahre, bis zum 31.12.2026 mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von jeweils 150 T€. Der Vertrag mit der Hansestadt Kyritz hat eine Laufzeit von ebenfalls 5 Jahren, bis zum 31.12.2024. Der jährliche Zuschuss beträgt 50 TEUR. Der Vertrag mit der Fontanestadt Neuruppin wurde über eine Laufzeit von 3 Jahren bis zum 31.12.2022 abgeschlossen, der jährliche Zuschuss beträgt 50 TEUR. Über eine Verlängerung des Vertrags und eine evtl. Veränderung über die Zuschusshöhe werden demnächst Gespräche geführt. Mit der Stadt Wittstock/Dosse besteht seit 2019 ein unbefristeter Zuschussvertrag über einen jährlichen Zuschuss von 55 TEUR.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 18.12.2020 wurde festgelegt, dass der Firmensitz der Gesellschaft wieder an ihren ursprünglichen Standort ins Technologie- und Gründerzentrum in der Alt-Ruppiner-Allee 40 in Neuruppin verlegt wird. Die Gesellschaft bezog die Räumlichkeiten ihrer eigenen TGZ-Immobilie, im Juni 2021. Der bisherige Mietvertrag über Büroräumlichkeiten in der Trenckmannstraße wurde fristgerecht und ordentlich gekündigt.

Geschäftsverlauf

Gemäß der Abstimmung der Gesellschafter sind die Bereiche Administration, Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Projektentwicklung als Arbeitsstruktur der REG mbH festgelegt.

Bereich: Administration

Auch das Berichtsjahr war gesamtwirtschaftlich noch geprägt von der im März 2020 beginnenden Corona-Pandemie. Notwendige Erfordernisse zur Eindämmung der Pandemie wie z.B. das Arbeiten von zu Hause wurde auch im Jahr 2021 den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der REG ermöglicht.

Ein Schwerpunkt im Bereich der Administration, ist die Immobilienbewirtschaftung. Wie auch in den Vorjahren verlor die Gesellschaft im Berichtsjahr Mieter, konnte jedoch auch neue Mieter gewinnen sowie weitere Verträge über Geschäftssitze abschließen. Zum Jahresende waren bis auf 2

Büros alle vermietbaren Büroflächen im Gebäude vermietet. Der Vermietungsgrad zum Ende des Berichtsjahres betrug damit rd. 98%.

Durch die Auslastung des Gebäudes wurde die aktive Vermarktung den Angeboten im Gebäude angepasst. Der Landkreis hat zum Zeitpunkt der Berichterstellung bereits angekündigt die Räumlichkeiten, die nur befristet angemietet werden sollten, noch mindestens bis zum Ende des Jahres 2022 weiter anzumieten. Um die Auslastung dann im Gebäude stabil zu halten, wird die Gesellschaft die Vermarktung dieser Flächen rechtzeitig beginnen. Die bisherigen Werbemaßnahmen über die bekannten Onlineportale oder u.a. dem Newsletter REG, werden weiterhin vorgenommen. Zusätzliche Angebote, wie „virtuelle Büros“ blieben auch im Jahr 2021 erhalten. Das Angebot der Vermietung von Seminar- und Tagungsräumen musste wegen der Eigennutzung des ehemaligen Tagungsateliers eingeschränkt werden. Dennoch konnten Einnahmen erzielt werden.

Im Berichtsjahr wurden aktiv die Gespräche mit dem Hauptmieter, die ASG Anerkannte Schulgesellschaft mbH (vormals AGUS/GADAT Berufliche Schulen gGmbH) über die Zusammenführung der Bestandsverträge, die Erweiterung der Anmietung von Büro- sowie sonstigen Flächen und die Erhöhung der Konditionen für diese Mietflächen geführt. Diese Gespräche wurden in Verbindung mit den geplanten Investitionen des Hauptmieters wegen u.a. der Verbesserung der Raumakustik geführt. Für diese Investitionen hat die ASG den Antrag auf Förderung über das Programm im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG 2-Richtlinie) bei der Fontanestadt Neuruppin gestellt. Mit diesem Antrag soll die Verbesserung der Raumakustik in den Klassenräumen der ASG finanziert werden. Der Antrag beinhaltet neben der Raumakustik auch Maßnahmen zur Verbesserung der Beleuchtung sowie der LAN- und WLAN-Netze in den Klassenräumen. Der Antrag wurde bewilligt und der Zeitraum für die Umsetzung bis 31.12.2022 verlängert. Die Verhandlungen mit der ASG über die Mietverträge konnten Anfang 2022 mit dem Ergebnis abgeschlossen werden, dass zum einen die Vielzahl der Bestandsverträge in einen Vertrag zusammengefasst und andererseits weitere Flächen vermietet und die Mietkonditionen für alle Flächen erhöht werden konnten.

Durch den Beschluss der Gesellschafter zum Ende des vorangegangenen Berichtsjahres, die Gesellschaft in ihre eigene Immobilie zurück ziehen zu lassen, wurden Flächen des ehemaligen Tagungsateliers zu Büro – und Beratungsräumen umgebaut. Im Berichtsjahr war dies die umfangreichste Maßnahme im Gebäude. Die im Vorjahr begonnene Maßnahme der Erneuerung der Firmenwegweiser in den Foyers, wurde um die Erneuerung der Firmenwegweiser in den Treppenhäusern erweitert.

Bereich Regionalentwicklung

Schwerpunkte 2021:

- In der Bearbeitung von Mobilitätsthemen u.a.:
 - In der Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge durch die Inbetriebnahme einer weiteren Ladesäule am TGZ – damit insgesamt 27 Ladesäulen im Landkreis in Kooperation mit den Stadtwerken Neuruppin (SWN)
 - Teilnahme am Nahverkehrsbeirat
 - Inhaltliche und organisatorische Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des „Arbeitskreis Mobilität“ mit den Schwerpunkten: Radverkehrskonzept, flexible Verkehre, E-Mobilität, Dialoge mit Mobilitätsmanagement des Landkreises und mit regionalen Akteuren, sowie die Umstrukturierung des Arbeitskreises zu einem kreisweiten Gremium

- In der Bearbeitung von vielfältigen Aufgaben im Themenbereich Energie:
 - Abstimmungen mit der Regionalen Planungsgemeinschaft (RPG), dem Landkreis sowie den Stadtwerken Neuruppin
 - Fachgespräche mit regionalen Unternehmen und Akteuren zu Wasserstoffthemen (H2), Unterstützung der RPG bei Formulierung und Ausschreibung einer H2 Potenzialstudie und Vernetzung relevanter Akteure für H2, Recherche zu Antriebstechnologien
 - Vorbereitung und Teilnahme zu einer möglichen Bewerbung einer „HyLand“ – Förderung mit RPG, WFBB, Landkreis sowie weiteren Akteuren
 - Beteiligung an EU-Förderantrag INTERREG – H2CE mit der gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg

- Kommunikation mit Landwirtschaft, Kommunen, RPG, Landkreis und Projektieren, Lokale Aktionsgruppe (LAG), Forschung zu Photovoltaikthemen (PV)
 - Teilnahme an strategischen Beratungen zum Umgang mit Freiflächen für PV, sowie Gesprächstermine mit Investoren
 - Mitarbeit bei der Aufstellung und Formulierung einer Arbeitshilfe „PV“ für Kommunen
 - Aktive Teilnahme an der Regionalkonferenz der Veranstaltungsreihe der LAG zum Thema Energie, mit begleitenden Gesprächsterminen & Abstimmung
 - Initiierung div. Gespräche und Vernetzung für Energetische Nutzung Moorbiomasse, potenzielle Biogasnutzung und ÖPNV
- In der Bearbeitung der allgemeinen Themen der Regionalentwicklung:
 - Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der „Steuerungsunden Regionalentwicklung“
 - Regelmäßiger Austausch zu Themen der Regionalentwicklung mit LK, Kommunen, regionalen Akteuren, mehrfache Abstimmung mit gemeinsamer Landesplanung Berlin-Brandenburg und RPG sowie der Landkreise OPR, PR und OHV zur Entwicklungsachse A24
 - Moderation der Gespräche zur Bioabfallnutzung zwischen LK OPR und SWN
 - Mitorganisation und Teilnahme einer 4-teiligen Veranstaltungsreihe Moorschutz/Verwertung Moorbiomasse und begleitender Abstimmung mit relevanten Akteuren aus der Politik, Forschung, Landwirtschaft etc.
 - Teilnahme an verschiedenen Webkonferenzen u.a. Technologietage Prignitz, scandria alliance Konferenz
 - Fortführung der Zusammenarbeit mit dem Landkreis für die Umsetzung des Bundesförderprogramms für den Breitbandausbau im Landkreis Ostprignitz-Ruppin und die Unterstützung bei dem Thema Mobilfunkversorgung
 - Vielfältige Unterstützung von Erzeugern und Vermarktern regionaler Produkte und die Weiterführung der Digitalisierung der Marketingmaßnahmen in Kooperation mit dem Bundesverband der Regionalbewegung e.V. sowie die Leitung des Vereins Regionalinitiative Prignitz Ruppin e.V.:
 - Teilnahme an Märkten und Messen wie z.B. Erzeugermarkt in Wittstock, Pro Agro Messe Klaistow
 - Ausbau der Zusammenarbeit mit den Nachbarlandkreisen
 - Akquise neuer Mitglieder und Erstellung des neuen Einkaufswegweisers

Bereich Wirtschaftsförderung

Der Geschäftsbereich Wirtschaftsförderung war in 2021 wegen der Durchführung von Veranstaltungen am meisten von der Pandemie betroffen, sodass einige Veranstaltungen zwar vorbereitet aber letztendlich nicht stattfinden konnten, wie z.B. der Wirtschaftsfrühling – der Jahresempfang des Landkreises – und Gewerbetour in Wittstock und Heiligengrabe. Die Aktivitäten konzentrierten sich im Berichtsjahr auf:

- das Standortmarketing; unterschiedliche Messeaktivitäten u.a. die Teilnahme an Firmenkontaktmessen von Fach- und Hochschulen in Brandenburg in Kooperation mit der Präsenzstelle Prignitz, Teilnahme an der deGut in Berlin und die Unterstützung der Ausbildungsmessen im Landkreis durch Marketingmaßnahmen oder bei der Umsetzung
- die Weiterentwicklung des gemeinsamen kreisübergreifenden Wirtschaftsraumes mit kommunaler Beteiligung entlang der Autobahn 24 („A24 Brandenburgs Spitze“)
- Umsetzung des Konzepts für den „A24 Wirtschaftspreis“ der im Jahr 2022 vergeben werden soll
- Fortführung des Corona Sondernewsblogs, sowie ständige Verteilung und Weitergabe von Informationen hinsichtlich Wirtschaftshilfen des Bundes, der Länder und der einzelnen Kommunen

- einen umfassenden Unternehmerservice gemeinsam mit den Partnern WFBB, ILB und IHK sowie den regionalen Wirtschaftsförderern. In diesem Rahmen wurden Unternehmen unterstützt bei Erweiterungsvorhaben, Fragen der Fachkräftethematik oder Infrastrukturproblemen, sowie zur Beantragung von Wirtschaftshilfen im Zuge der Corona Pandemie für Selbstständige und Unternehmen
- gemeinsam mit dem Technologiezentrum Prignitz Fortführung der technischen Pflege der Lieferplattform für Unternehmen/Einzelhändler, die durch die Coronapandemie ihre Vertriebswege umstellen mussten
- Fortführung der Unternehmensbesuche als Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Verwaltung
- Fortführung des Stammtischs der Personalverantwortlichen und Erarbeitung von hochwertigen Weiterbildungsangeboten bspw. mit dem LKA Brandenburg zur Cyberkriminalität
- Durchführung des Unternehmerforums Kleeblattregion, sowie des Unternehmertreffs im Temnitzpark
- Weiterentwicklung des neuen Veranstaltungsformats Gewerbetour Wittstock/Dosse & Heiligengrabe, welches zunächst pandemiebedingt nach 2021 verschoben und letztendlich pandemiebedingt abgesagt wurde
- Organisation und Durchführung der langen Nacht der Wirtschaft in der Kleeblattregion 2021, Teilnehmerakquise, Erstellung eines Hygienekonzepts, Planung der Eröffnungsveranstaltung, Beschaffung von Sponsorengeldern und Bewerbung der Veranstaltung
- der Weiterentwicklung des Talentenetzwerks Nordwestbrandenburg
- ganzheitliche Vermarktung und Aktualisierung aller Exposés der Gewerbegebiete im Landkreis Ostprignitz-Ruppin sowie Abstimmung von Maßnahmen mit der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg und den Kommunen
- Durchführung der zweiten Fachkräftebedarfsanalyse für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin

Bereich Projektentwicklung

Schwerpunkte 2021:

- Fortführung des Projekts „Integration durch Austausch“ als Kooperationspartner der IJN Neuruppin. Dieses Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und endet am 31.12.2021
- In der Leitung der Geschäftsstelle der KAG Kyritz-Ruppiner Heide:
 - Inhaltliche und organisatorische Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Mitgliederversammlungen KAG KRH
 - Aufnahme des Zustandes der Mahnsäulen in Vorbereitung einer Pflegestrategie
 - Erarbeitung serieller Berichterstattung zur KRH in Kooperation mit dem Ruppiner Anzeiger
 - Umstrukturierung des Internetauftritts KRH und Vorbereitung Aktualisierung Webseite
 - Regelmäßige Abstimmung mit dem Landkreis, Heinz Sielmann Stiftung und weiteren Akteuren zu Heidethemen
 - Etablierung einer Presseschau für KAG Mitglieder
- In der Leitung der Geschäftsstelle der LAG „Regionalentwicklung Ostprignitz Ruppin e.V.“:
 - Organisation interner Versammlungen aller Art inkl. Protokollführung
 - Schnittstelle zwischen Verein und externen sowie internen Akteuren
 - Überwachung des Zahlungsverkehrs sowie Durchführung aller Rechnungslegungen
 - Beantragung von Fördermitteln für den Verein
 - Unterstützung bei der Vorbereitung der neuen Förderperiode z.B. Erstellen der neuen Regionalentwicklungsstrategie
 - Mitgliederverwaltung
- In der Unterstützung des Ausbildungsverbund Teltow e.V. (AVT) als Projektpartner beim Projekt „Perspektiven statt Barrieren“
- Fortführung des Projekts „Regionalen Lotsendienst“ für welches die Gesellschaft für den Projektzeitraum bis 31.12.2021 rd. 730 TEUR Fördermittel erhielt. Damit werden neben 1,5 Personenstellen auch Sachkosten für externe Dienstleister finanziert. Entsprechend dem Zuwendungsbescheid vom 08.10.2021 führt die Gesellschaft das Projekt bis zum 31.10.2022 fort. Die Finanzierung durch Zuschüsse erfolgt zu 100% aus Mitteln des Landes

Brandenburg durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MASGF) sowie dem für Wirtschaft und Energie (MWE) und aus Mitteln des europäischen Sozialfonds (ESF).

- Fortführung des Service- und Beratungsvertrags mit der Entwicklungsgesellschaft Temnitzpark (EGT). Im Berichtsjahr konnte die REG erfolgreich ein weiteres größeres Grundstück für die EGT verkaufen. Den vereinbarten Verkaufsbonus erhält die REG im nächsten Berichtsjahr. Für die Deckung der allgemeinen Büro- und Verwaltungskosten erhält die Gesellschaft ein monatliches Honorar.

10. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

Auch 2021 hat sich gezeigt, dass die Gesellschaft in der Lage ist, die in sie gesetzten Erwartungen in den einzelnen Geschäftsbereichen zu erfüllen.

Dies betrifft die Anforderungen der Gesellschaft und deren Gremien, aber auch die Resonanz der Unternehmer und der Politik. Die REG berichtet regelmäßig in den betreffenden Ausschüssen der Gesellschafter. Zur Finanzierung der Gesellschaft durch die Zuschüsse der Gesellschafter, wurde bereits weiter oben berichtet. Der Gesellschafter Sparkasse Ostprignitz-Ruppin stellt der Gesellschaft weiterhin, bei zusätzlichem Finanzbedarf, einen zusätzlichen Zuschuss von bis zu 100 TEUR jährlich zur Verfügung. Die Liquidität der Gesellschaft ist auch perspektivisch gesichert.

Bereits seit 2019 begann die Laufzeit des Zuschussvertrags über die Finanzierung der Regionalentwicklung im Landkreis OPR mit der Gemeinde Heiligengrabe. Der jährliche Zuschuss beträgt 15 TEUR, der Vertrag lief bis zum 31.12.2021 und wurde im Januar 2022 für 3 weitere Jahre verlängert. Ab dem Jahr 2022 erhält die Gesellschaft von der Gemeinde Wusterhausen ebenfalls einen jährlichen Zuschuss über 15 TEUR. Auch mit dieser Gemeinde wurde ein Zuschussvertrag abgeschlossen, dessen Laufzeit beträgt ebenfalls 3 Jahre.

Wie weiter oben berichtet, unterstützt die Gesellschaft die Entwicklungsgesellschaft Temnitz mbH. Wichtigste Aufgaben der REG aus diesem Service- und Beratungsvertrag sind die Weiterentwicklung und Vermarktung des Gewerbegebiets „Temnitzpark“. Die Unterstützung der EGT bei diesen Vorhaben bietet zum einen die Möglichkeit, die Ansiedlung von Unternehmen im Rahmen der Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung für die Region voranzutreiben. Zum anderen bietet sich der REG durch den Verkauf von Grundstücken, die Möglichkeit weitere Einnahmen für sich zu generieren, die künftig benötigt werden, da laufende Kosten für den gesamten REG Bürobetrieb und Personalstamm jährlich steigen, bei weiter konstant bleibenden Zuschüssen. Wie bereits berichtet, erzielte die Gesellschaft im Berichtsjahr einen weiteren Grundstücksverkauf für dessen Umsatzrealisierung der REG im folgenden Jahr den Bonus erhalten wird. Zum Ende des Berichtsjahres intensivierten sich die Gespräche mit mehreren Investoren. Für die REG bedeutet dies vor allem in den nächsten beiden Jahren zusätzliche Einnahmen zur Weiterentwicklung der Gesellschaft. Zum einen für die Erweiterung des Personalbestands, die dringend für die Bewältigung der Aufgaben vor allem im Bereich der Regionalentwicklung benötigt wird und andererseits bei der Umsetzung notwendiger und zukunftsorientierter Maßnahmen in der TGZ-Immobilie sowie im allgemeinen Bürogeschäft der REG, die auch dem Klimaschutz und damit der CO₂-Reduzierung dienen.

Die Risiken der Gesellschaft liegen noch immer überwiegend in der Vermietung der TGZ-Immobilie. Durch die Verlegung des Firmensitzes an ihren ursprünglichen Standort im TGZ, sind weitere Angebote im TGZ, wie das Tagungsgeschäft vorerst nur in kleinem Umfang möglich. Die Gesellschaft hatte im bisherigen Tagungs- und Arbeitsatelier ihre Geschäftsräume eingerichtet. Wegen der erneuten Bewerbung für das Lotsendienstprojekt zum Ende des kommenden Berichtsjahres sind Umbauten in kleinerem Umfang zur Errichtung eines Tagungsraumes für die Durchführung der Development Center und auch anderer Veranstaltungen geplant. Die Vermietung sogenannter „virtueller Büros“ bleibt erhalten. Die Anfragen dafür sind im Berichtsjahr gestiegen und das Angebot um eine Rufweiterleitung ausgeweitet. Die regelmäßige Vermarktung und die Entwicklung neuer Angebote sind notwendig, um die Einnahmen aus der Vermietung zu sichern. Notwendige Instandhaltungen werden regelmäßig geprüft und geplant. Diese und der Vermietungsstand werden ebenfalls regelmäßig an die Gesellschaft berichtet.

Aus der jetzigen Konstellation der Gesellschaft und ihrem Wirken in der Region sind derzeit keine Risiken zu erkennen.

11. Weitere Informationen:

Bilanz

Aktiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Anlagevermögen	4.477,00	8.438,00
II. Sachanlagen	354.843,96	461.502,51
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	38.810,71	34.040,78
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	25.902,89	21.346,73
2. Sonstige Vermögensgegenstände	12.907,82	12.694,05
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	315.255,33	272.658,10
C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	6.117,01	8.309,32
Bilanzsumme	719.504,01	784.948,71

Passiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	52.000,00	52.000,00
II. Gewinnvortrag	129.502,64	137.259,32
III. Jahresfehlbetrag	- 14.926,35	- 7.756,68
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	39.019,00	52.396,00
C. Rückstellungen	113.910,91	124.667,00
D. Verbindlichkeiten	394.740,51	423.094,05
E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	3.143,80	3.032,52
F. Passive latente Steuern	2.113,50	256,50
Bilanzsumme	719.504,01	784.948,71

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
Umsatzerlöse	414.504,73	459.864,47
Minderung/Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	751.129,20	806.847,95
Materialaufwand	90.716,37	91.382,14
Personalaufwand	477.261,57	527.222,76
Abschreibungen	153.667,87	146.185,18
Sonstige betriebliche Aufwendungen	429.630,66	481.465,11
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
Zinsen und sonstige Aufwendungen	11.950,89	13.039,04
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.667,00	4.213,78
Sonstige Steuern	10.965,92	10.961,09
Jahresergebnis	- 14.926,35	- 7.756,68

12. Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)

		Betrag	Bemerkung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen	- €	Keine
4.b	Gewinnausschüttungen/Verlustausgleiche	- €	Keine
4.c	Gewährte Sicherheiten/Gewährleistungen	- €	Keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	- €	Keine

13. Nachweisführung gem. § 91 Abs. 6 BbgKVerf

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Gemäß § 122 Abs. 2 BbgKVerf fördert der Landkreis insbesondere die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung seines Gebiets zum Wohle der Einwohner. Dazu bedient er sich unter anderem der REG mbH. Die REG mbH ist in ihrer Geschäftstätigkeit auf die Entwicklung der Region in verschiedenen Themenfeldern, primär aber auf dem Gebiet der Wirtschaft im öffentlichen Interesse ausgerichtet.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 und 3 BbgKVerf)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich ist die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen.

Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsberechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptausschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen.

Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises im öffentlichen Interesse wird gem. § 2 Abs. 2 der BbgKVerf zur Förderung von Wirtschaft und Gewerbe und eines ausreichenden Breitbandzuges für erforderlich gehalten. Die Wirtschaftsförderung ist eine nicht kostendeckende Aufgabe einer Verwaltung. Ein entsprechender Markt mit privaten Anbietern ist nicht vorhanden.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden, die

1. im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Die Nebenleistungen der REG mbH werden üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten und beeinträchtigen den Hauptzweck nicht. Es werden sonst brachliegende Kapazitäten des Unternehmens ausgenutzt.

5.6 Musikkultur Rheinsberg gGmbH

1. Unternehmensdaten

Name	Musikkultur Rheinsberg gGmbH
Unternehmenssitz	Kavalierhaus der Schlossanlage, 16831 Rheinsberg
Geschäftsführung	Thomas Falk (bis 31.08.2021) Dr. Benedikt Poensgen (ab 01.09.2021)
Telefon	033931/721-0
E-Mail	kontakt@musikkultur-rheinsberg.de
Homepage	www.musikkultur-rheinsberg.de
Gründungsdatum	10.07.2014 Verschmelzung durch Aufnahme der Kammeroper Schloss Rheinsberg GmbH rückwirkend zum 01.01.2014
Beitrittsgenehmigung	19.02.1998
Beitrittsbeschluss des Kreistages vom	19.09.1996; am 13.03.2014 hat der Kreistag den Verkauf von Geschäftsanteilen an das Land Brandenburg und die Verschmelzung durch Aufnahme der Kammeroper Schloss Rheinsberg GmbH rückwirkend zum 01.01.2014 beschlossen.
Prüfrechte (§§ 53, 54 HGrG)	im Gesellschaftsvertrag enthalten
Rechtsform	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	derzeit gültige Fassung vom 26.10.2018
Stammkapital	55.600,00 €

2. Gesellschafterstruktur – Anteile am Stammkapital

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
Land Brandenburg	75,10	41.750,00
Stadt Rheinsberg	7,41	4.120,00
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	7,41	4.120,00
Kunst- und Kulturverein Rheinsberg e. V.	3,36	1.870,00
Landesmusikrat Brandenburg e. V.	3,36	1.870,00
Freundeskreis der Kammeroper e. V.	3,36	1.870,00
		55.600,00

3. Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Musikkultur Rheinsberg gGmbH (MKR gGmbH) ist die Förderung von Kunst und Kultur. Nach der Verschmelzung der Kammeroper Schloss Rheinsberg GmbH mit der Musikakademie Rheinsberg im Jahre 2014 erfolgte die Umfirmierung in „Musikkultur Rheinsberg gGmbH“. Das Vermögen der Kammeroper Schloss Rheinsberg GmbH ging über an die Musikakademie Rheinsberg GmbH. Der Unternehmensgegenstand wird insbesondere durch den Betrieb der Kammeroper Schloss Rheinsberg und der Musikakademie Rheinsberg verwirklicht. Die Gesellschaft erfüllt ihre Aufgaben insbesondere durch:

- die Erhaltung und Entwicklung eigenständiger künstlerischer Profile der Musikakademie Rheinsberg als Bundes- und Landesakademie und der Kammeroper Schloss Rheinsberg als Opern-Festival,
- die Planung und Durchführung von musikalischen Lehr- und Fortbildungsveranstaltungen, Weiterbildungsseminaren und Musik(theater)werkstätten, die Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten für professionelle und Laienmusiker, insbesondere für Schüler und Jugendliche,
- die Planung und Durchführung von Opernfestivals, internationalen Wettbewerben, Konzerten, Meisterkursen sowie sonstigen Veranstaltungen kultureller und wissenschaftlicher Art,
- die Kooperation mit Forschungs-, Bildungs- und Kultureinrichtungen in der Region, im Land Brandenburg und Berlin sowie mit anderen nationalen und internationalen Partnern,
- die Förderung des musikalischen Nachwuchses,
- die Umsetzung der UNESCO Konvention zur kulturellen Vielfalt durch die Übernahme von Trägerschaften für Projekte, die sich der Pflege, Erforschung und Erschließung des kultu-

rellen Erbes, der zeitgenössischen Musik und der Kulturen anderer Länder im eigenen Land widmen,

- Jugendbegegnungsmaßnahmen, die nicht in erster Linie dem Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten auf den Gebieten Musik und Kultur dienen,
- Angebote der außerschulischen Bildung für Jugendliche, die in den Bereichen Musik und Kultur bisher nicht den Schwerpunkt ihrer Neigung sahen sowie
- die Verbreitung von Forschungsergebnissen.

4. Eingetragen im HR

Eingetragen im HRB 2856 – Amtsgericht Neuruppin.

5. Organe der Gesellschaft

Organe	Vertreter	Gremienmitglied	Bemerkung
	Kaufmännischer Geschäftsführer Kammeroper Schloss Rheinsberg	Thomas Falk Benedikt Poensgen Georg Quander	bis 31.08.2021 ab 01.09.2021
Aufsichtsrat	Land Brandenburg Stadt Rheinsberg Landkreis Ostprignitz-Ruppin Kunst- und Kulturverein Rheinsberg e. V. Landesmusikrat Brandenburg e. V. Freundeskreis der Kammeroper e. V.	Reiner Walleser Brigitte Faber-Schmidt Diana Heinrich Ursula Weiler Kai Schlegel Frank-Rudi Schwochow Hans-Georg Rieger Anke Somschor Detlef Fuchs Ulrike Liedke Jürgen Schwarz	Vorsitzender bis 15.07.2021 Vorsitzende ab 16.07.2021 ab 08/2021 ab 7/2019 ab 10/2019
Gesellschafter- versammlung	Land Brandenburg Stadt Rheinsberg Landkreis Ostprignitz-Ruppin Kunst- und Kulturverein Rheinsberg e.V. Landesmusikrat Brandenburg e. V. Freundeskreis der Kammeroper e. V.	Reiner Walleser Brigitte Faber-Schmidt Frank-Rudi Schwochow Ralf Reinhardt Karin Niemann Ulrike Liedke Petra Klockmann Carolin Masur	Vorsitzender bis 15.07.2021 Vorsitzende ab 16.07.2021 ab 9/2019 ab 10/2019 ab 9/2019

6. Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft QS Treuhand, Göttingen hat nach ihrer Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Geschäftsführers keine Einwendungen und dementsprechend am 26.04.2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

7. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung der MKR gGmbH hat in ihrer Sitzung am 31.08.2022 den Jahresabschluss 2021 festgestellt. Der Geschäftsführer wurde durch den Aufsichtsrat für das Wirtschaftsjahr 2021 entlastet. Die Gesellschafterversammlung hat am 31.08.2022 dem Aufsichtsrat die Entlastung erklärt und beschlossen, den Bilanzverlust in Höhe von 69.187,62 € auf neue Rechnung vorzutragen.

8. Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahl	2021	2020	2019
Anlagenintensität (AI) in %	53,8	50,2	66,7
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	30,5	22,6	15,7
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in €	-	-	-
Anlagendeckungsgrad II (ADG II) in %	56,8	44,9	23,5
Zinsaufwandsquote (ZAQ) in %	0,04	0,1	0,0
Liquidität 3. Grades (LQ III) in %	65,6	144,5	87,7
Cashflow (CF) in €	326.836,00	326.949,50	126.419,03
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %	8,9	11,1	-7,4
Umsatz (UE) in €	358.202,47	379.562,63	3.532.836,37
Zuwendungen (Fördermittel/Drittmittel) in €	2.530.215,98	2.530.215,98	2.538.149,25
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (JU/JF) in €	145.001,78	172.357,34	-85.368,42
Personalaufwandsquote (PAQ) in %	425,56	358,1	43,4
Anzahl der Mitarbeiter (MA)	33	22	23

9. Verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Nach dem Jahr 2020, das nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) einen Rückgang von 4,9% gegenüber dem Jahr 2019 ausweist, war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 2,7% höher als im Jahr 2020. Die konjunkturelle Erholung ab Frühjahr 2021 führte dazu, dass die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden in 2021 wieder deutlich gestiegen sind. Im Vergleich mit dem ersten Corona-Krisenjahr 2020 legten sie um 11,5% auf knapp 761 Milliarden Euro zu.

Die Musikkultur Rheinsberg gGmbH konnte in diesen sich erholenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach dem positiven Betriebsergebnis im Jahr 2020 auch in 2021 mit einem positiven Betriebsergebnis abschließen.

Dieses positive Betriebsergebnis ist, wie im Jahr 2020, insbesondere dem Umstand zu verdanken, dass alle Förderzusagen der öffentlichen Hand (Land, Landkreis OPR, Stadt Rheinsberg) trotz auch in 2021 notwendiger erheblicher Einschnitte in die Programmplanung der MKR vollumfänglich aufrechterhalten wurden.

Darüber hinaus konnten in 2021 Drittmittel in erheblichen Maßen eingeworben werden. Zudem waren erneut Hilfsmaßnahmen des Bundes, wie die Einführung von Kurzarbeitergeld und die Einrichtung von Förderprogrammen (hier der Sonderfond des Bundes für Kulturveranstaltungen) ebenfalls sehr hilfreich, um Einnahmeausfälle durch geringere zu Verkauf stehende Ticketvolumen sowie wegfallende Belegungen des Gästehauses auszugleichen.

Für das Jahr 2022 ist zu konstatieren, dass im ersten Quartal 2022 Corona-bedingte Einnahmeausfälle in der Belegung des Gästehauses festzuhalten sind. Ebenso ist eine deutliche Zurückhaltung des Publikums beim Kartenverkauf sowohl für die Osterfestspiele als auch für die Kammeroperseason 2022 festzustellen. Der Verkauf der Karten für die Osterfestspiele blieb 50% unter dem Plan. Es bleibt abzuwarten, ob im Zuge des Wegfalls von Corona-Schutzmaßnahmen im Laufe des Jahres 2022 auch der Ticketverkauf wieder deutlich anzieht. Ebenso schwer einzuschätzen sind die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf das Besucherverhalten und den Ticketkauf. Die Preissteigerungen im Energiesektor wirken sich auch auf das Freizeitverhalten der Menschen aus, nicht zuletzt wird auch die Anreise nach Rheinsberg deutlich teurer.

Geschäftsverlauf

Kammeroper Schloss Rheinsberg

Die Corona-Krise überschattete auch das komplette Jahr 2021. So mussten im Zuge der Beschränkungen des öffentlichen Lebens, die von der Regierung zum Schutz der Bevölkerung ver-

fügt wurden, die „Osterfestspiele Schloss Rheinsberg“ erneut komplett abgesagt werden. Ebenso musste auch das für den 29. April geplante „Frühlingskonzert“ der Kammeroper in dem Kammermusiksaal der Berliner Philharmonie abgesagt werden.

Aufgrund der für die Durchführung größerer Veranstaltungen wie des sommerlichen „Festivals junger Opernsänger“ dringend erforderlichen Vorlaufzeiten von wenigstens 8 Wochen, war hiervon auch noch das Programm der „Kammeroper Schloss Rheinsberg“ betroffen. Zum Zeitpunkt Anfang Mai, als spätestens die Beauftragung der bereits durchgeplanten und fertig vorbereiteten Anfertigung von Bühnenbild und Kostümen, die Anmietung erforderlicher Infrastruktur und des benötigten Personals hätte erfolgen müssen, waren eine Besserung der Situation und eine Lockerung der behördlichen Bestimmungen noch nicht absehbar. So sah sich die Geschäftsleitung gezwungen, sowohl die beiden groß angelegten Wandelkonzerte im Rahmen des von der BKM geförderten Programms zu BHTVN 2020 mit denen das Festival eröffnet werden sollte, sowie alle weiteren Veranstaltungen bis Mitte Juli vom Programm abzusetzen.

So startete die Festivalsaison nach Absage der Wandelkonzerte, der traditionellen Operngalas und der ersten Opernproduktion im Heckentheater, die Aubers komischer Oper „Frau Diavolo“ szenisch und musikalisch neu befragen sollte, erst am 10. Juli – zunächst mit ausschließlich kleinformatigen Programmen im Schlosshof wie Beethovens „Liedern verschiedener Völker“, dem Abschlusskonzert der von Siegfried Jerusalem geleiteten Meisterklasse, den Liederabenden „Ferne Geliebte – Lieder der Sehnsucht“, einem Gesprächskonzert mit Peter Gülke und Georg Quander über die verschiedenen Fassungen von Beethovens einziger Oper „Fidelio“ und einem Abend unter dem Motto „von der Kunst des Quartetts“ mit Niklas Liepke & Friends sowie jungen Sängern der Kammeroper.

Neu in das, nun mehr ganz Beethoven gewidmete, Programm konnten drei vom Publikum begeistert gefeierte Sinfoniekonzerte mit der „Akademie für Alte Musik Berlin“ aufgenommen werden, in denen drei zentrale Sinfonien Beethoven ihren musikalischen Vorbildern in Kompositionen von Mehul, Knecht und Wranitzky gegenübergestellt wurden.

Als szenische Produktionen blieben die beiden experimentellen Aufführungen der drei Minutensopern von Darius Milhaud im Rahmen des Projektes der „Bundesakademie für Junges Musiktheater“ im Schlosstheater übrig sowie die 7 Vorstellungen von Beethovens „Fidelio“, der in der nur selten gespielten Urfassung von 1805 auf der Bühne am Kavalierhaus am 04. August Premiere hatte. Die von den Brandenburger Symphonikern und dem Apollochor unter der Leitung von Peter Gülke und Maria Keller musikalisch überzeugend geführten, von Georg Quander (Regie), Christoph Gehre (Bühne) und Barbara Krott (Kostüme) in einer bedrückenden Gefängnislandschaft eindrucksvoll inszenierten und den jungen Solisten stimmlich und darstellerisch herausragend gestalteten Rollen überzeugten Presse und Publikum.

Dennoch blieb der finanzielle Erfolg der Festspiele weit hinter den Erwartungen zurück, da, bedingt durch die Absagen, sich das Programmangebot halbiert hatte und durch die weiterhin bestehenden Auflagen im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes die verbliebenen Aufführungen nur zur Hälfte belegt werden durften. Erschwert wurde die Situation dadurch, dass das Maritim-Hotel erstmals seit Bestehen der Matthus-Arena eine Vermietung der Halle als Schlecht-Wetter-Ausweichquartier verweigerte, und so die Kammeroper gezwungen war, bei unzureichender Wetterlage die Veranstaltungen in das Schlosstheater bzw. die Kirche zu verlegen. Da die hier zur Verfügung stehenden Platzkapazitäten nicht in allen Fällen den angebotenen und verkauften Open-Air-Plätzen entsprach, mussten leider einige Teile des Publikums gegen Rückerstattung der Eintrittspreise auch wieder nach Hause geschickt werden.

Trotz des Wiederanstiegs der Infektionszahlen des Covid19-Virus im Herbst konnte hingegen die bereits für die Vorweihnachtszeit des Vorjahres geplante, dort aber aufgrund des Lockdowns abgebrochene Produktion von Engelbert Humperdincks Märchenoper „Hänsel & Gretel“ in diesem Jahr fertig gestellt und am 11. Dezember im Schlosstheater herausgebracht werden. Die Aufführung konnte insgesamt nur fünfmal öffentlich vor nahezu ausverkauftem Haus gezeigt werden, denn leider hatte auch hier wieder die Pandemie einen Strich durch die Rechnung gemacht, insofern als die Buchungen für drei der geplanten und ausverkauften fünf Vorstellungen von den Schulen aufgrund der pandemischen Lage wieder storniert werden mussten. Die Musikkultur Rheinsberg nutzte daraufhin die freien Vorstellungskapazitäten, um in Zusammenarbeit mit der Fa. Accentus eine professionelle Videoaufzeichnung anzufertigen und über die Weihnachtszeit und den

Jahreswechsel über das Video Portal „Vimeo“ kostenfrei ins Netz zu stellen. 550 Nutzer machten von dem Angebot Gebrauch, was zumindest von der Kapazität her den ausgefallenen drei Schulvorstellungen gleichkam.

Neu in Förderprogramm der Kammeroper wurde – nicht zuletzt aufgrund der positiven Erfahrungen beim „Musiksommer Rheinsberg“ des Jahres 2020 – eine Reihe mit 4 von Kammeropern Roman Trekel als Lehrer betreuten und kuratierten Liederabenden aufgenommen. Der erste Abend fand mit dem jungen britischen Sänger Daniel Nicholson im Oktober 2021 im Rahmen des Musikakademieprogramms statt, die restlichen drei Abende werden in 2022 folgen.

Musikakademie Rheinsberg

Im Jahr 2021 konnte die Musikakademie Rheinsberg trotz der coronabedingten Einschränkungen ihr Fortbildungsprogramm ausbauen.

Im ersten Halbjahr 2021 konzentrierten sich die Aktivitäten auf Onlineformate.

- 4 Online Kursreihen (Kulturwirtschaftliches Know-How für Ensembles)
- Fortbildungen für Erzieherinnen
- Musik-Berufsbildung für Jugendliche sowie einem interdisziplinären Angebot an musikalischer Bildung für Jugendliche
- Online-Fachtage für professionelle Akteure sowie
- die Durchführung des Festivals für Neue Musik zum 30jährigen Jubiläum der Musikakademie in einem gemischten on- und offline Format mitsamt der erstmaligen Auswahl des neuen Rheinsberger Residenzensembles für Neue Musik.

Im zweiten Halbjahr konnten die Kurse der Musikakademie wieder größtenteils in Präsenz stattfinden – hierunter zählen unter anderem:

- Das Fest der Alten Musik (auch im Kontext des 30jährigen Jubiläums der Musikakademie) mit Kursen, Symposien, Konzerten und Netzwerkformaten
- mehrphasige Fortbildung Orgel in der Kirche (mit Feier zum 30jährigem Jubiläum und einem Symposium zur nebenamtlichen kirchenmusikalischen Praxis)
- Meisterkurse (Gambenconsort, Violine, Flöte und Kammermusik)
- Kurse für Erzieherinnen
- Kurse für Musikpädagoginnen

Neben diesen Aktivitäten ist die Bereitstellung der hauseigenen Infrastruktur für Proben und Arbeitsphasen von Orchester und Chören weiter stark nachgefragt. Leider mussten aufgrund der Coronalage bis Mai auch wieder im November und Dezember viele Gäste ihren Aufenthalt absagen.

Geprägt haben die Arbeit der Musikakademie im Jahr 2021 zwei Projekte die aufgrund von Drittmitteln realisiert werden konnten:

- Das Projekt „Bundesakademie für junges Musiktheater“ hatte sein erstes vollständiges Projektjahr mit den ersten zwei Modulen der „Spielleiterausbildung“, mit 2 online Fachtagen und insbesondere der Produktion der drei „operas minute“ von Darius Milhaud im Rahmen der Kammeroper Schloss durch Jugendliche die in einem bundesweiten Auswahlverfahren ausgewählt wurden. Für die Produktion 2022 wurden im Jahr 2021 drei Kompositionsaufträge ausgeschrieben.
- Das Projekt „Amateurmusik in der Lausitz stärken“ finanziert durch Mittel des Wettbewerbs „kulturelle Heimat Lausitz“ mit Mitteln aus der Strukturförderung der Lausitz konnte mit Fortbildungen, Netzwerkveranstaltungen, einem dezentralen Festival mit über 300 Mitwirkenden und über 90 individuellen Beratungen frischen Wind in die Amateurmusikszene in der Lausitz bringen.

Leider mussten coronabedingt auch im Jahr 2021 die Rheinsberger Musiktage zu Pfingsten abgesagt werden.

Schlosstheater

Das Schlosstheater gilt weiterhin ganzjährig als Rückgrat der kulturellen Versorgung im ländlichen Raum des Nordens Brandenburgs.

Trotz Einschränkungen durch die Corona-Krise konnte in den Monaten des Betriebes (September-Dezember) ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm realisiert werden.

Eine Auswahl des Veranstaltungsangebots:

- Abschlusskonzerte von Kursen an der Musikakademie
- Alte Musik Festival mit 6 Konzerten
- Literatur im Theater
- Alte Musik – Konzerte der Rheinsberger Hofkapellen
- Adventssingen der Rheinsberger Chöre
- Die Oper Hänsel und Gretel
- Das traditionelle Weihnachtsmärchen der Tanzkompanie Neustrelitz
- Silvesterkonzert

Neben den oben ausgeführten Einflüssen der Corona-Pandemie auf die Arbeit der Musikkultur Rheinsberg gGmbH gab es noch folgende Vorgänge von besonderer Bedeutung:

Mit dem per Umlaufverfahren getroffenen Beschluss des Aufsichtsrats wurde eine Bestellung von Dr. Benedikt Poensgen zum 01.09.2021 als neuer alleiniger Geschäftsführer der MKR gGmbH beschlossen. Er folgt hiermit Herrn Thomas Falk, der zum 31.08.2021 als Geschäftsführer der MKR gGmbH ausgeschieden ist.

Für die Sanierung der Küche wurde im September 2021 erfolgreich eine Ausschreibung mit drei Losen vorgenommen, in dessen Folge im November und Dezember 2021 eine Ausführungsplanung (Leistungsphase 5) und eine Kostenberechnung auf Grundlage der erarbeiteten Entwurfsplanung erstellt wurde. Um den laufenden Betrieb der Musikkultur Rheinsberg gGmbH trotz der Sanierungsarbeiten der Küche gewährleisten zu können, muss zudem eine Interimsküche in Containerform aufgestellt werden. Der Bauablaufplan sieht vor, dass mit den Abbrucharbeiten des alten Küchenbodens im April 2022 begonnen wird. Der Bauabschluss inklusive kompletter Inneneinrichtung ist für November 2022 vorgesehen. Die Sanierung wird als erster Teilabschnitt der 7,5 Mio. Förderung von Land und Bund für die Sanierung von Gästehaus und Schlosstheater finanziert.

Der Rechtsstreit mit der Deutschen Rentenversicherung konnte bei Verhandlungen am 06.10.2021 vor dem Sozialgericht Neuruppin beendet werden. Hierbei konnten alle sieben noch offenen Verfahren – wie alle bereits vergleichsweise beendeten Verfahren – zu Gunsten der MKR beendet werden. Der Musikkultur entstehen aus den Verfahren keine zusätzlichen Kosten, die Gerichtskosten werden anteilig erstattet.

Als eines von landesweit 13 Projekten und einziges im Landkreis Ostprignitz-Ruppin hat die Musikkultur Rheinsberg gGmbH Mittel aus Vermögen der Parteien und Massen-Organisationen der DDR (PMO) erhalten. Die Mittel wurden vom MWFK bewilligt. Die Fördersumme von 170 T€ wird zur Erneuerung der Lichttechnik eingesetzt, die Fördermaßnahme wird im Jahr 2022 umgesetzt. Von der Maßnahme profitieren sowohl die künstlerischen Darbietungen im Schlosstheater als auch die Open-Air-Produktionen der Kammeroper sowie die Kurse und Projekte der Musikakademie Rheinsberg.

Neben den erwirtschafteten Eigenmitteln sind wesentliche Finanzierungsquellen für die Musikkultur Rheinsberg die Zuwendungen des Landes Brandenburg im Rahmen der Kulturförderung in Form einer institutionellen Förderung sowie weitere Zuschüsse und Zuwendungen der öffentlichen Hand, zum Teil als Projektförderungen.

Das Ergebnis nach Steuern hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 27 T€ verringert.

Insgesamt hat sich die Betriebsleitung um 962 T€ verbessert. Der Betriebsaufwand stieg um 945 T€. Im Bereich der Umsatzerlöse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Eigenmittel) ist eine Minderung um 8% zu verzeichnen. Diese resultiert im Wesentlichen aus den pandemiebedingten Umsatzeinbußen aus geringeren Kursbuchungen und Ticketverkäufen.

Der Personalaufwand stieg um 12,1%. Die Hauptursachen sind Tarifierhöhung von 2,2%, zusätzliche Planstellen, die Auszahlung von Wochenend- und Feiertagszuschläge und die Reduzierung Zuschüsse der Arbeitsagentur von -37 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 694 T€ bedingt durch die Wiederaufnahme der Kammeroper Produktion im Sommer und zu Weihnachten, sowie der erhöhten Auslastung der Musikakademie durch Präsenz-Kurse.

10. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

Die genehmigten Zuwendungen des MWFK, des Landkreises Ostprignitz-Ruppin und der Stadt Rheinsberg entsprechen im Einnahmebereich den Planungsgrößen für das Jahr 2022.

Auf Grund der Auswirkungen der Corona-Krise sowie der allgemeinen Zurückhaltung im Kulturtourismus, die auf die Auswirkungen des Krieges zurückzuführen sind, konnten im 1. Quartal 2022 nicht die geplanten Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten (hier im Besonderen die Osterfestspiele) und bei den Übernachtungen und Verpflegungen im Gästehaus erreicht werden. In wie weit diese Entwicklung im zweiten Quartal 2022 andauern und die Einnahmeentwicklung für die Kammeropernsaison im Sommer 2022 beeinflussen wird, ist noch nicht abzuschätzen.

Die geplanten Einnahmen im Bereich Spenden/Sponsoring werden 2022 nicht erreicht werden. Grund hierfür ist das Nichtzustandekommen des bereits weit im Voraus abgestimmten Sponsorings mit der Firma Rosneft in Höhe von 85 T€ sowie die Förderabsage der Siemensstiftung (Antragsvolumen 32 T€)

Darüber hinaus haben wir mit geplanten Mehrausgaben u.a. aufgrund von Preissteigerungen und gestiegenen Honoraren zu rechnen. Diese Mehrausgaben sind nur bedingt durch interne Maßnahmen zu decken.

11. Weitere Informationen

Bilanz

Aktiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Anlagevermögen	46.944,00	57.125,00
II. Sachanlagen	875.470,30	783.976,16
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	22.508,40	18.661,57
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	51.783,20	3.669,29
2. Sonstige Vermögensgegenstände	122.430,27	29.754,12
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	479.477,87	659.791,12
C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	32.507,53	8.262,48
Bilanzsumme	1.631.121,57	1.561.239,74

Passiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	55.600,00	55.600,00
II. Kapitalrücklage	372.532,91	373.263,91

III. Bilanzverlust	- 69.187,62	- 76.545,16
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	827.399,00	716.354,42
C. Rückstellungen	156.334,82	327.789,56
D. Verbindlichkeiten	112.414,27	164.217,53
E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	37.652,95	559,48
Bilanzsumme	1.631.121,57	1.561.239,74

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
Umsatzerlöse	358.202,47	379.562,63
Sonstige betriebliche Erträge	3.469.830,65	2.530.215,98
Materialaufwand	252.876,94	190.407,85
Personalaufwand	1.524.375,35	1.359.052,66
Abschreibungen	181.834,22	157.888,01
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.724.918,53	1.030.079,98
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
Zinsen und sonstige Aufwendungen	154,00	321,10
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.753,00	-578,23
Sonstige Steuern	625,30	249,90
Jahresfehlbetrag	145.001,78	172.357,34
Verlustvortrag	-76.545,16	-273.780,00
Entnahme aus der Kapitalrücklage	69.187,62	24.877,50
Bilanzverlust	69.187,62	76.545,16

12. Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)

	Betrag	Bemerkung
4.a Kapitalzuführungen und -entnahmen	- €	Keine
4.b Gewinnausschüttungen/Verlustausgleiche	- €	Keine
4.c Gewährte Sicherheiten/Gewährleistungen	- €	Keine
4.d Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können		

13. Nachweisführung gem. § 91 Abs. 6 BbgKVerf

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Gemäß § 122 Abs. 2 BbgKVerf fördert der Landkreis insbesondere die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung seines Gebiets zum Wohle der Einwohner. Dazu bedient er sich unter anderem der MKR gGmbH. Die Geschäftstätigkeit ist auf die Förderung von Kunst und Kultur im öffentlichen Interesse ausgerichtet.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 und 3 BbgKVerf)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich ist die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen. Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsberechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptausschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen.

Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises im öffentlichen Interesse wird gem. § 2 Abs. 2 der BbgKVerf zur Förderung des kulturellen Lebens und des kulturellen Erbes für erforderlich gehalten. Die Kulturförderung ist eine nicht kostendeckende Aufgabe der Verwaltung.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden, die

1. im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. die der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Die Nebenleistungen der MKR gGmbH werden üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten und beeinträchtigen den Hauptzweck nicht. Es werden sonst brachliegende Kapazitäten des Unternehmens ausgenutzt.



5.7 VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

1. Unternehmensdaten

Name	VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH
Unternehmenssitz	Stralauer Platz 29, 10243 Berlin
Geschäftsführung	Susanne Henkel
Telefon	030/254140
E-Mail	info@vbbonline.de
Homepage	www.vbbonline.de
Gründungsdatum	08.12.1994
Beitrittsgenehmigung	24.11.2004
Beitrittsbeschluss des Kreistages vom	vom 09.09.2004 zum 01.01.2005
Prüfrechte (§§ 53, 54 HGrG)	im Gesellschaftsvertrag enthalten
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	derzeit gültige Fassung vom 01.12.2005
Stammkapital	324.000,00 €

2. Gesellschafterstruktur – Anteile am Stammkapital

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
Land Berlin	33,5	108.000,00
Land Brandenburg	33,5	108.000,00
Stadt Brandenburg an der Havel	1,85	6.000,00
Stadt Frankfurt (Oder)	1,85	6.000,00
Stadt Cottbus	1,85	6.000,00
Landeshauptstadt Potsdam	1,85	6.000,00
Landkreis Barnim	1,85	6.000,00
Landkreis Dahme-Spreewald	1,85	6.000,00
Landkreis Elbe Elster	1,85	6.000,00
Landkreis Havelland	1,85	6.000,00
Landkreis Märkisch Oderland	1,85	6.000,00
Landkreis Oberhavel	1,85	6.000,00
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	1,85	6.000,00
Landkreis Oder-Spree	1,85	6.000,00
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	1,85	6.000,00
Landkreis Potsdam-Mittelmark	1,85	6.000,00
Landkreis Prignitz	1,85	6.000,00
Landkreis Spree-Neiße	1,85	6.000,00
Landkreis Teltow-Fläming	1,85	6.000,00
Landkreis Uckermark	1,85	6.000,00
		324.000,00

3. Unternehmensgegenstand

Gegenstand der VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB GmbH) ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Sinne des ÖPNV-Gesetzes der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993. Hieraus ergeben sich für die VBB GmbH im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzeptes und Erstellung eines darauf gerichteten Fahrplans
- Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems, eines einheitlichen Beförderungstarifs für den Verbundverkehr, einheitliche Tarif-

- und Beförderungsbedingungen, Fahrgastinformationen, Marketingmaßnahmen und Abfertigungs- und Zahlungssysteme
- Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeverfahrens für das Verbundgebiet
 - Vergabe (einschließlich Vertragskontrolle und Abrechnung) der SPNV-Leistungen
 - Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung der ÖPNV-Bedarfspläne und der Nahverkehrspläne der Aufgabenträger
 - Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfs für den Verbundverkehr
 - Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet
 - Erarbeitung einheitlicher qualitativer und quantitativer Standards für die Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger
 - Koordination von Förderungsmaßnahmen der Aufgabenträger;
 - Abschluss von Kooperations-, Verkehrs- und anderen Verträgen mit Leistungserstellern

4. Eingetragen im HR

Eingetragen im HR-B 54603 – Amtsgericht Berlin Charlottenburg.

5. Organe der Gesellschaft

Organe	Vertreter	Gremienmitglied
Geschäftsführung		Susanne Henckel
Aufsichtsrat u. a.	Vertreter des Landkreises Ostprignitz-Ruppin	Ralf Reinhardt
Gesellschafterversammlung u. a.	Vertreter des Landkreises Ostprignitz-Ruppin	Ralf Reinhardt

6. Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, dhpg Dr. Harzem & Partner mbH, Berlin hat nach ihrer Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Geschäftsführers keine Einwendungen und dementsprechend am 19.05.2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

7. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung der VBB GmbH hat in ihrer Sitzung am 15.07.2022 den Jahresabschluss 2021 festgestellt, den Geschäftsführer und den Aufsichtsrat für das Wirtschaftsjahr 2021 entlastet.

8. Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahl	2021	2020	2019
Anlagenintensität (AI) in %	3,0	6,4	6,6
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	5,9	4,5	4,9
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in €	-	-	-
Anlagendeckungsgrad (ADG II) in %	II 499,3	169,7	173,2
Zinsaufwandsquote (ZAQ) in %	0,3	1,0	0,5
Liquidität 3. Grades (LQ III) in %	105,5	103,4	104,8
Cashflow (CF) in €	336.940,37	499.873,96	205.012,76
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %	0,0	0,1	0,1
Umsatz (UE) in €	558.386,90	674.780,52	761.979,39

Erträge aus Gesellschafterbeiträgen/Zuwendungen	14.197.243,30	11.121.718,98	9.065.909,45
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (JU/JF) in €	0,00	0,00	0,00
Personalaufwandsquote (PAQ) in %	1.426,2	1.053,9	853,5
Anzahl der Mitarbeiter (MA)	122	119	103

9. Verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Die Corona-Pandemie hat nicht zuletzt massive Auswirkungen auf die ÖPNV-Branche in Deutschland. Bundesweit sind, insbesondere in den Phasen des Lockdowns, die Fahrgastnachfrage und damit die Auslastung der öffentlichen Verkehrsmittel stark zurückgegangen. Direkt hat dies in besonderer Weise negative Konsequenzen für die Fahrgeldeinnahmen der Verkehrsunternehmen auf der einen Seite und auf das ÖPNV-Image auf der anderen Seite: Der Erfolg der vergangenen Jahre hat dazu geführt, dass die Nachfrage nach Bussen und Bahnen kontinuierlich gestiegen ist – der Eindruck stark ausgelasteter öffentlicher Verkehrsmittel senkt jedoch in der Krise das Vertrauen der Fahrgäste in die Sicherheit des ÖPNV. Zur Bewältigung der Krisensituation hat die VBB GmbH Akteure und Maßnahmen im Verbundgebiet federführend koordiniert, Lösungsansätze entwickelt, die Interessen der Verbundpartner parallel in die Diskussionen um einen bundesweiten ÖPNV-Rettungsschirm eingebracht und die Verkehrsunternehmen bei der Antragsstellung begleitet. Mit einer Vielzahl kommunikativer Maßnahmen hat die VBB GmbH zudem das positive Bild des ÖPNV in der öffentlichen Wahrnehmung gestärkt. Mit Blick auf den Geschäftsbetrieb der VBB GmbH ist festzustellen, dass dieser trotz der Pandemie jederzeit sichergestellt war. Die VBB GmbH hat zur Umsetzung der geltenden gesetzlichen Regelungen, die vor dem Hintergrund der sich dynamisch entwickelnden Lage kontinuierlich beobachtet wurden, ein Hygienekonzept für die Mitarbeiter*innen entwickelt. Insgesamt hat die Corona-Pandemie deutlich gemacht, dass die Erfolge der letzten Jahre gesichert werden müssen, um nach der Krise nahtlos an das bisher Erreichte anknüpfen zu können. Das Vertrauen der Menschen in den ÖPNV muss gesichert werden – dort, wo es durch die Krise verloren gegangen ist, ist es notwendig, es durch ein überzeugendes Angebot zurückzugewinnen. Die VBB GmbH hat nicht zuletzt deshalb die Aufgabe, das ÖPNV-Angebot in Berlin und Brandenburg weiterzuentwickeln und nachhaltig zu stärken. Das heißt auch, dass die VBB GmbH in ihrem täglichen Handeln auf die Auswirkungen der Krise reagiert: Die Fahrgastinformation muss um Auslastungsprognosen erweitert werden, im Vertrieb von Fahrausweisen müssen kontaktlose und somit digitale Erwerbsmöglichkeiten gestärkt und im Tarif neue Produkte entwickelt werden, um dem geänderten Mobilitätsverhalten der Fahrgäste zu begegnen. Gleichzeitig muss sich die VBB GmbH dafür einsetzen, dass trotz der krisenbedingt hohen Belastung der öffentlichen Haushalte die ÖPNV-Finanzierung auf eine sichere Grundlage gestellt wird. Die auskömmliche Finanzierung für die Verkehrsunternehmen auf der einen und bezahlbare Tickets für die Fahrgäste auf der anderen Seite sind dabei wesentlich.

Klassische Verbundaufgaben:

Im Kerngeschäft der VBB GmbH wurden im Geschäftsjahr 2021 gemeinsam mit den Gesellschaftern und Verkehrsunternehmen wichtige Themen fokussiert und die nachfolgend dargestellten Meilensteine erreicht.

Tarif: Die Konzeption einer möglichen Tarifmaßnahme zum 1. Januar 2022 wurde vorgenommen. Nach intensiven Erörterungen hat der VBB-Aufsichtsrat jedoch entschieden, zum 1. Januar keine Tarifmaßnahme umzusetzen. Mit dem Rückgang der Fahrgäste im Zuge der Corona-Pandemie und zur Sicherung der Einnahmen hat die VBB GmbH gleichzeitig ein Maßnahmenpaket entwickelt, um Fahrgäste für den ÖPNV zurück- bzw. neuzugewinnen. Eine zentrale Säule des Maßnahmenpaketes bildeten tarifliche Impulse bestehend u.a. aus der pilothaften Einführung flexibler Tarifangebote und tariflicher Aktionen. Die Fortschreibung insbesondere der Brandenburger Semesterticketverträge war Gegenstand intensiver Verhandlungen mit Studierendenvertreter*innen. Im Rahmen eines Kompromissvorschlages wird die zukunftsstättige Gestaltung des Semestertickets im VBB im Jahr 2022 fortgesetzt. Das VBB-Firmenticket, das im Jahr 2019 eingeführt und mit dem durch den verpflichtenden Arbeitge-

beranteil erstmals eine dritte Finanzierungssäule im ÖPNV umgesetzt worden ist, wurde im Jahr 2021 evaluiert. Das Ticket ist sehr erfolgreich; trotz der coronabedingten Fahrgast- und Einnahmeverluste wurden signifikante Mehreinnahmen in diesem Tarifsegment erzielt. Die VBB GmbH hat ferner Analysen zur Einführung eines elektronischen Tarifes angestoßen. Weitere Themen waren die Neubewertung der Schülertarife im Land Brandenburg und die Rücknahme der im Jahr 2020 beschlossenen Abschaffung der Jahreskarten im VBB.

Vertrieb:

Die intensiven Erörterungen mit Verkehrsunternehmen und den Aufgabenträgern des SPNV zur Abschaffung des Vertriebseinbehaltes und der Kostenbeteiligung im digitalen Vertrieb wurden unter Moderation der VBB GmbH erfolgreich abgeschlossen. Verkehrsunternehmen und Aufsichtsrat haben sich auf dieser Grundlage dafür ausgesprochen, künftig die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) als Kundenvertragspartner für den digitalen Ticketvertrieb über die VBB-App Bus & Bahn einzusetzen (bisher: Oberhavel Verkehrsgesellschaft, OVG). Die VBB GmbH war maßgeblich in die Vorbereitung der dem zugrundeliegenden Verträge involviert. Der BVG wurde in diesem Zuge gestattet, für das gesamte Verbundgebiet Handytickets zu vertreiben. Es wurde entschieden, künftig auch ausgewählte Abonnementprodukte als Handyticket anzubieten. Für die VBB-fahrCard wurden weitere Tickets verfügbar gemacht. Die VBB-GmbH hat sich in die Brancheninitiative gegenseitiger Verkauf eingebracht. Ziel der Initiative ist der Abbau von Zugangshemmnissen im Vertrieb für Fahrgäste. Im Rahmen der Weiterentwicklung des digitalen Vertriebs und der digitalen Services wurden die Abschlussarbeiten im Projekt INNOS vorangebracht, die Hintergrund- und Testsysteme für den digitalen Vertrieb im VBB betreut und weiterentwickelt, die strategische Ausrichtung des VBB-Testcenters analysiert, die Weiterentwicklung des Vertriebskanals Handyticket im VBB und in der VBB-App Bus & Bahn koordiniert sowie die Fahrausweismustersammlung digitalisiert.

Einnahmenaufteilung:

Die Einnahmenaufteilungs-Abrechnungen für die Jahre 2017-2020 wurden abgeschlossen. Die VBB GmbH hat die Verkehrsunternehmen und die Aufgabenträger zudem bei der Spitzabrechnung und bei der Antragsstellung zum Corona-Rettungsschirm gegenüber den Bewilligungsbehörden intensiv unterstützt. Die Abstimmungen zur Fortführung des Mobilitätstickets Brandenburg sowie des VBB-Abo Azubi wurden geführt und die Vertragswerke vorbereitet. Vorbereitet wurde ebenfalls die Verkehrserhebung 2022.

Planung:

Im Rahmen der Untersuchung von Stadt-Umland-Verkehren zwischen Berlin und Brandenburg wurden die Relationen Falkensee-Spandau, Potsdam-Spandau und Hennigsdorf-Spandau analysiert. Die VBB GmbH hat an der Angebotsgrundlagenklausur der BVG teilgenommen. Das seit Jahren erfolgreiche PlusBus-Angebot im VBB wird kontinuierlich ausgeweitet. In diesem Rahmen fanden Voruntersuchungen für PlusBus-Linien zwischen Eberswalde und Oderberg, Cottbus und Vetschau, Cottbus und Burg, Cottbus und Lieberose sowie Doberlug-Kirchhain und Herzberg (Elster) statt. In Prüfung befindet sich zudem die Einführung eines PlusBusses zwischen Luckau und Dahme. Umgesetzt wurden Linien zwischen Bad Belzig und Lutherstadt Wittenberg sowie zwischen Angermünde und Schwedt. Ferner befindet sich eine weitere Linie zwischen Templin und Fürstenberg (Havel) in Prüfung. Die PlusBus-Linien im Landkreis Spree-Neiße werden seit Dezember 2020 durch ein sog. PlusNetz ergänzt, mit dem unter Mitwirkung der VBB GmbH Angebotsverbesserungen umgesetzt worden sind. Daneben hat die VBB GmbH einen PlusBus-Fachaustausch mit Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen zu Erfolgen, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven initiiert. Darüber hinaus hat sich die VBB GmbH in die Konzeption zur attraktiven Anbindung der Tesla-Gigafactory in Grünheide an den SPNV/kommunalen ÖPNV aktiv eingebracht. Gemeinsam mit DB Station&Service und der Stadt Potsdam hat die VBB GmbH modellhafte Lösungen zur Aufwertung von Bahnhöfen im Potsdamer Stadtgebiet erfolgreich umgesetzt. Zur Stärkung der Lausitz als Modellregion für Mobilität gestaltet die VBB GmbH zusammen mit den Verbundgesellschaften der Nachbarverbände VVO (Verkehrsverbund Oberelbe) und ZVON (Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien) in Steuerungskreisen und Arbeitsgruppen verbundübergreifende An-

gebote und Lösungsansätze. Die VBB GmbH ist ebenfalls in der Werkstatt „Infrastruktur und Mobilität der Wirtschaftsregion Lausitz vertreten. Ein erstes Umsetzungsprojekt soll die Erweiterung der VBB-Fahrinfo und der Ankunftssysteme der Nachbarbundesländer um grenzüberschreitende Tarifinformationen ergänzend zu den Fahrplanauskünften ermöglichen (Projekt DELTa). Im Rahmen der bei der VBB GmbH angesiedelten Kompetenzstelle Bahnhof wurde die Beratung von (potenziellen) Eigentümer*innen fortgesetzt. Es wurden Workshops organisiert sowie eine Broschüre zur Reaktivierung von Bahnhofsgebäuden inhaltlich konzipiert. In diesem Rahmen wurden auch die Möglichkeiten von Coworking-Lösungen in Empfangsgebäuden behandelt. Organisatorisch ist seit dem Jahr 2021 die Vernetzungsstelle Bike+Ride an die Kompetenzstelle Bahnhof angeschlossen. Ziel ist die Beratung und Unterstützung brandenburgischer Kommunen bei der Inanspruchnahme bestehender Förderprogramme zur Weiterentwicklung von Bike+Ride-Anlagen. Die neue Haltestellendatenbank wurde in Betrieb genommen.

Fahrgastinformation:

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie wurde die Integration von Auslastungsinformationen in die VB-Fahrinfo vorangebracht. Zur weiteren Entwicklung beteiligt sich die VBB GmbH am Forschungsprojekt SAFIRA („Sicherheit und Abstand durch Fahrgastlenkung basierend auf Informationen und Auslastungsdaten“). Die VBB GmbH hat zudem gemeinsam mit dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und der Brancheninitiative Auslastungsinformation eine VDV-Mitteilung zu diesem Thema herausgegeben. In die VBB-App Bus & Bahn wurden neue Funktionen integriert (u.a. Funktionalitäten der VBB-jump-App, verbesserte Sortierung von Suchvorschlägen sowie die Sichtbarkeit der Informationen zum Datenschutz in der App erhöht. Die Website vbb.de wurde technisch neu aufgestellt, um die Flexibilität bei der Bereitstellung von Inhalten zu verbessern. Das Handbuch VBB-Richtlinien Fahrgastinformation wurde fortgeschrieben. Der Fahrplanwechsel im Dezember 2021 wurde fahrgastinformationsseitig vorbereitet. Der Betrieb des VBB-Infocenters wurde technisch und organisatorisch sichergestellt. Der VBB Bus- und Bahn-Begleitservice, der die Menschen u.a. zu Impfzentren begleitet hat, wurde zeitweise um einen Erledigungsservice erweitert. Im Rahmen des inter- und multimodalen Mobilitätsmanagements wurde in Bezug auf die Integration neuer flexibler Angebote in die verbundweite Mobilitätsplattform das Konzept für eine Verknüpfung der VBB Fahrinfo mit Rufbus- und anderen flexiblen Angeboten in einer ersten Stufe abgeschlossen und die Umsetzung beauftragt. Die Entwicklung der VBB-Pendler-App wurde fortgesetzt. Die VBB GmbH hat Brandenburger Verkehrsunternehmen bei der Projektantragsstellung in Bezug auf die Förderung von zeitgemäßen IT-Systemen u.a. für eine Verbesserung der Echtzeitdatengewinnung durch den Bund unterstützt. In Zusammenarbeit mit der Digitalagentur Brandenburg wurde die Verknüpfung regionaler Informationsplattformen, der VBB-Fahrinfo und Angeboten lokaler Mikromobilität vorangebracht. Vor dem Hintergrund der Special Olympic Games 2023 in Berlin entwickelt die VBB GmbH im Projekt „Olympklusion mit Bus & Bahn“ Angebot, die die Mobilität von Menschen mit geistigen Einschränkungen in den Fokus nehmen (Projektbestandteile sind die Wegelenkung, die Weiterentwicklung der bestehenden App VBB jump sowie die Implementation eines digitalen Video-Navigationsassistenzsystems).

Kommunikation:

Die VBB GmbH hat die Verkehrsunternehmen bei der Kommunikation der Regeln zur Masken- und 3G-Pflicht im ÖPNV unterstützt und vielfältige Maßnahmen umgesetzt. Zur Bewerbung des VBB-Firmentickets hat die VBB GmbH eine Werbekampagne konzipiert. Die Broschüre der Kompetenzstelle Bahnhof zu Beispielen und Nutzungskonzepten wurden erstellt. Die VBB hat außerdem die Kampagnenkonzepte zur Bewerbung der gemeinsamen Jobplattform auf www.einsteigen-jetzt.de und zur Imagesteigerung des ÖPNV weiterentwickelt. Die vielfältige Pressearbeit wurde kontinuierlich fortgesetzt. Daneben ist die VBB GmbH auch in den sozialen Netzwerken aktiv und betreibt Kanäle auf Twitter (@VBB_BerlinBB), Facebook (@vbbapp) und Instagram (@verkehrsbund_bb). Die technische Aktualisierung der Website vbb.de wurde durch die inhaltliche Aktualisierung und Schärfung ergänzt. Als Online-Variante eines Verbundberichtes wurde ein digitales VBB-im Plus-Magazin konzipiert und unter impuls.vbb.de veröffentlicht, das neben Artikeln und Kennzahlen auch Erklärvideos und O-Töne enthält. Fer-

ner wurden die VBB-Publikation Zahlen und Fakten auf Basis der Daten des Jahres 2020 sowie die Medien zur Tarifkommunikation aktualisiert. Veranstaltungen in Präsenz fanden aufgrund der pandemischen Situation vorrangig draußen und in den Sommermonaten unter Einhaltung strikter Hygieneregeln statt. Durch die Definition von Leuchtturmprojekten und Leitsätzen erfolgte die konzeptionelle Weiterentwicklung der strategischen Unternehmensausrichtung. Zur Optimierung der internen Kommunikation wurde die Einführung eines datenschutzkonformen Kommunikations- und Kollaborationstools vorbereitet sowie der interne VBB-Newsletter verstetigt.

Geschäftsverlauf

Das im Zuge der Corona-Pandemie auf Basis der geltenden gesetzlichen Regelungen entwickelte Hygienekonzept für die Mitarbeiter*innen wurde gemäß den gesetzlichen Regelungen fortgeschrieben. Das Hygienekonzept regelt u.a. die Einhaltung der Abstandsregelungen in Büro- und Besprechungsräumen sowie die Maskenpflicht, den Umgang mit Dienstreisen und Präsenzveranstaltungen sowie die Durchführung von Antigen-Tests. Besprechungen wurden in der Regel als Videokonferenzen abgehalten. Die Mitarbeiter*innen wurden zudem weiterhin angehalten, möglichst mobil zu arbeiten, um Ansteckungsrisiken noch weiter zu minimieren. Die Digitalisierung papierbasierter Prozesse wurde in diesem Zusammenhang vorangebracht. Der Besucherverkehr im VBB-Infocenter wurde eingeschränkt. Die dynamische Entwicklung der Pandemielage und der gesetzlichen Bestimmungen zur Verminderung der Infektionsrisiken wurden stetig beobachtet und für die VBB GmbH adaptiert. Der Geschäftsbetrieb war zu dieser Zeit sichergestellt. Die VBB GmbH war auch im Jahr 2021 im Rahmen des Projekts CNB III für das Land Berlin als Gesellschafterin das ARGE Center Nahverkehr Berlin (CNB) tätig. Wie im Vorjahr wurde das Treuhandvermögen im Jahr 2021 einer Mittelverwendungsprüfung unterzogen. Die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel wurde von der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft uneingeschränkt bestätigt. Das nach DIN EN ISO 9001: 2015 zertifizierte Qualitätsmanagementsystem der VBB GmbH wurde im Jahr 2020 durch einen unabhängigen Gutachter überprüft. Ergebnis des Überwachungsaudits war die Bestätigung der uneingeschränkten Gültigkeit im Sinne der Norm bis zum 14. November 2022. Auf Initiative des Landes Berlin im VBB-Aufsichtsrat hat die VBB GmbH dem Aufsichtsrat zu Beginn des Jahres 2021 einen Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt.

10. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

Kommunikation: Zentrale Elemente der kommunikativen Arbeit stellen weiterhin die Rückgewinnung des Vertrauens der Fahrgäste in den ÖPNV und die strategische Positionierung des ÖPNV beim Erreichen der Verkehrswende dar. Die Kommunikationsschwerpunkte liegen im Jahr 2022 auf der verstärkten Kommunikation der Mehrwerte durch die Betriebsaufnahmen u.a. in den SPNV-Netzen Elbe-Spree und Lausitz sowie auf den ersten sichtbaren Maßnahmen des Projektes i2030. Die Kampagne zur Stärkung des ÖPNV-Images wird weiterentwickelt. Die Bestrebungen zur Stärkung der unternehmensinternen Kommunikation werden fortgesetzt.

Tarif: Der Fokus im Jahr 2022 liegt u.a. auf der Gestaltung und Weiterentwicklung des VBB-Tarifes im Rahmen der umfangreichen Abstimmungen im VBB-Tarifentwicklungsverfahren mit Blick auf eine mögliche Tarifmaßnahme zum 1. Januar 2023 und der Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen in Bezug auf faire Verbraucherverträge. Die im Jahr 2021 eingeführten flexiblen Tarifangebote werden evaluiert. Die Weiterentwicklung des VBB-Firmentickets bildet ebenfalls einen Schwerpunkt. Ferner sitzt die VBB GmbH die im Jahr 2021 begonnene Konzeption eines einfachen und leistungsgerechten elektronischen Tarifes fort. Die Ansätze zur Vereinfachung des VBB-Tarifes werden weiterverfolgt. Als Basis für die künftige Preisfindung des Berliner und Brandenburger Semestertickets wird in Abstimmung mit den Studierenden ein Gutachten erstellt.

Vertrieb: Zentral ist die weitere Stärkung der digitalen Vertriebsangebote (VBB-fahrCard und Handyticket), die Diskussion damit einhergehender Fragestellungen und die Umsetzung technischer Arbeiten. Die Umsetzung des Wechsels von Kundenvertragspartner und Backendsystem im digitalen Vertrieb über die VBB-App Bus & Bahn, die vertriebliche Begleitung innovativer Pilotprojekte zur Erprobung neuer Tarifstrukturen sowie die Weiterentwicklung des VBB-

Testcenters bilden ebenfalls Schwerpunkte im Jahr 2022.

Einnahmenaufteilung: Die VBB GmbH unterstützt die Verkehrsunternehmen bei der Ermittlung der tatsächlichen Mindereinnahmen im Zuge der Coronakrise für die Spitzabrechnung des ÖPNV-Rettungsschirmes sowie bei der Antragsstellung für die finanziellen Hilfen. Zudem wird die Fortschreibung des Trilateralen Einnahmenaufteilungsvertrags begleitet. Die VBB GmbH koordiniert ferner die Verkehrserhebung 2022. Die Vertragswerke zum Mobilitätsticket Brandenburg und zum VBB-Abo Azubi für das Jahr 2023 werden ebenfalls fortgeschrieben.

Fahrgastinformation: Wesentlich sind die Tätigkeiten im Rahmen der digitalen Dienste und Services, des Daten- und Informationsmanagements der Fahrgastinformation, konzeptionelle und projektbezogene Arbeiten sowie die Bereitstellung und technische Weiterentwicklung der Website vbb.de. Wichtige Themenfelder sind in diesem Zusammenhang die Integration innovativer Mobilitätsangebote in die VBB-Fahrinfo, die Steuerung des Kundenverhaltens durch die Implementierung von Live-Auslastungsinformationen in die VBB-Auskunftssysteme, die Erweiterung der VBB-Fahrinfo um einen „CO2-Rechner“ und die Übernahme des neuen Handyticketings (Betrieb durch BVG) in die VBB-Apps für den Betrieb ab dem Jahr 2023.

Planung: Die VBB GmbH setzt die verkehrlichen Untersuchungen und Weiterentwicklungen des ÖPNV-Angebotes sowie die Erstellung von Angebotskonzeptionen im Rahmen der Stadt-Umland-Verkehre fort. Die Abstimmung der Fahrpläne zwischen SPNV und kommunalem ÖPNV erfolgt weiterhin. Im Kontext des Strukturwandelprozesses forciert die VBB GmbH die Zusammenarbeit mit der Region Lausitz. Die Entwicklung von Pilotprojekten für innovative Mobilitätslösungen im Land Brandenburg wird von der VBB GmbH unterstützt und begleitet. Dazu wird ein Kompetenzteam Alternative Mobilität aufgebaut. Zudem ist die Einführung weiterer PlusBus-Linien geplant. Die Kompetenzstelle Bahnhof setzt ihre Arbeit fort. Daneben werden die Arbeiten in der Vernetzungsstelle Bike and Ride weitergeführt.

11. Weitere Informationen

Bilanz

Aktiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Anlagevermögen	145.727,13	200.194,00
II. Sachanlagen	314.571,42	249.128,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	5.478,56	6.748,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	30.281,08	84.615,00
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00	0,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	760.668,41	799.078,00
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	4.104.547,30	5.725.714,00
C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	84.170,42	105.174,35
Bilanzsumme	5.463.194,32	7.184.259,56
Passiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	324.000,00	324.000,00
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	1.669,87	2.729,87
C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens	492.306,99	460.308,98

D. Rückstellungen	1.428.874,39	1.605.618,13
E. Verbindlichkeiten	3.181.663,39	4.791.602,58
F. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	34.679,68	0,00
Bilanzsumme	5.463.194,32	7.184.259,56

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
Umsatzerlöse	558.386,90	674.780,52
Minderung/Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	0,00	0,00
Erträge aus Gesellschaftsbeiträgen und Zuwendungen	14.197.243,30	11.121.718,98
Sonstige betriebliche Erträge	595.584,94	689.968,78
Materialaufwand	415.082,20	369.198,80
Personalaufwand	7.963.713,21	7.111.492,15
Abschreibungen	336.940,37	499.873,96
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.900.072,55	8.019.170,96
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	905,23	2.302,77
Zinsen und sonstige Aufwendungen	1.851,74	6.957,64
Sonstige Steuern	554,00	554,00
Jahresergebnis	0,00	0,00

12. Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)

	Betrag	Bemerkung
4.a Kapitalzuführungen und -entnahmen	- €	Keine
4.b Gewinnausschüttungen/Verlustausgleiche	- €	Keine
4.c Gewährte Sicherheiten/Gewährleistungen	- €	Keine
4.d Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	- €	Keine

12. Nachweisführung gem. § 91 Abs. 6 BbgKVerf

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Rechtsgrundlage für die Durchführung des ÖPNV sind neben der Verordnung (EG) 1370/2007 vom 23.10.2007 über öffentliche Personennahverkehrsdienste auf Schiene und Straße das Personenbeförderungsgesetz (PbefG) und das Gesetz über den ÖPNV im Land Brandenburg (ÖPNVG) in der jeweils gültigen Fassung. Gemäß § 2 ÖPNVG im Land Brandenburg stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im ÖPNV eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. Der ÖPNV soll der Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung, der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit dienen. Durch die Steigerung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV soll eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr geschaffen werden, um diesen insbesondere in und zwischen Verdichtungsräumen möglichst zu minimieren bzw. einen weiteren Anstieg zu verhindern. Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im ländlichen Räumen im Schienenpersonennahverkehr sowie der landesbedeutsamen Verkehrslinien anderer Verkehrsträger des öffentlichen Personennahverkehrs ist (gem. § 3 ÖPNVG des Landes Brandenburg) Aufgabe des Landes Brandenburg. Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im übrigen ÖPNV einschließlich des Ausbildungsverkehrs ist freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Auch die Brandenburgische Kommunalverfassung greift im § 2 Abs. 2 die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs als Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft bzw. der Landkreise auf. Allgemeine Aufgabe des ÖPNV ist der Aufbau eines bedarfsgerechten Liniennetzes, um die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- und Regionalverkehr zu befriedigen. Der Landkreis OPR bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe unter anderem der VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 und 3 BbgKVerf)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich ist die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen. Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsberechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptausschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen. Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises im öffentlichen Interesse wird gem. § 2 Abs. 2 der BbgKVerf in der Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs gesehen.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden, die

1. im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. die der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.



6. Einzeldarstellung der kommunalen Unternehmen mittelbarer Beteiligungen

6.1 AWU Logistik OPR GmbH

1. Unternehmensdaten

Name	AWU Logistik OPR GmbH
Unternehmenssitz	Am Langen Luch 5, 16831 Rheinsberg
Geschäftsführung	Manuela Rößler
Telefon	033920/502-150
E-Mail	manuela.roessler@awu-opr.de
Homepage	www.awu-opr.de
Gründungsdatum	01.07.2005
Beitrittsgenehmigung	war bis 1993 nicht erforderlich
Beitrittsbeschluss des Kreistages vom	Übertragung der Anteile durch Treuhandanstalt
Prüfrechte (§§ 53, 54 HGrG)	im Gesellschaftsvertrag enthalten
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	derzeit gültige Fassung vom 26.01.2017
Stammkapital	25.000,00 €

2. Gesellschafterstruktur – Anteile am Stammkapital

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
AWU OPR GmbH	100	25.000,00
		25.000,00

3. Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfassung, die Beseitigung, der Transport sowie das Recycling von Abfällen aller Art aus privaten Haushalten, Gewerbe, Industrie und Einrichtungen sowie insbesondere die Containerabfuhr, die Sperrmüllabräumung, die Straßenkehrung, die Fäkalienerfassung und -beseitigung, der Betrieb von geordneten Deponien, der Winterdienst und die Reinigung von Fettabscheidern. Die Gesellschaft ist berechtigt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen, deren Vertretungen zu übernehmen und Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.

Die AWU Logistik OPR GmbH ist ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der AWU OPR GmbH und hat ihren Sitz in 16831 Rheinsberg. Sie realisiert zum einen den Auftrag der AWU OPR GmbH mit eigenen Fahrzeugen und Mitarbeitern, Aufträge im Containerdienst sowie in der Fäkalienerfassung und zum anderen im Auftrag der ALBA Berlin GmbH die Leichtstoffentsorgung sowie die Altglassammlung im Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Am 26.01.2017 wurde der Gesellschaftsvertrag der AWU Logistik OPR GmbH geändert und an die Vorgaben des § 96 Abs. 2 BbgKVerf angepasst.

4. Eingetragen im HR

Eingetragen im HRB 7336 – Amtsgericht Neuruppin.

5. Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Die AWU Logistik OPR GmbH wird gemäß § 267 Abs. 1 HGB als kleine Kapitalgesellschaft betrachtet, der demnach keine Pflicht zur Prüfung des Jahresabschlusses zukommt gemäß § 316 HGB. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Knabe GmbH, Potsdam erstellte am 28.03.2022 für das Geschäftsjahr 2021 eine prüferische Durchsicht über die Bilanzen, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Lagebericht.

6. Entlastung der Organe durch die Gesellschafter der AWU Logistik OPR

Die Entlastung der Organe durch den Gesellschafter der AWU OPR GmbH erfolgte am 17.05.2022.

7. Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahl	2021	2020	2019
Anlagenintensität (AI) in %	70,2	66,8	62,5
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	26,7	21,9	36,4
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in €	-	-	-
Anlagendeckungsgrad (ADG II) in %	63,6	49,2	106,0
Zinsaufwandsquote (ZAQ) in %	0,3	0,2	0,2
Liquidität 3. Grades (LQ III) in %	57,1	49,5	112,6
Cashflow (CF) in €	368.603,73	283.018,01	308.804,33
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %	10,3	7,7	14,5
Umsatz (UE) in €	1.820.938,68	1.709.650,27	1.603.094,66
Jahresüberschuss-/fehlbetrag (JU/JF) in €	122.276,99	107.049,70	131.844,07
Personalaufwandsquote (PAQ) in %	38,8	39,2	41,0
Anzahl der Mitarbeiter (MA)	19	18	18

8. Verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Die Bilanzsumme der AWU Logistik OPR GmbH verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 200 T€. Dies ist hauptsächlich durch die stichtagsbezogene Betrachtung des Bestandes an liquiden Mitteln und der Verbindlichkeiten begründet. Die Gewinn- und Verlustrechnung verzeichnet eine moderate Erhöhung der Umsatzerlöse um rd. 111 T€ entsprechend der Tätigkeitsbereiche:

Tätigkeitsbereich	2021		2020	
	T€	%	T€	%
Sammlung	1.736	95,3	1.622	94,9
sonstige Dienstleistungen	79	4,3	74	4,3
Verkauf Wertstoffe/HW	1	0,1	1	0,1
Vermietung	3	0,2	2	0,1
Handelswaren	2	0,2	11	0,6
Gesamt	1.821	100	1.710	100

Die wesentlichen Veränderungen von Aufwendungen der AWU Logistik OPR GmbH ergeben sich hauptsächlich aus gesunkenen Materialkosten i.H.v. -11,8 T€ sowie den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 61,3 T€).

9. Weitere Informationen

Bilanz

Aktiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00
II. Sachanlagen	870.963,00	963.630,00

B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.770,64	7.822,39
2. Forderungen gegen Gesellschafter	45.896,19	38.373,78
3. Forderungen gegen nahestehende Unternehmen	208.534,38	152.283,27
4. Sonstige Vermögensgegenstände	5.122,52	13.605,18
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	101.277,56	262.101,14
C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	3.969,26	3.951,75
Bilanzsumme	1.240.533,55	1.441.767,51

Passiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnrücklage	331.067,34	315.840,05
III. Jahresüberschuss	122.276,99	107.049,70
B. Rückstellungen	87.002,66	83.237,48
C. Verbindlichkeiten	812.765,55	1.033.544,98
D. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	1.240.533,55	1.441.767,51

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
Umsatzerlöse	1.820.938,68	1.709.650,27
Sonstige betriebliche Erträge	90.286,63	21.582,93
Materialaufwand	165.078,54	176.840,48
Personalaufwand	706.330,22	669.664,14
Abschreibungen	246.326,74	175.968,31
Sonstige betriebliche Aufwendungen	611.288,73	549.982,32
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	149,49	5,82
Zinsen und sonstige Aufwendungen	5.366,17	3.303,71
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	45.434,92	39.854,64
Sonstige Steuern	9272,49	8.575,72
Jahresüberschuss	122.276,99	107.049,70

6.2 Ruppiner Kliniken GmbH

1. Unternehmensdaten

Name	Ruppiner Kliniken GmbH
Unternehmenssitz	Fehrbelliner Straße 38, 16816 Neuruppin
Geschäftsführung	Dr. Matthias Voth bis 16.04.2021 Dr. Gunnar Pietzner
Telefon	03391/39-0
E-Mail	gf@ukrb.de
Homepage	www.ukrb.de
Gründungsdatum	18.01.1993
Gründungsgenehmigung	20.02.1996
Beitrittsbeschluss des Kreistages vom	14.12.1995
Prüfrechte (§§ 53, 54 HGrG)	Die Prüfung wurde auf Ebene des Konzerns PRO Klinik Holding GmbH zusammengefasst durchgeführt.
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	vom 18.01.1993, zuletzt geändert am 05.12.2013
Stammkapital	27.000,00 €

2. Gesellschafterstruktur – Anteile am Stammkapital

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
PRO Klinik Holding GmbH	100,00	27.000,00
		27.000,00

3. Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines kommunalen Schwerpunktkrankenhauses mit einer leistungsfähigen Fachpsychiatrie einschließlich sonstiger Nebeneinrichtungen und Hilfsbetriebe. Hierzu gehören auch die Bereiche für psychisch und geistig Behinderte sowie der Behandlungsbereich für Suchtkranke. Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin die Förderung von Wissenschaft und Forschung, die Durchführung von Aufgaben des Rettungsdienstes, der Betrieb eines Schülerwohnheimes und die Betreibung eines Gesundheitsversorgungszentrums sowie das Betreiben eines Asylbewerberheimes.

4. Eingetragen im HR

Eingetragen im HRB 1866 – Amtsgericht Neuruppin.

5. Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Die Rödl GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Nürnberg hat nach ihrer Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Geschäftsführers keine Einwendungen und hat dementsprechend am 29.07.2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

6. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung der Ruppiner Kliniken GmbH hat in der Sitzung am 31.08.2022 den Jahresabschluss 2021 festgestellt, den Jahresüberschuss in Höhe von 1.172.317,74 € auf neue Rechnung vorgetragen und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021 die Entlastung erteilt.

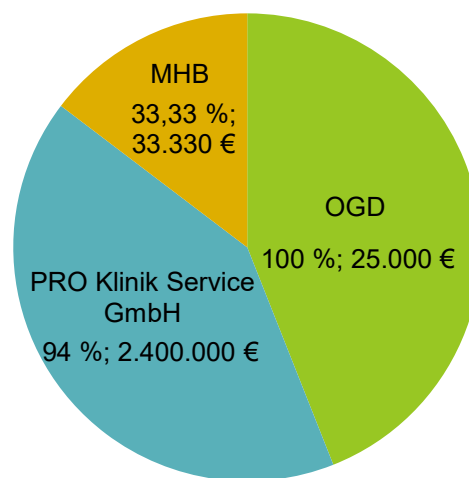
7. Beteiligungsstruktur – Anteile am Stammkapital

Die Ruppiner Kliniken GmbH ist an weiteren Unternehmen beteiligt.

Beteiligung	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
OGD Ostprignitz-Ruppiner Gesundheits-Dienste GmbH	100,00	25.000,00
PRO Klinik Service GmbH	94,00	2.400.000,00
Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH (MHB)*	33,33	33.330,00
		2.458.330,00

* 2018 erfolgte die Umstellung des Geschäftsbetriebes auf das akademische Jahr und damit auf ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr. Der Zeitraum vom 01.01. - 30.09.2018 stellt das Rumpfgeschäftsjahr dar.

Beteiligungsstruktur mit Stammeinlagen



8. Konzernbeziehung

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der PRO Klinik Holding GmbH, Neuruppin, einbezogen.

9. Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahl	2021	2020	2019
Anlagenintensität (AI) in %	61,6	65,7	68,6
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	45,3	46,0	40,0
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in €	-	-	-
Anlagendeckungsgrad (ADG II) in %	82,4	81,2	74,7
Zinsaufwandsquote auf Grundlage der Umsatzerlöse (ZAQ) in %	0,3	0,4	0,5
Zinsaufwandsquote auf Grundlage der Gesamtleistung (ZAQ) in %	0,3	0,4	0,5
Liquidität 3. Grades (LQ III) in %	168,7	178,0	146,9
Cashflow (CF) in €	9.504.332,83	19.392.833,53	5.989.623,03
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %	0,8	6,1	-0,9

Umsatz (UE) in €	151.900.601,70	154.527.252,11	141.860.149,49
Gesamtleistung in €	152.040.630,37	154.299.850,20	141.779.437,16
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (JU/JF) in €	1.172.317,74	11.039.117,13	-2.533.230,60
Personalaufwandsquote auf Grundlage der Umsatzerlöse (PAQ) in %	51,7	49,4	51,6
Personalaufwandsquote auf Grundlage der Gesamtleistung (PAQ) in %	51,7	49,5	46,9
Anzahl der Mitarbeiter (MA)	1.436	1.422	1.360

10. Verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Die Ruppiner Kliniken GmbH ist in der Fortschreibung des 4. Krankenhausplanes des Landes Brandenburg als Krankenhaus der Schwerpunktversorgung ausgewiesen, dass auch den wesentlichen Unternehmensgegenstand der Gesellschaft darstellt. Gemäß § 4 des Gesellschaftsvertrages verfolgt die Ruppiner Kliniken GmbH ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung.

Standort der Hauptkliniken und Abteilungen ist die Fehrbelliner Straße 38 in 16816 Neuruppin. In Wittstock und Kyritz befinden sich zusätzlich tagesklinische Bereiche der Erwachsenenpsychiatrie, in Kyritz darüber hinaus eine psychiatrische Tagesklinik für Kinder und Jugendliche.

Vor dem Hintergrund der Gründung der PRO Klinik Holding GmbH zum 01. Januar 2007 durch den Landkreis Ostprignitz-Ruppin hat dieser sämtliche Geschäftsanteile an der Ruppiner Kliniken GmbH auf die PRO Klinik Holding GmbH übertragen.

Geschäftsverlauf

Im Versorgungsgebiet Nordwest-Brandenburg (Ostprignitz-Ruppin/Prignitz/Oberhavel) sind die Ruppiner Kliniken eines von 10 Krankenhäusern. Als Schwerpunktversorger mit insgesamt 867 Plan-Betten sind die Ruppiner Kliniken die größte Gesundheitseinrichtung in der Region. In 2021 verfügte die Gesellschaft über 18 Kliniken, zwei Sektionen und zwei Fachbereiche sowie drei Institute, eine Belegabteilung und zwei psychiatrische Institutsambulanzen. Darüber hinaus bestehen bereits zertifizierte bzw. in der Zertifizierung (nach DIN EN ISO 9001-2015 und Onkozeit) befindliche Zentren für gynäkologische Krebserkrankungen sowie Brust-, Darm- und Prostatakrebs sowie weitere Schwerpunkte (Ösophagus/Magen, Lymphome/Leukämien und Tumore der Niere, Kopf-Hals-Zentrum, etc.) unter dem Dach des Onkologischen Zentrums. Das Zentrum für Prostatakrebs wurde bis November 2021 zertifiziert, sodass die Anerkennung als onkologisches Zentrum bis November 2021 bestand hatte. Für das Jahr 2022 ist die Zertifizierung für die Module Pankreas und Niere angestrebt, sodass er Status als onkologisches Zentrum wieder erreicht wird. Die Ruppiner Kliniken GmbH ist im Jahr 2016 als erstes onkologisches Zentrum in Brandenburg zertifiziert worden. Unverändert sind die Ruppiner Kliniken onkologischer Schwerpunkt im Land Brandenburg.

Die Ruppiner Kliniken GmbH ist Gesellschafterin und seit Ende 2020 Universitätsklinikum (vorher Hochschulklinikum) der Medizinischen Hochschule Brandenburg Theodor Fontane (MHB). Damit sind die Ruppiner Kliniken berechtigt Hochschulambulanzen zu betreiben. Dem folgend wurde das Klinikum im Mai 2022 in Universitätsklinikum Ruppiner-Brandenburg (ukrb) benannt.

Die Klinik verfügt gemäß der in 2021 erfolgten Fortschreibung des Vierten Krankenhausplanes des Landes Brandenburg über 867 Planbetten (vorher 836 Planbetten), davon 732 vollstationäre Betten (vorher 713) und 135 Tagesklinikplätze (vorher 123).

Betten laut KH-Plan

- Augenheilkunde	1
- Chirurgie	76
- Frauenheilkunde und Geburtshilfe	30
- Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	21
- Haut- und Geschlechtskrankheiten	-

- Innere Medizin	264
davon Teilbereich Geriatrie	78
- Kinder- und Jugendmedizin	22
- Kinder- und Jugendpsychiatrie und – psychotherapie	39
- Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	9
- Neurochirurgie	17
- Neurologie	53
- Nuklearmedizin	-
- Psychiatrie und Psychotherapie	138
- Psychosomatische Medizin und Psychotherapie	18
- Strahlentherapie	18
- Urologie	26
Summe vollstationäre Betten	732
- Tagesklinikplätze Geriatrie	14
- Tagesklinikplätze Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie	21
davon in Kyritz	10
davon in Neuruppin	11
- Tagesklinikplätze Psychiatrie und Psychotherapie	60
davon in Kyritz	19
davon in Neuruppin	21
davon in Wittstock	20
- Tagesklinikplätze – Psychosomatische Medizin	12
- Tagesklinikplätze Neurologie	12
- Tagesklinikplätze Neurologie für Schmerzmedizin	8
- Tagesklinikplätze Innere Medizin für Onkologie	8
Tagesklinikplätze gesamt	135

Das Jahr 2021 wurde geprägt durch die weiterhin anhaltende Corona-Pandemie. Im Geschäftsjahr wurden in den Ruppiner Kliniken insgesamt 530 Covid-19-Patienten behandelt, davon waren 49 Patienten invasiv beatmet. 88 der erkrankten Patienten sind verstorben. Es wurden umfangreiche Maßnahmen aufrechterhalten und regelhaft evaluiert, die den Krankenhausbetrieb an die pandemische Situation angepasst haben. Im Bewusstsein darauf, dass die Ruppiner Kliniken als Schwerpunktversorger, eine wesentliche Rolle bei der Bewältigung der Infektionskrise einnehmen werden und durch die Kompensation der finanziellen Folgen (Rettungsschirm), hat die Geschäftsführung folgende Schritte fortgeführt:

1. Der Krisenstab, der mit Wirkung zum 13. März 2020 für die Ruppiner Kliniken etabliert wurde, wurde im gesamten Jahr fortgeführt. Mitglieder sind die Geschäftsführung, Vertreter der ärztlichen und pflegerischen Leitungsebene, die Personalleitung sowie die Krankenhaushygiene. Zudem wurde der medizinische Beirat einberufen, der auf die Erarbeitung von Behandlungsstandards für Covid-19-Patienten fokussiert ist.
2. Das OP-Programm sowie das interventionelle Programm wurden deutlich reduziert. Es wurden alle Operationen und Interventionen abgesagt, die aus medizinischer Sicht verschiebbar waren. Diese Anweisung erfolgte auf unbestimmte Zeit und musste unterjährig mehrfach verändert und auf das Infektionsgeschehen angepasst werden. In der Folge wurden das OP-Programm angeglichen und die entsprechenden Ressourcen auf das notwendige Maß reduziert (OP-Säle, OP-Personal, ITS-Kapazitäten).
3. Mit der Reduktion der Operationen und Interventionen wurde die Absenkung der Bettenkapazität angeordnet und gleichzeitig die Umwidmung freier Bettenkapazitäten beschlossen.

Durch die Reduktion der Bettenkapazitäten wurden Kapazitäten frei, um Covid-19 Bereiche einzurichten. Es wurde ein Bettenhaus mit 88 Behandlungsplätzen für die Behandlung von Covid-19-Patienten inkl. zusätzlicher Beatmungsgeräte genutzt. In den Funktionsabteilungen wurden Covid- und Nicht-Covid-Bereiche für eine strenge Patiententrennung eingerichtet.

4. Neben der Somatik war und ist ebenso die Behandlung von psychiatrischen Patienten durch Schließung von Bereichen beeinträchtigt. Die Behandlungskapazitäten im psychiatrischen Bereich inkl. Tageskliniken sind weiterhin, aufgrund des vorherrschenden Hygieneregimes (Mindestabstände, Gruppengrößen, Covid-Bereiche, etc.) deutlich eingeschränkt.

Zur finanziellen Sicherung hat die Bundesregierung verschiedene Hilfspakete für die Krankenhäuser entwickelt. Dazu gehörten:

1. Die Fortführung des Ausgleichsbetrages in Höhe von 560 € pro Tag für nicht belegte Betten im somatischen Bereich. Für die Ermittlung dieses Betrages wurde die jahresdurchschnittliche Patientenbelegung pro Tag 2019 verglichen mit der aktuellen Patientenbelegung pro Tag 2021. Aus dieser Differenz multipliziert mit 560 € ergibt sich dann der jeweilige Ausgleichsbetrag pro Tag. Dies wurde für das gesamte Jahr 2021 fortgeführt. Die psychiatrischen Bereiche wurden darin nicht berücksichtigt.
2. Ebenfalls sah der Gesetzgeber eine Finanzierung der zusätzlichen Kosten zur Behandlung von Covid-19 Patienten einen Versorgungszuschlag in Höhe von 7.005,60 € für somatische und 3.502,80 € für psychiatrische Fälle vor. Dieser Zuschlag trat ab dem 01. November 2021 in Kraft und wird im Jahr 2022 fortgeführt.

Beide Unterstützungsmaßnahmen wurden mit dem Ziel einer kurzfristigen Liquiditätshilfe durch die Bundesregierung verabschiedet. Im Rahmen des Ganzjahreserlösausgleiches, der erst mit großem zeitlichem Verzug zum Tragen kommt, werden diese Hilfspakete zum Teil verrechnet. Der Ganzjahreserlösausgleich errechnet sich aus der Differenz der Erlöse aus dem Jahr 2019, die um 2% gekürzt und um die Inflationsrate bereinigt wurden. Der Differenzbetrag wird zu 85% ausgeglichen, wobei die Erlösbeträge der Ausgleichsjahre um die variablen Kosten bereinigt werden.

Bei der Berücksichtigung der vorgenannten wesentlichen und gesetzlich verankerten Elemente ergibt sich, trotz der pandemischen Lage eine verbesserte wirtschaftliche Lage für das Geschäftsjahr 2021. Ausschlaggebend hierfür sind:

1. Ausgleichszahlungen Corona: In 2021 erhielt die RKN Zahlungen in Höhe von insgesamt 12,9 Mio. € für leerstehende Betten sowie für die Behandlung von Covid-Patienten.
2. Effekte aus wirtschaftlicher Konsolidierung: Der in 2019 gestartete Konsolidierungsprozess konnte nur bedingt in 2021 fortgeführt werden. Das durch die Unternehmensberatung Lohfert & Lohfert AG begleitete Projekt mit einer Projektstruktur, die einen Lenkungskreis (beratend tätig), das Projektmanagement Office (PMO zur Koordination und Dokumentation) sowie entsprechende Arbeitsgruppen zur Umsetzung der einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen umfasst, konnte trotz Coronapandemie rd. 766 T€ Ergebniseffekt umsetzen.

Im Medizin-, Personal und Infrastrukturkonzept werden aktuell insgesamt 248 Maßnahmen in 42 Projekten vorangetrieben und begleitet. Trotz der Pandemie konnte das Personal- und Infrastrukturkonzept im Geschäftsjahr nahezu vollständig umgesetzt werden. 12 Einzelmaßnahmen sind bereits abgeschlossen. Dazu zählen u.a. der Ausbau der Geriatrie, die Optimierung der Stroke Unit, der Aufbau der Alterstraumatologie, die Reduktion von Fremdpersonal und Mehrarbeit, die Reorganisation von Dienstsyste men sowie die Sachkostensteuerung durch Standardisierung. Der Fokus für das folgende Geschäftsjahr liegt im Medizinkonzept, d.h. in der Leistungsstabilisierung und –entwicklung einzelner Kliniken.

Die Vergleichbarkeit des Jahresabschlusses mit dem Vorjahr ist durch die Auswirkungen der Coronapandemie und der Sondereffekte des Vorjahres nur eingeschränkt gegeben. Entgegen der

ursprünglichen Planung für das Geschäftsjahr und den unterjährigen Hochrechnungen, die von einem Verlust ausgingen, hat die Gesellschaft in 2021 ein positives Ergebnis erwirtschaftet. Insbesondere aufgrund von Ausgleichsansprüchen für 2020 und Vorjahre, aufzulösenden Risikovorsorgerückstellungen sowie geringeren Personalkosten als erwartet wurde ein Gewinn von 1.172 T€ erwirtschaftet. Die Erlöse aus Krankenhausleistungen sanken gegenüber den Vorjahr um 3,0 Mio. € auf 128,2 Mio. €. Bei einer Erhöhung des Landesbasisfallwertes um 2,1 % auf 3.741,50 € (Vorjahr 3.662,36 €) ist diese Entwicklung zum überwiegenden Teil auf den weiteren coronabedingten Rückgang der Fallzahlen von im Vorjahr 22.139 auf 19.364 im aktuellen Geschäftsjahr, höhere Aufwendungen im Rahmen der Risikovorsorge für Abrechnungsrisiken und niedrigere erhaltene pauschale Corona- Ausgleichsbeträge (12,9 Mio. €; Vorjahr 17,2 Mio., €) bedingt.

Vor allem höhere periodenfremde Erträge von 2,1 Mio. € (Vorjahr 1,5 Mio. €), davon 1,9 Mio. € aus Ausgleichen (Vorjahr 1,4 Mio. €) und erstmals zu vereinnahmende Erträge im Zusammenhang mit durchgeführten Impfungen und Testungen (0,8 Mio. €) bewirkten bei gesunkenen Erträgen aus dem Apothekengeschäft (- 0,4 Mio. €), weggefallenen Erträgen aus der Betreuung von Asylbewerbern (- 0,3 Mio. €) sowie gesunkenen zu vereinnahmenden Verwaltungserträgen (./. 0,2 Mio. €) den Anstieg der Umsatzerlöse nach § 277 HGB um 0,2 Mio. € auf 18,4 Mio. € im Geschäftsjahr. Die vereinnahmten periodenfremden Budgeterträge stehen im Zusammenhang mit dem geeinten Pflegebudget für das Jahr 2020. Erhaltene Quarantäneerstattungen sind ursächlich für den Anstieg der Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand soweit nicht unter Nr. 10 von 1,0 Mio. € auf 1,1 Mio. € im Geschäftsjahr. Aus dem Verkauf des Areals Sonnenufer resultierten im Vorjahr Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen von 3,4 Mio. €, so dass die sonstigen betrieblichen Erträge im Vorjahresvergleich deutlich zurückgingen, um 3,1 Mio. € auf 2,9 Mio. € (- 51,3 %).

Der Anstieg des Personalaufwandes um 2,2 Mio. € (+ 2,9 %) und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 2,0 Mio. € (+ 8,0 %) bei annähernd gleich gebliebenen Materialaufwendungen kennzeichnet die Aufwandsseite. Der Anstieg der Personalaufwendungen gegenüber dem Vorjahr ist neben dem Stellenaufwuchs von 1.033,7 VK auf 1.047,7 VK vor allem auf die tariflichen Steigerungen zurückzuführen. Die Entwicklung des Materialaufwandes ist stark durch die Coronapandemie und die Auswirkungen des Notfallausrufes beeinflusst. Während die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um 0,8 Mio. € gestiegen sind, verringerten sich die bezogenen Leistungen um 0,6 Mio. € im Vorjahresvergleich. Ursächlich für ersteres sind die coronabedingten Mehraufwendungen und Kostensteigerungen beim ärztlichen und pflegerischen Verbrauchsmaterial, die die geringeren Aufwendungen aus patientenbezogenen Kosten, wie z.B. für Implantate oder Arzneien, weit überwogen. Der Rückgang der Aufwendungen für bezogene Leistungen resultiert zum einen auf geringere Kosten für Gestellungsleistungen und zum anderen aus Einsparungen bei den Honoraraufwendungen. Die Aufwendungen für Honorare im medizinischen Bereich verringerten sich von 1,7 Mio. € im Vorjahr auf 1,6 Mio. € im Geschäftsjahr. Der Rückgang der Gestellungsleistungen ist zu einem großen Teil ebenfalls coronabedingt. Höhere Aufwendungen im Bereich des Verwaltungsbedarfes und der Instandhaltung sowie für die Ausbildungs- und die Pflegeumlage führte dazu, dass die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr stark angestiegen sind (+ 2,0 Mio. €; + 8,0 %). Die Abschreibungen bewegen sich mit -8,3 Mio. € leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Das Investitionsergebnis stellt sich gegenüber dem Vorjahr mit -3,9 Mio. € vor allem durch die geringere Eigenmittelschreibung erneut leicht verbessert dar (Vorjahr 4,0 Mio. €). Das Finanzergebnis verbessert sich trotz weiter zurückgehenden Anlageerträgen aufgrund der im Geschäftsjahr weiter gesunkenen Zinsbelastungen. Im Ergebnis aller Entwicklungen hat die Ruppiner Kliniken GmbH einen Jahresüberschuss von rd. 1,2 Mio. € (11,0 Mio. €) erwirtschaftet. Aufgrund der in 2019 erfolgten Übertragung des Umbaus des G-Hauses auf die Tochtergesellschaft OGD Ostprignitz-Ruppiner Gesundheitsdienste GmbH hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr keine wesentlichen Bautätigkeiten zu verzeichnen, was sich in der Entwicklung des Anlagevermögens zeigt. Im Geschäftsjahr verzeichnete die Gesellschaft Anlagenzugänge von 3,3 Mio. € (Vorjahr 4,6 Mio. €). Für 0,6 Mio. € (Vorjahr 0,5 Mio. €) ist eine Software angeschafft worden und für 2,6 Mio. € erfolgte der Zugang von Sachanlagen. Hier wirkten sich vor allem die Anschaffung von medizinischer Ausstattung als Erweiterungs- und Ersatzbeschaffungen (1,3 Mio. €; Vorjahr 2,8 Mio. €) aus. Die übrigen Anschaffungen entfallen zu einem großen Teil auf Mobiliar und Hardware. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau sind zum Bilanzstichtag mit 0,2 Mio. € (Vorjahr 0,8 Mio. €) bilanziert, im Wesentlichen für Infrastrukturmaßnahmen auf dem Krankenhausgelände. Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2021 weist die Gesellschaft trotz der vorge-

nommenen Darlehenstilgungen eine gegenüber dem Vorjahr höhere Bilanzsumme von 191,9 Mio. € (Vorjahr 189,1 Mio. €) aus. Aufgrund der leicht verschlechterten Bilanzstruktur verringerte sich trotz des Jahresüberschusses bei einem Eigenkapital in Höhe von 88,1 Mio. € die Eigenkapitalquote von 46,0% im Vorjahr auf 45,9%. Die Liquidität der Gesellschaft war im Jahr 2021 gesichert und die zur Verfügung stehenden liquiden Mittel reichten aus, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu decken. Nach dem weiteren Abbau von Darlehensverbindlichkeiten verfügt die Gesellschaft zum Bilanzstichtag über einen Finanzmittelfonds in Höhe von 17,8 Mio. € (Vorjahr 24,3 Mio. €), davon 5,9 Mio. € (Vorjahr 2,7 Mio. €) im Cashpool. Teile der kurzfristig nicht benötigten Finanzmittel sind außerhalb des Cashpools angelegt worden, um die seit Dezember 2019 belasteten Negativzinsen zu minimieren. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens ist geordnet.

11. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

Die Ruppiner Kliniken begreifen die anhaltende Coronakrise als Chance ihre strategisch bedeutende Rolle als Schwerpunktversorger für die Versorgung der Bevölkerung zu stärken. Die Gesundheitswirtschaft wird auch weiterhin einer der großen Wirtschaftsbereiche und ein Wachstums- und Beschäftigungstreiber sowohl regional als auch überregional sein. Die demografische Entwicklung der Bevölkerung, ein stärkeres Gesundheitsbewusstsein und die Erfahrungen aus der Infektionskrise werden die Bedeutung von regionalen Schwerpunktversorgern unterstreichen.

Das Leistungsgeschehen im Krankenhaus lag im DRG- und Bundespflegesatzbereich in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres 2022 pandemiebedingt unter dem Niveau, der Leistungsplan jedoch über dem Niveau des Vorjahres.

Trotz des Covid-19-Krankenhausentlastungsgesetz und den damit verbundenen Ausgleichszahlungen ist auf folgende Sachverhalte als Risiken gesondert hinzuweisen:

1. Die Freihaltepauschalen für freie Betten in der Somatik werden bis zum 18. April 2022 verlängert. Der Versorgungszuschlag für die Behandlung von Covid-19 Patienten in der Somatik sowie in der Psychiatrie bis zum 30. Juni 2022
2. Die Ausgleichszahlungen, die bereits für das Jahr 2021 griffen, werden fortgeschrieben. Jedoch bleibt unklar, wie hoch die Ausgleichszahlungen sind für das anstehende Geschäftsjahr 2022. Die Frist für die genaue Ausgestaltung liegt erst im Oktober 2022.
3. Durch die steigende Inflation, die im April 2022 bei 7,4 % liegt, schnellen die Preise für Verbrauchsmaterialien, Investitionen und sämtliche Beschaffungsgüter hinauf. Zum Teil sinken in Summe zwar die Kosten durch den Mengeneffekt, jedoch ist die Refinanzierung des Mehraufwandes noch nicht gesichert. Ob und in wie weit der Forderung der Deutschen Krankenhausgesellschaft nach dem Inflationsausgleich vom 22. April 2022 nachgekommen wird, ist zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abschätzbar.
4. Ein großer Faktor liegt in der Preisentwicklung im Bereich der Energieversorgung. Durch den Krieg in der Ukraine steigen die Kosten für Strom und Gas immens an. Die Hochrechnung zu erwartender Kosten stellt die Ruppiner Kliniken und den gesamten Markt vor große Herausforderungen. Zu einem geringen Teil werden die Preissteigerungen im Bereich der Stromversorgung durch die Aussetzung der EEG- Umlage zu 1. Juli 2022 anfangen.
5. Der Gesamtmarkt wird zudem durch die ansteigenden Zinsen belastet. In den ersten Monaten des Jahres 2022 ist eine starke Volatilität der Zinsmärkte zu verzeichnen. Gleichzeitig wurde der Leitzins des US-Notenbank Fed (Federal Reserve System) zum zweiten Mal im Jahr 2022 deutlich angehoben. Der Leitzins liegt bei einer Steigerung von 0,5 Prozentpunkten auf einem Niveau von einem Prozent. Es ist somit davon auszugehen, dass in der Bundesrepublik Deutschland das Zinsniveau ebenfalls weiter steigen wird. Dies führt neben den steigenden Materialkosten zu einem Anstieg in den Finanzierungskosten für notwendige bauliche Sanierungen. Andererseits entfallen Verwarentgelte und Negativzinsen auf den Liquiditätsbestand.

Mit der bedingten Fortführung des Konsolidierungsprozesses in 2021 sind die Ruppiner Kliniken dem Ziel als universitärer Versorger näher gekommen. Ebenfalls sind auf der Kostenseite bereits nennenswerte Konsolidierungseffekte eingetreten, welche sich in 2022 bereits fortgesetzt haben. Zu Anfang 2022 wurden die im Konsolidierungsprozess erarbeiteten Maßnahmen, insbesondere im Medizinkonzept, angepasst und erweitert. Die Anerkennung als Universitätsklinik ermöglicht es, den Zugang zur ambulanten Versorgung mit den bereits etablierten Hochschulambulanzen auszuweiten. Für den im Medizinkonzept vorgesehenen Ausbau vor allem komplexer medizinischer Leistungen wird die Rekrutierung von Fachpersonal eine besondere Rolle einnehmen. Vor allem im Bereich der examinierten Pflege und im Bereich der therapeutischen Berufe sind deutliche Nachbesetzungsbedarfe sichtbar. Die eigenen Ausbildungsanstrengungen werden den Bedarf nicht decken können, so dass im Bereich der Rekrutierung verstärkt auf Fachpersonal aus dem Ausland fokussiert wird. Aufgrund der aktuellen Personal-, Sachkosten und Leistungsentwicklung, der bisher erhaltenden Ausgleichszahlungen und den gesetzlichen Ausgleichsregularien für 2022 geht die Geschäftsführung davon aus, dass sich das Jahresergebnis 2022 trotz Verschiebungen in einzelnen Bereichen zum geplanten Verlust von 0,4 Mio. € verbessert darstellen wird. Die Geschäftsführung erwartet zum Zeitpunkt der Erstellung eine geordnete Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Geschäftsjahr 2022. Es bestanden im Jahr 2021 und bestehen auch gegenwärtig keine bestandsgefährdenden Risiken.

12. Weitere Informationen

Bilanz

Aktiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.481.159,00	1.366.562,58
II. Sachanlagen	114.505.957,18	120.305.961,32
III. Finanzanlagen	2.154.532,79	2.545.259,15
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	5.651.017,94	4.775.542,11
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	29.861.037,33	27.227.244,46
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	16.420,51	223.004,82
3. Forderungen gegen Gesellschafter	6.666.280,51	4.303.850,07
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	19.422,87	114.556,06
5. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	18.915.134,25	6.332.158,73
6. Sonstige Vermögensgegenstände	609.184,50	283.650,87
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	11.923.783,49	21.529.760,72
C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	113.351,59	90.807,01
Bilanzsumme	191.917.281,96	189.098.357,90

Passiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	27.000,00	27.000,00
II. Kapitalrücklage	5.312.779,08	5.312.779,08
III. Gewinnrücklage	47.446.902,81	47.446.902,81
IV. Gewinnvortrag	34.104.476,43	23.065.359,30

V. Jahresüberschuss	1.172.317,74	11.039.117,13
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	49.712.025,34	51.856.161,22
C. Rückstellungen	13.901.515,24	11.204.583,42
D. Verbindlichkeiten	40.228.615,59	39.134.138,27
E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	11.649,73	12.316,67
Bilanzsumme	191.917.281,96	189.098.357,90

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
Erlöse aus Krankenhausleistungen	128.207.711,94	131.225.649,78
Erlöse aus Wahlleistungen	106.588,38	128.372,19
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	4.795.530,25	4.591.887,76
Nutzungsentgelte der Ärzte	429.897,53	422.370,40
- Umsatzerlöse eines Krankenhauses nach § 277 HGB	18.360.873,55	18.158.971,98
Erhöhung/Verminderung (-) des Bestandes an fertigen/unfertigen Erzeugnissen	140.028,67	-227.401,91
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.112.573,61	962.087,03
Sonstige betriebliche Erträge	2.909.914,98	5.972.130,20
Materialaufwand	44.610.864,67	44.330.626,13
Personalaufwand	78.582.182,59	76.370.186,86
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	4.815.549,50	5.341.268,71
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	4.486.972,58	4.375.604,04
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	4.824.484,94	5.386.723,42
Abschreibungen	8.332.015,09	8.353.716,40
Sonstige betriebliche Aufwendungen	27.190.149,80	25.184.836,55
Erträge aus anderen Wertpapieren und aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	29.100,41	52.751,49
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29.334,20	70.753,70
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
Zinsen und sonstige Aufwendungen	449.325,21	580.742,46
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	262.735,56	-171.503,58
Sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss	1.172.317,74	11.039.117,13

6.3 OGD Ostprignitz-Ruppiner Gesundheitsdienste GmbH

1. Unternehmensdaten

Name	OGD Ostprignitz-Ruppiner Gesundheitsdienste GmbH
Unternehmenssitz	Fehrbelliner Straße 38, 16816 Neuruppin
Geschäftsführung	Dr. Matthias Voth bis 16.04.2021 Dr. Gunnar Pietzner ab 28.04.2021
Telefon	03391/39-0
E-Mail	gf@ruppiner-kliniken.de
	www.ruppiner-kliniken.de
Gründungsdatum	15.12.2004
Prüfrechte (§§ 53, 54 HGrG)	Die Prüfung wurde auf Ebene des Konzerns PRO Klinik Holding GmbH zusammengefasst durchgeführt.
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	vom 15.12.2004, zuletzt geändert am 05.12.2013
Stammkapital	25.000,00 €

2. Gesellschafterstruktur – Anteile am Stammkapital

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
Ruppiner Kliniken GmbH	100,00	25.000,00
		25.000,00

3. Unternehmensgegenstand

Gegenstand der OGD Ostprignitz-Ruppiner Gesundheitsdienste GmbH (OGD) ist die Förderung des Wohlfahrtwesens. Dies wird insbesondere verwirklicht durch die Einrichtung und den Betrieb Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) im Sinne des § 95 SGB V, von Frühförderstellen, sozialpädiatrischen Zentren sowie von Betreuungs-, Therapie-, Rehabilitations- und Pflegezentren.

4. Eingetragen im HR

Eingetragen im HRB 7240 - Amtsgericht Neuruppin.

5. Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Nürnberg hat nach ihrer Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Geschäftsführers keine Einwendungen und dementsprechend am 25.07.2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

6. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung der OGD hat in der ordentlichen Sitzung am 31.08.2022 den Jahresabschluss 2021 festgestellt, den Jahresüberschuss in Höhe von 48.897,56 € auf neue Rechnung vorgetragen und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021 die Entlastung erteilt.

7. Konzernbeziehung

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der PRO Klinik Holding GmbH, Neuruppin, einbezogen.

8. Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahl	2021	2020	2019
Anlagenintensität (AI) in %	73,8	65,2	54,3
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	60,3	73,9	78,1
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in €	-	-	-
Anlagendeckungsgrad	II 122,7	137,6	143,9

(ADG II) in %			
Zinsaufwandsquote (ZAQ) in %	0,2	0,1	0,8
Liquidität 3. Grades (LQ III) in %	276,3	345,5	211,8
Cashflow (CF) in €	989.520,99	2.331.675,60	1.540.144,20
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %	0,4	6,7	2,9
Umsatz (UE) in €	25.096.007,49	25.413.370,35	24.626.135,30
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (JU/JF) in €	48.897,56	1.239.774,71	281.623,15
Personalaufwandsquote (PAQ) in %	66,1	63,4	63,5
Anzahl der Mitarbeiter (MA)	330	333	337

9. Verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Die Gesellschaft gehört zu dem seit dem 01.01.2007 bestehenden Konzernverbund der PRO Klinik Holding GmbH. Alleinige Gesellschafterin der OGD Ostprignitz-Ruppiner Gesundheitsdienste GmbH (OGD) ist die Ruppiner Kliniken GmbH. Sitz der Gesellschaft ist die Fehrbelliner Straße 38 in 16816 Neuruppin. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft bezieht sich in erster Linie auf die Erbringung ambulanter ärztlicher und medizinischer Leistungen, auf die Frühförderung sowie auf die soziale Rehabilitation. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft insbesondere medizinische Versorgungszentren, ein Sozialpädiatrisches Zentrum (SPZ), eine Frühförderstelle und einen Fachbereich für soziale Rehabilitation sowie eine Abteilung für Therapie und Rehabilitation. Hauptstandort der Gesellschaft ist Neuruppin. Daneben geht die OGD aber auch in Wittstock, Freyenstein, Wildberg, Brandenburg an der Havel und in Rheinsberg ihrer Geschäftstätigkeit nach.

Geschäftsverlauf

Aufgrund von unerwarteten Kürzungen des KV-Budgets für das III. Quartal liegt das erwirtschaftete Jahresergebnis der OGD in Höhe von 49 T€ unter dem ursprünglichen Planansatz von 104 T€ und weit unter der unterjährigen Prognose. Zum 31. Dezember 2021 hielt die OGD in ihrem Versorgungsbereich 31,25 Zulassungen bei der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg. Wie auch in den vergangenen Jahren haben sich die Praxen im Bereich der MVZ, vor allem durch Sars-CoV-2-Pandemie bedingt, unterschiedlich entwickelt. Positiv hervorzuheben sind die in der hausärztlichen Versorgung tätigen Praxen und die Facharztpraxen, deren Ärztinnen und Ärzte einen vollen Versorgungsauftrag in der jeweiligen Praxis erfüllen. Zum 1. Oktober 2021 wurden diverse Änderungen der strahlentherapeutischen Leistungen umgesetzt. Die Absenkung der Bewertungen der Gebührenordnungsposition führt z.T. zu Einnahmeverlusten von 40%. Da die Strahlentherapie die umsatzstärkste Fachrichtung in der OGD darstellt, haben diese Einnahmeverluste erhebliche Auswirkungen auf das Gesamtergebnis des Unternehmens. Im Bereich der Sportmedizin musste, auf Grund der durch die Pandemie geltenden Eindämmungsverordnungen, ganzjährig der Präventivsport entfallen. Begründet durch die Kündigung des Facharztes für Labormedizin zum 31. März 2021 musste die Laboranalytik für den ambulanten Bereich bis zum August 2021 komplett eingestellt werden. Trotz erheblichen Aufwandes zum Personalrecruiting konnte die Stelle im Labor auch bis zum Ende des Jahres nur in Teilzeit nachbesetzt werden. Sowohl für den 0,25% Anteil der Mikrobiologie als auch einem 0,25% Anteil der klinischen Chemie konnte ein Facharzt zur Nachbesetzung im August, bzw. September 2021 gebunden werden. Dennoch ist der kassenärztliche Sitz weiterhin zu 0,75 ZF vakant. Durch die in Folge der SARS-CoV-2-Pandemie im Januar 2021 aufgesetzte Impfkampagne stieg die Inanspruchnahme der Hausärztlichen Praxen erheblich. Durch die Übernahme dieses zusätzlichen Angebots konnten für die OGD zusätzliche Erlöse generiert werden. Das Leistungsniveau im sozialpädiatrischen Zentrum (SPZ) konnte in 2021 marginal ausgebaut werden, da die Behandlung der Patient*innen von Präsenzterminen auf Video- und Telefonsprechstunden umgestellt wurde. Insgesamt konnte im Berichtsjahr 2.717 Fälle und damit 102 Fälle mehr erbracht werden. Im Bereich der Frühförderung konnte, bedingt durch eine kontinuierliche Personalbesetzung und der umgehenden Umstellung auf alternative Fördermaßnahmen im Rahmen der Pandemie, eine Leistungssteigerung erzielt werden. Die Anzahl der geleisteten Frühfördereinheiten (FE) sank im Vergleich zum Vorjahr um 749 FE auf 9.607. Ursächlich hierfür war, dass die Anzahl der sog. „Briefkastenförderungen“ (pandemiebedingt im Jahr 2020 eingeführte Frühförderung ohne persönlichen Kontakt) die Frühfördereinheiten steigen ließ. Im Jahr 2021

wurde wieder auf die persönliche Förderung umgestellt, was zur Folge hatte, dass durch SARS-CoV-2, Quarantänen und Kita-Schließungen, bereits geplante Frühförderheiten nicht erbracht werden konnten. Die Betreuungskapazitäten im Fachbereich Soziale Rehabilitation konnten im Jahr 2021 vollumfänglich ausgelastet werden. Die in den Vorjahren begonnenen Kooperationen, insbesondere zwischen dem Institut für Pathologie und der Praxis für Strahlentherapie und anderen Gesundheitsanbietern in der Region konnten ebenfalls fortgeführt werden. Geschäftsführer der Gesellschaft im Geschäftsjahr war bis zum 16. April 2021 Herr Dr. Matthias Voth, Arzt, PRO Klinik Holding GmbH. Mit Wirkung zum 28. April 2021 wurde Herr Dr. Gunnar Pietzner zum Geschäftsführer der OGD Ostprignitz-Ruppiner Gesundheitsdienste GmbH bestellt. Mit einem Jahresergebnis von 49 T€ hat die Gesellschaft das im Wirtschaftsplan prognostizierte Ergebnis um 55 T€ unterschritten und blieb weit hinter den zwischenzeitlichen Erwartungen zurück, die aufgrund der gegenüber der Planung höheren KV-Erträge des ersten Halbjahres von einem Geschäftsergebnis im mittleren sechsstelligen Bereich ausgingen. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 weist die Gesellschaft ein Eigenkapital in Höhe 13.949 T€ aus. Die Eigenkapitalquote verringerte sich trotz des Jahresüberschusses von 73,9 % auf nun 60,3 %, da sich die Bilanzsumme, insbesondere wegen der weiteren Inanspruchnahme des Baudarlehens, auf 23.145 T€ erhöhte (Vorjahr 18.819 T€). Die Umsatzerlöse entwickelten sich im Vorjahresvergleich mit 25.096 T€ geringfügig rückläufig (- 317 T€; - 1,2 %), bleiben aber mit 1.262 T€ unter dem Planansatz. Die erwartungsgemäß höheren Erträge aus den Gestellungsleistungen gegenüber der Ruppiner Kliniken GmbH (+ 510 T€) kompensieren nur zum Teil die Mindererlöse bei den patientenbezogenen Umsätzen. Während die Haus- und Facharztpraxen der Medizinischen Versorgungszentren insgesamt einen Umsatzanstieg von 265 T€ zu verzeichnen haben, sanken die Erlöse der Praxis für ambulante Strahlentherapie im Vorjahresvergleich um 420 T€ aufgrund der seitens der Kassenärztlichen Vereinigung vorgenommenen Absenkung der Bewertung der abrechenbaren Gebührenordnungspositionen trotz Leistungssteigerung. Die Entwicklung der ambulanten Laborerlöse spiegelt die zeitweise Einstellung der Leistungserbringung wieder (- 285 T€). Im Fachbereich soziale Rehabilitation werden wie im Vorjahr 18 vollstationäre Plätze der Eingliederungshilfe für Menschen mit seelischen Behinderungen vorgehalten. Die gegenüber dem Vorjahr um 152 T€ gestiegenen Umsatzerlöse (1.586 T€) in diesem Geschäftsbereich resultieren vor allem aus der Mehrbedarf-Abrechnung für Einzelfallbetreuungsleistungen. Geringere zu vereinnahmende Erträge aus Rückstellungsaufhebungen als im Vorjahr (- 278 T€), die durch höhere Zuschuss- und Delkredereerträge teilweise kompensiert werden, sind ursächlich für den Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge von 556 T€ im Vorjahr auf 478 T€. Die OGD erhielt im Geschäftsjahr 2021 in Höhe von 101 T€ (Vorjahr 16 T€) Zuschüsse seitens der KV für die angestellten Ärzte in Weiterbildung. Wegen des gegenüber dem Vorjahr deutlich geringeren Jahresergebnisses veränderte sich die Umsatzrendite von 4,9 % auf 0,2 %. Der Rückgang der Umsatzerlöse bewirkt bei einer moderaten Steigerung der Materialaufwendungen (+ 102 T€; + 2,6 %) einen Anstieg der Materialaufwandsquote von 15,2 % auf 15,8 %, wobei gesunkenen Fremdpersonalkosten (- 222 T€) und geringeren periodenfremden Aufwendungen (- 71 T€) vor allem höhere Kosten für Labordiagnostik (+ 332 T€) entgegenstehen. Höhere Personalaufwendungen bei Umsatzrückgang begründen den Anstieg der Personalaufwandsquote von 63,4 % im Vorjahr auf nun 66,1 %. Der Anstieg der Personalaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 474 T€ auf 16.576 T€ resultiert aus den tariflichen Steigerungsraten. Die Personalsituation verschlechterte sich im Jahresdurchschnitt leicht von 265, 0 Vollkräfte (VK) auf 262,7 VK. Die Abschreibungen bewegen sich mit 941 T€ mit 151 T€ unter dem Vorjahresniveau. Die Abschreibungslaufzeit von zwei in 2015 erworbenen Praxen endete im Vorjahr unterjährig. Kostensteigerungen in fast allen Bereichen führen dazu, dass sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 416 T€ erhöht haben. So stiegen vor allem die Rechts- und Beratungskosten um 93 T€, die Personalbeschaffungskosten um 66 T€ und die Instandhaltungs- und Wartungskosten um 58 T€ an. Durch Inanspruchnahme weiterer Darlehenstranchen aus den 2 Baudarlehen steigt der Zinsaufwand an. Das Finanzergebnis stellt sich mit - 24 T€ (Vorjahr - 20 T€) insgesamt aber nur marginal verschlechtert dar, da Zinserträge aus Steuererstattungen in Höhe von 16 T€ zu vereinnahmen waren. Die OGD hat im Geschäftsjahr 79 T€ Ertragssteuern für die Jahre 2010 bis 2012 rückerstattet bekommen. Die Liquidität der Gesellschaft war im Jahr 2021 gesichert und die zur Verfügung stehenden liquiden Mittel reichten stets aus, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu decken. Die Gesellschaft verfügt zum Stichtag über einen Finanzmittelfonds in der Höhe von 2.597 T€ (Vorjahr 3.275 T€), davon 491 T€ (Vorjahr 194 T€) im Cashpool. Kurz-

fristig nicht benötigte Finanzmittel sind außerhalb des Cashpools zinstragend angelegt worden, um die seit Dezember 2019 belasteten Negativzinsen zu minimieren. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens ist geordnet.

10. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

Die Gesellschaft schließt durch ihre Leistungserbringung Lücken in der ambulanten fachärztlichen sowie hausärztlichen Versorgung und ergänzt das stationäre Behandlungsportfolio der Ruppiner Kliniken GmbH. Dieses führt zu Synergien bei der Leistungserbringung in beiden Bereichen. Limitierend, und durch die OGD nicht steuerbar, sind die unterschiedlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sowohl in der ambulanten Leistungserbringung, als auch im Bereich der stationären Leistungserbringung durch die Therapieberufe. Im Bereich der Strahlentherapie mussten in 2021 und werden in 2022 erhebliche Umsatzrückstände durch eine Änderung der Honorarverteilung der KVBB verzeichnet werden. Generell müssen, außer der hausärztlichen Praxen, alle übrigen Praxen Honorarkürzungen auf Grund des Finanzierungsmangels der Krankenkassen hinnehmen. Durch die Inbetriebnahme von Hochschulambulanzen (HSA) an den Ruppiner Kliniken GmbH besteht für die Praxen der OGD das Risiko, sich einer zusätzlichen Konkurrenz zu den bereits bestehenden niedergelassenen Praxen ausgesetzt zu sehen. Welche Auswirkungen diese HSA's auf die Gesamtwirtschaft und die Gesundheitswirtschaft im Allgemeinen sowie auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der OGD im Besonderen haben wird, lässt sich derzeit noch nicht abzuschätzen. Das neue Facharztzentrum der OGD im Haus G wurde im Mai 2022 in Betrieb genommen. Durch die damit entstehenden räumlichen Ressourcen im Rehasentrum der OGD kann am Aufbau der Entwicklung der ambulanten Rehatherapie gearbeitet werden. Hierzu sollen noch im Jahr 2022 Gespräche mit den Rentenversicherungsträgern und Krankenkassen aufgenommen werden. In den ländlichen Regionen außerhalb Neuruppins ist es weiterhin problematisch fachärztliches Personal und qualifiziertes Assistenzpersonal für die MVZ-Praxen zu gewinnen. Dabei ist die Ausgangslage zum Erwerb weiterer Facharztpraxen in der Region Prignitz/Ostprignitz-Ruppin insofern günstig, da viele Praxisinhaber im Rahmen der Altersnachfolge in den kommenden Jahren versuchen werden, eine Nachfolge auch mit MVZ-Betreibern zu realisieren. Dem stehen die nicht kalkulierbaren Risiken, die sich aus den laufenden Gesetzgebungsverfahren ergeben, entgegen. Nicht kalkulierbare monetäre Risiken ergeben sich zudem aus denen für das Jahr 2022 anstehenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im ärztlichen Dienst und den Assistenzberufen. Mit ungeplanten Erlöseinbußen und Versorgungsengpässen ist auch in 2022, aufgrund der weiter anhaltenden Corona-Pandemie zu rechnen. Diese sind nicht nur durch die restriktive Inanspruchnahme ärztlicher und therapeutischer Leistungen, sondern auch durch die pandemiebedingten Personalausfälle und dem erheblichen zusätzlichen Materialaufwand für Hygienemaßnahmen, welcher nicht ausreichend refinanziert wird, zu begründen. Die nicht planbare Leistungsentwicklung im stationären Bereich und die sich daraus für die im stationären Setting tätigen Therapeuten ergebenden Konsequenzen, wurden vorab schon beschrieben. Zudem wirkt sich das bislang erfolglose Nachbesetzungsverfahren für das Institut für Labordiagnostik, wie oben beschrieben, in erheblichem Umfang erlösmindernd aus. Sollte die Nachbesetzung bis zum 30. September 2022 nicht erfolgreich sein, droht der Entzug des Versorgungsauftrags im gleichen Umfang. Generell ist im Blick zu behalten, dass die pandemiebedingten Entnahmen aus dem Gesundheitsfonds und der Liquiditätsreserve, sowie Ausgabensteigerungen aus den Gesetzen die GVK-en finanziell erheblich belasten. Inwieweit sich dieses auf die Honorarstruktur auswirkt bleibt abzuwarten. Mit Blick auf die Facharztweiterbildung in der Neurologie, der Kardiologie und im hausärztlichen Bereich wird die Attraktivität der Ostprignitz-Ruppiner Gesundheitsdienste GmbH für Ärzte in der Weiterbildung gestärkt und damit ein wichtiger Beitrag zur ärztlichen Nachwuchsgewinnung für die Sicherstellung der Patientenversorgung in der Region geleistet. Die Gesellschaft strebt, trotz pandemiebedingter Risiken, weiterhin eine stabile wirtschaftliche Entwicklung mit der Tendenz zum Wachstum an. So wird im Bereich der Kardiologie und der Chirurgie mit der Erbringung ambulant operativer Leistungen begonnen, die im Laufe des Jahres auch im Bereich der HNO angeboten werden sollen. Circa 30% der erbrachten Leistungen werden ausschließlich für die Gesellschafterin, die Ruppiner Kliniken GmbH, erbracht. Für den Geschäftsbetrieb relevante Leistungssteigerungen werden – wie vorab begründet – für das kommende Geschäftsjahr nicht erwartet. Das Leistungsgeschehen am Anfang des Geschäftsjahres 2022 ist – pandemiebedingt – nicht auf dem geplanten Niveau. Die Geschäftsführung geht zum Zeitpunkt der Berichtserstellung davon aus, dass die ur-

sprünglich geplanten Leistungen nicht mehr im Jahresverlauf erreicht werden. Ob auf Grund der vorab benannten Risiken ein positives Jahresergebnis erwirtschaftet werden kann, bleibt abzuwarten. Bestandsgefährdende Risiken haben in 2021 nicht bestanden.

11. Weitere Informationen

Bilanz

Aktiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	114.258,00	80.440,00
II. Sachanlagen	16.958.153,73	12.199.034,03
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.807.467,42	3.280.974,87
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.651.432,47	3.012.730,24
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.089.686,83	194.164,12
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	34.437,34	25.312,48
4. Sonstige Vermögensgegenstände	31.910,78	48.768,03
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.106.681,17	3.080.681,61
C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	158.104,90	178.429,18
Bilanzsumme	23.144.665,22	18.819.379,69

Passiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	13.875.218,04	12.635.443,33
III. Jahresüberschuss	48.897,56	1.239.774,71
B. Sonderposten	54.469,00	78.814,00
C. Rückstellungen	1.424.349,07	1.113.705,46
D. Verbindlichkeiten	7.716.731,55	3.726.227,79
F. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	414,40
Bilanzsumme	23.144.665,22	18.819.379,69

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
Umsatzerlöse	25.096.007,49	25.413.370,35
Sonstige betriebliche Erträge	478.363,95	555.515,44
Materialaufwand	3.959.964,62	3.858.312,29
Personalaufwand	16.576.322,30	16.102.140,19
Abschreibungen	940.623,43	1.091.900,89
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.011.751,08	3.595.924,74
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15.846,26	32,25
Zinsen und sonstige Aufwendungen	39.352,45	19.695,57
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.972,69	54.246,64
Sonstige Steuern	6.333,57	6.923,01
Jahresüberschuss	48.897,56	1.239.774,71

6.4 MBN Medizinische Bildungsakademie Neuruppin GmbH

1. Unternehmensdaten

Name	MBN Medizinische Bildungsakademie Neuruppin GmbH
Unternehmenssitz	Fehrbelliner Straße 38, 16816 Neuruppin
Geschäftsführung	Dr. Matthias Voth bis 16.04.2021 Dr. Gunnar Pietzner ab 28.04.2021
Telefon	03391/39-0
E-Mail	gf@ruppiner-kliniken.de
Gründungsdatum	23.11.2007
Beitrittsgenehmigung	war bis 1993 nicht erforderlich
Prüfrechte (§§ 53, 54 HGrG)	Die Prüfung wurde auf Ebene des Konzerns PRO Klinik Holding GmbH zusammengefasst durchgeführt.
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	vom 23.11.2007, zuletzt geändert am 05.12.2013
Stammkapital	25.000,00 €

2. Gesellschafterstruktur – Anteile am Stammkapital

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
PRO Klinik Holding GmbH	100,00	25.000,00
		25.000,00

3. Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Jugendhilfe sowie die Förderung der Erziehung und Berufsbildung. Zum Bereich der „Förderung der Jugendhilfe“ gehören der Betrieb einer Kindertagesstätte, der Betrieb eines Schülerwohnheims sowie der Betrieb einer Umweltbegegnungsstätte, welche Angebote für Kinder- und Jugendliche auf dem Gebiet der Umweltbildung und Umwelterziehung unterbreitet. Um den Satzungszweck der „Förderung der Erziehung und Berufsbildung“ zu verwirklichen, erfolgt der Betrieb einer Schule für Gesundheitsberufe sowie einer Berufsfachschule mit dem Bildungsgang „Vermittlung des schulischen Teils einer Berufsbildung nach dem Berufsbildungsgesetz oder Handwerksordnung“. Der Gesellschaft ist es zur Erfüllung ihrer Zwecke erlaubt, sich auch Einrichtungen anderer Rechtsformen zu bedienen oder solche Einrichtungen zu schaffen bzw. sich an ihnen zu beteiligen.

4. Eingetragen im HR

Eingetragen im HRB 8317 - Amtsgericht Neuruppin.

5. Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Nürnberg hat nach ihrer Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Geschäftsführers keine Einwendungen und hat dementsprechend am 18.07.2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

6. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung der MBN Medizinischen Bildungsakademie Neuruppin GmbH hat in der Sitzung am 31.08.2022 den Jahresabschluss 2021 festgestellt, den Jahresüberschuss in Höhe von 6.969,32 € auf neue Rechnung vorgetragen und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021 die Entlastung erteilt.

7. Konzernbeziehung

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der PRO Klinik Holding GmbH, Neuruppin einbezogen.

8. Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahl	2021	2020	2019
Anlagenintensität (AI) in %	18,0	19,8	21,6
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	33,9	33,2	30,1
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in €	-	-	-
Anlagendeckungsgrad (ADG II) in %	231,0	206,3	176,0
Zinsaufwandsquote (ZAQ) in %	0,02	0,04	0,02
Liquidität 3. Grades (LQ III) in %	16.633,0	161,7	152,0
Cashflow (CF) in €	52.729,44	99.933,44	256.100,83
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %	0,7	3,9	18,8
Umsatz (UE) in €	3.598.875,60	3.426.447,38	3.432.748,68
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (JU/JF) in €	6.969,32	41.663,93	200.048,62
Personalaufwandsquote (PAQ) in %	69,1	66,2	62,3
Anzahl der Mitarbeiter (MA)	55	55	54

9. Verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Die MBN Medizinische Bildungsakademie Neuruppin GmbH (MBN) mit Sitz in der Fehrbelliner Straße 38 in Neuruppin wurde am 23.11.2007 durch Bargründung mit einem Stammkapital in Höhe von 25.000 € als 100 %-ige Tochtergesellschaft der PRO Klinik Holding GmbH Neuruppin gegründet und gehört seit dem zum Konzern der PRO Klinik Holding GmbH. Im April 2021 erfolgte ein Geschäftsführerwechsel von Hr. Dr. Matthias Voth auf Hr. Dr. Gunnar Pietzner. Die Geschäftstätigkeit der MBN bezieht sich auf den Betrieb einer Schule für Gesundheitsberufe, eines Wohnheimes sowie einer Kindertagesstätte in Neuruppin.

Geschäftsverlauf

Die MBN Medizinische Bildungsakademie Neuruppin GmbH hat sich im Geschäftsjahr 2021, trotz der Pandemie, planmäßig entwickelt.

Die Schule für Gesundheitsberufe gehört zu den größten Ausbildungseinrichtungen im Landkreis Ostprignitz-Ruppin und vereint die Ausbildungsbereiche Pflegefachleute, Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Krankenpflegehilfe, Physiotherapie. Die Schule beteiligt sich am Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ) für Physiotherapeut*innen und bietet zusätzlich einen berufsbegleitenden Kurs an. Ab den 01. August 2021 wurde die Schule für Gesundheitsberufe in den Vierten Krankenhausplan des Landes Brandenburg vom 22. Juni 2021 als Ausbildungsstätte gemäß § 35 BbgKHEG mit den Ausbildungsgängen Physiotherapie, Gesundheits- und Krankenpflegehilfe sowie Pflegefachfrau/ Pflegefachmann nach Maßgabe des aktuell gültigen Bescheides des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit über die staatliche Anerkennung aufgenommen.

In der Pflegeschule mit den Bereichen Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Krankenpflegehilfe und Pflegefachleuten konnte die genehmigte Platzzahl von 160 Plätzen leider nur mit 126 Plätzen (Vorjahr 140 Plätze) belegt werden. Es ist gelungen im April mit 18 Auszubildenden in der generalistischen Pflegeausbildung zu starten. Im Oktober waren 40 Auszubildende geplant und auch hier haben nur 31 Auszubildende ihre Ausbildung zum Pflegefachmann/ zu Pflegefachfrau begonnen. In der Gesundheits- und Krankenpflegehilfe wurde ein Kurs im April mit 17 Auszubildenden gestartet. Für die generalistische Ausbildung konnten die notwendigen Kooperationspartner mit Kooperationsverträgen an die Pflegeschule gebunden werden. Die Havellandkliniken schicken uns weiter die Gesundheits- und Krankenpflegehelfer zur einjährigen Ausbildung. Im Bereich der Physiotherapie begannen 22 Auszubildende im Oktober ihre Ausbildung. Insgesamt stehen hier 55 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Grundsätzlich wurde die Zeit der Pandemie von den Schüler gut genutzt und von den Auszubildenden der Ruppiner Kliniken in der Gesundheits- und Krankenpflege mussten nur 5 ihr Ausbildungsverhältnis verlängern. In der Physiotherapie mussten 4 Auszubildende ihr Ausbildungsverhältnis verlängern. Die Prüfungen zum Nachweis des

gleichwertigen Kenntnisstands für ausländische Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten im Rahmen des IQ Brandenburg Projektes konnten ausgebaut und erweitert werden. Das Förderprogramm DigitalPakt Schule 2019-2024 konnte im ersten Halbjahr 2021 umgesetzt werden. Im gesamten Jahr 2021 konnte unter Einhaltung der Hygienevorschriften, regelmäßige Antigentests und Impfungen ein regelhafter Präsenzunterricht durchgeführt werden. Die Schulleiter haben täglich, entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen, den Schulbetrieb organisiert. Im Bereich der Fort- und Weiterbildung sind viele Veranstaltungen durch die Pandemie ausgefallen. Der Schwerpunkt lag auf den Online-Veranstaltungen. Die zentral angebotenen Pflichtfortbildungen für den Konzern und deren Töchtern wurde in kleinen Gruppen unter Einhaltung der Hygienevorschriften durchgeführt. Die Präsenz der MBN und der Mitarbeiter der einzelnen Konzerngesellschaften auf den Messen, dem Zukunftstag oder ähnlichen Veranstaltungen war pandemiebedingt nicht gegeben. Dennoch wurden Online-Präsentationen für die Vorstellung der Ausbildungsberufe im Konzern genutzt. Für den Betrieb eines Wohnheimes werden drei Etagen der Erich-Dieckhoff Str. 51, Neuruppin zwischen MBN und der Pro Klinik Service GmbH ab 01. Januar 2021 angemietet. Neben den Auszubildenden der MBN (derzeit 30 Plätze) beherbergt das Wohnheim 40 Plätze für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Die Zimmer werden von Auszubildenden, Studenten und Praktikanten genutzt. Das Wohnheim des Landkreises Ostprignitz-Ruppin war durch die Schulschließung des berufsbegleitenden Oberstufenzentrums geringer als geplant ausgelastet. Die vom PRO Klinik Holding Konzern genutzten Wohnheimplätze waren gut ausgelastet und es konnten nicht alle Anfragen bedient werden. Die Kindertagesstätte „Wirbelwind“ mit insgesamt 150 Plätzen im Kinderkrippen- und Kindergartenbereich war über das gesamte Geschäftsjahr durchschnittlich mit 96,4 % (Vorjahr 97,0 %) ausgelastet. Geschäftsführer der Gesellschaft im Geschäftsjahr war bis zum 16. April 2021 Herr Dr. Matthias Voth, Arzt, PRO Klinik Holding GmbH. Mit Wirkung zum 28. April 2021 wurde Herr Dr. Gunnar Pietzner zum Geschäftsführer der MBN Medizinische Bildungsakademie Neuruppin GmbH bestellt. Die MBN hat mit einem Jahresergebnis von 7 T€ im Rahmen des geplanten Jahresergebnisses das Jahr 2021 abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 weist die Gesellschaft bei einer Bilanzsumme von 1.092 T€ (Vorjahr 1.095 T€) ein Eigenkapital von 370 T€ (Vorjahr 263 T€) aus. Aufgrund des Jahresüberschusses steigt die Eigenkapitalquote von 33,2 % auf 33,9 % an. Hauptsächlich aufgrund der geringeren Schülerzahlen liegen die Umsatzerlöse um 332 T€ unter dem Plan, haben sich aber mit 3.599 T€ nichtdestotrotz gegenüber dem Vorjahr um 172 T€; (+ 5,0 %) erhöht. Der Rückgang der Erträge aus dem Ausbildungsstätten-Budget 2021 konnte durch die Ausgleichszuweisung für den Finanzierungszeitraum 2021 kompensiert werden. Aus dem ESF-Projekt wurden im Geschäftsjahr 124 T€ (Vorjahr 116 T€) vereinnahmt. Die Erlöse des Geschäftsbereich Wohnheim bewegen sich mit 332 T€ auf dem Niveau des Vorjahres, in denen allerdings im Vorjahr periodenfremde Umsatzerlöse in Höhe von 30 T€ enthalten waren. Weitere Anstrengungen zur Auslastungsverbesserung werden angestrebt. Die Kindertagesstätte ist derzeit noch aus drei Quellen finanziert. Sofern die Elternbeiträge und der Jugendamtszuschuss nicht ausreichen, um die Kosten der Einrichtung zu decken, sind sogenannte Trägerzuschüsse zu leisten. Der Jugendamtszuschuss zur Finanzierung der notwendigen Personalkosten erhöhte sich um 78 T€ auf 855 T€, die Eltern- und Essensgeldbeiträge um 45 T€ auf 274 T€, während sich die sonstigen Leistungszuschüsse um 36 T€ verringerten. Die Ertragssteigerung reichte nicht aus, um die tariflichen Personalkostensteigerungen und die sonstigen Sachkostensteigerungen zu refinanzieren, so dass sich der auszugleichende Fehlbetrag um 92 T€ erhöhte. In der Summe aller Entwicklungen erhöhten sich die Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Kindertagesstätte um 179 T€ auf 1.564 T€. Ein Antrag zur Übernahme der Betriebskosten durch die Stadt Neuruppin läuft derzeit. Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 36 T€ auf 167 T€. Deutlich geringeren Erträgen aus Zuschüssen und periodenfremden Erträgen von 63 T€ (Vorjahr 134 T€) stehen höhere Erträge für die Gestellung von Personal, der Auflösung von Rückstellungen und Erträge aus Anlagenabgängen mit 72 T€ (Vorjahr 30 T€) entgegen, kompensieren aber nicht den Gesamtrückgang. Die höheren Mietkosten für die beiden Wohnheimbereiche, sowie die Kosten für die Coronatestmaßnahmen bewirken bei gesunkenen Personalgestellungskosten den Anstieg der Materialaufwendungen um 26 T€ (+6,9 %). Die starke Personalkostensteigerung um 218 T€ (+ 9,6 %) auf 2.486 T€ ist vor allem durch die tariflichen Steigerungsraten und die Anpassung der tariflichen Erfahrungsstufen an den TVöD-VKA im Zusammenhang mit dem rückwirkend ab den 01. Januar 2021 wirksam werdenden 1. Änderungsstarifvertrag vom 22. April 2021 mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft verursacht. Daneben wirkte sich auch der VK-

Aufwuchs auf 43,8 VK (+ 0,9 VK) aus. Die Verringerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 61 T€ (- 9,6 %) auf 820 T€ ist vor allem auf geringere zentrale Verwaltungsdienstleistungen im Verbund und den periodenfremden Aufwendungen im Vorjahr zurückzuführen. Die Liquidität der Gesellschaft war im Jahr 2021 insgesamt gesichert und die zur Verfügung stehenden liquiden Mittel reichten stets aus, um die fälligen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Die Gesellschaft verfügte zum Stichtag über einen Finanzmittelfonds von 628 T€ (Vorjahr 541 T€), davon 485 T€ (Vorjahr 242 T€) liquide Mittel und 143 T€ (Vorjahr 299 T€) Cashpool-Forderungen. Der Finanzmittelfonds enthielt in Höhe von 149 T€ (Vorjahr 126 T€) ein Fördermittelkonto, das nur für förderfähige Ausgaben der Ausbildungsstätte in Anspruch genommen werden kann sowie ein in Höhe von 85 T€ (Vorjahr 85 T€) verpfändetes Festgeld. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist geordnet.

10. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

Die demografische Voraussetzung in der Region bleibt weiterhin schwierig. Darüber hinaus erschwert der gestiegene Bedarf an Auszubildenden in allen Berufszweigen die Besetzung der Ausbildungsstellen. Die Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes (PflBRefG) vom 07. Juli 2017, das die Zusammenführung der Berufe der Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege in das Berufsbild des Pflegefachmanns/ der Pflegefachfrau beschlossen hat, ist auf einem guten Weg. Eine neue Herausforderung ist die neue Prüfungsverordnung, die das erste Mal im dritten Quartal 2022 in der Abschlussprüfung umgesetzt werden muss. Das Pauschalbudget für die generalisierte Ausbildung wird noch für 2022 gelten. Die Finanzierung der Pflegeausbildung nach dem alten Gesetz erfolgt über das Ausbildungsbudget. Gemäß aktueller Gesetzeslage dürfen ab 2029 nur noch Medizinpädagogen mit einem Diplom- oder Masterabschluss unterrichten. Dieses Risiko konnte minimiert werden, da die Gesellschaft davon ausgeht, dass die getroffenen Maßnahmen, z.B. Qualifizierungen, dazu führen, dass bis 2025 das gesamte Lehrpersonal entsprechend der gesetzlichen Forderung qualifiziert ist. Die Belastung der MBN durch die derzeit studierenden Lehrkräfte in Organisation und Finanzierung bleibt dadurch jedoch erstmal bestehen. Der Ausbau des Fort- und Weiterbildungsprogramm wird auch 2022 weiter betrieben und kann zu einer verbesserten Einnahmesituation führen. Mit Inkrafttreten des Gute-Kita-Gesetzes im Januar 2019 stellt der Bund bis 2022 5,5 Mrd. € für den qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung zur Verfügung. Entsprechende Maßnahmen werden mit dem Bund individuell auf Landesebene vertraglich geregelt. Durch die erwarteten steigenden Ausbildungszahlen wird in den nächsten Jahren auch ein wachsender Bedarf an Wohnheimplätzen erwartet. Aktuell arbeitet das Wohnheim nicht kostendeckend. Dies ist strukturell begründet. Während die nicht vorzuhaltenden Plätze durch Langzeitvermietungen gut besetzt sind, ist die Auslastung der für die Lehrlinge des Landkreises vorzuhaltenden Plätze, bedingt durch den Schulturnus, im Wochenrhythmus stark schwankend. Der Bereich wird seit Jahren durch Zuschüsse des Landkreises und Beiträge der Schule alimentiert. Das Betreiben des Wohnheimes wird auch auf lange Sicht ohne Zuschuss des Landkreises nicht möglich sein. Bestandsgefährdende Risiken für die Gesellschaft haben im Geschäftsjahr 2021 nicht bestanden und bestehen auch gegenwärtig nicht. Das Leistungsgeschehen am Anfang des Geschäftsjahres 2022 liegt, vor allem auf Grund der nicht besetzten Ausbildungsplätze, unter den Planleistungen. Durch die weiter geltende Eindämmungsverordnung sind weiterhin Minderauslastungen in den Fortbildungskursen zu verzeichnen. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung steht zu erwarten, dass die geplanten Leistungen auch über den Jahresverlauf nicht erreicht werden. Da den Erlösminderungen teilweise Ausgleichsansprüche gegenüberstehen und höhere Abrechnungssätze in der Schule vereinbart werden sollen, geht die Geschäftsführung davon aus, dass im Geschäftsjahr 2022 das geplante, leicht positive Ergebnis in Höhe von 5 T€ erwirtschaftet werden kann und erwartet eine stabile Liquiditätsentwicklung.

11. Weitere Informationen

Bilanz

Aktiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.244,00	2.376,00

II. Sachanlagen	195.795,00	214.843,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.570,26	18.968,18
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	45.935,25	158.663,19
3. Forderungen gegen Gesellschafter	173.163,54	299.379,22
4. Sonstige Vermögensgegenstände	168.305,62	152.693,44
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	485.305,24	242.060,98
C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	9.454,86	5.856,37
Bilanzsumme	1.091.773,77	1.094.840,38

Passiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	338.205,79	296.541,86
III. Jahresüberschuss	6.969,32	41.663,93
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	103.908,00	106.843,00
C. Rückstellungen	70.503,28	107.809,44
D. Verbindlichkeiten	546.447,38	516.532,15
E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	740,00	450,00
Bilanzsumme	1.091.773,77	1.094.840,38

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
Umsatzerlöse	3.598.875,60	3.426.447,38
Sonstige betriebliche Erträge	167.172,33	203.152,46
Materialaufwand	406.475,56	380.044,53
Personalaufwand	2.486.248,28	2.268.500,22
Abschreibungen	45.760,12	58.269,51
Sonstige betriebliche Aufwendungen	820.168,26	880.990,08
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	256,62	255,75
Zinsen und sonstige Aufwendungen	542,70	1.289,45
Jahresüberschuss	6.969,32	41.663,93

6.5 HOSPA gemeinnützige Gesellschaft für Hospiz- und Palliativbetreuung mbH

1. Unternehmensdaten

Name	HOSPA gemeinnützige Gesellschaft für Hospiz- und Palliativbetreuung mbH
Unternehmenssitz	Fehrbelliner Straße 38, 16816 Neuruppin
Geschäftsführung	Prof. Dr. Nürnberg Angela Laumert
Telefon	03391/39-0
E-Mail	gf@ukrb.de
Gründungsdatum	03.05.2006
Beitrittsbeschluss durch Kreistag	15.01.2007
Prüfrechte (§§ 53, 54 HGrG)	Die Prüfung wurde auf Ebene des Konzerns PRO Klinik Holding GmbH zusammengefasst durchgeführt.
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	vom 03.05.2007, zuletzt geändert am 14.10.2014
Stammkapital	25.000,00 €

2. Gesellschafterstruktur – Anteile am Stammkapital

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
PRO Klinik Holding GmbH	52,00	13.000,00
Ruppiner Hospiz e. V.	24,00	6.000,00
Onkologischer Schwerpunkt Brandenburg/Nordwest e. V.	24,00	6.000,00
		25.000,00

3. Unternehmensgegenstand

Gegenstand der HOSPA gemeinnützige Gesellschaft für Hospiz- und Palliativbetreuung mbH ist der Aufbau und Betrieb eines Palliativstützpunktes als Koordinationsstelle der palliativmedizinischen Versorgung in Nordwestbrandenburg, der Betrieb eines ambulanten palliativmedizinischen Pflegedienstes, der Betrieb eines häuslichen Betreuungs-, Begleit- und Hilfsdienstes sowie sonstiger Einrichtungen und Betriebe, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar zu dienen geeignet sind. Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin die Betriebsführung des stationären Hospizes, der Koordinationsstelle des ambulanten Hospizdienstes des Ruppiner Hospizes sowie der Nachsorgestelle des OSP e. V. (des regionalen Tumorzentrums). Die genannten Einrichtungen und Aufgaben fassen onkologische, palliativmedizinische und hospizliche Aufgaben zusammen.

4. Eingetragen im HR

Eingetragen im HRB 7571 - Amtsgericht Neuruppin.

5. Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Nürnberg hat nach ihrer Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Geschäftsführers keine Einwendungen und dementsprechend am 25.07.2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

6. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung der HOSPA hat in der ordentlichen Sitzung am 31. August 2022 den Jahresabschluss 2021 festgestellt, den Jahresüberschuss in Höhe von 46.856,39 € auf neue

Rechnung vorgetragen und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021 die Entlastung erteilt.

7. Konzernbeziehung

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der PRO Klinik Holding GmbH, Neuruppin einbezogen.

8. Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahl	2021	2020	2019
Anlagenintensität (AI) in %	11,6	5,7	5,0
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	36,3	41,8	38,5
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in €	-	-	-
Anlagendeckungsgrad (ADG II) in %	II 312,6	728,4	767,9
Zinsaufwandsquote (ZAQ) in %	0,02	0,01	0,01
Liquidität 3. Grades (LQ III) in %	139,3	162,8	154,1
Cashflow (CF) in €	84.934,54	36.820,31	36.820,31
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %	1,9	0,6	0,3
Umsatz (UE) in €	6.966.749,75	6.476.299,82	6.183.346,32
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (JU/JF) in €	46.896,61	13.200,94	6.015,30
Personalaufwandsquote (PAQ) in %	31,1	33,3	31,6
Anzahl der Mitarbeiter (MA)	57	59	57

9. Verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Seit Übernahme der Mehrheitsanteile der Gesellschaft durch die PRO Klinik Holding GmbH zum 01.01.2007 gehört die HOSPA gemeinnützige Gesellschaft für Hospiz- und Palliativbetreuung mbH (HOSPA) zum Konzernverbund der PRO Klinik Holding GmbH. Sitz der Gesellschaft ist die Fehrbelliner Straße 38 in 16816 Neuruppin.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft bezieht sich auf den Betrieb eines stationären und ambulanten Hospizes, eines häuslichen Kranken- und Palliativpflegedienstes und eines Palliativstützpunktes.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr ist deutlich durch die Coronakrise gekennzeichnet. Im Januar 2021 gab es einen kompletten Corona-Einbruch im Hospiz, was zu einer vorübergehenden Schließung und deutlichem Personalausfall führte. Die Auswirkungen daraus auf die Gesellschaft sind in allen Geschäftsbereichen spürbar, wurden durch die gesetzlichen Ausgleichsmechanismen allerdings finanziell abgedeckt, so dass trotz der Leistungsrückgänge und Mehraufwendungen ein positives Jahresergebnis erwirtschaftet werden konnte. Das stationäre Hospiz blieb deutlich unter der geplanten Belegung, aber aufgrund der Ausgleichszahlungen nicht unter den geplanten Erlösen. Der ambulante Hospizdienst konnte seine Tätigkeit nur sehr eingeschränkt ausüben. Ungeachtet bleibt die Förderung auf der Basis der Vorjahre. Der Palliativstützpunkt hat sich erfreulicherweise uneingeschränkt entwickelt. Das stationäre Hospiz Haus Wegwarte verzeichnete im Geschäftsjahr 2021 coronabedingt eine unterdurchschnittliche Auslastung. Es wurden mit insgesamt 214 Fällen (Vorjahr 173) aber trotz Corona mehr Gäste als 2020 aufgenommen. Die Berechnungstage liegen bei einem Wert von 3.222 unter denen des Vorjahres (4.204). Der Nutzungsgrad lag mit 73,4 % weit unter dem Niveau des Vorjahres (95,7 %). Die durchschnittliche Belegung von 8,22 Gäste/Tag mit einer Verweildauer von 14,1 Tagen liegt ebenfalls unter den Werten des Vorjahres (11,0 Gäste/Tag mit einer Verweildauer von 23,3 Tagen). Der Tagesbezogene Bedarfssatz hat sich ab 01. Juni 2021 je vollstationärem Platz auf 416,19 € (vorher 401,09 €) erhöht. Der Eigenanteil dieser Kosten betrug weiterhin 5,0 %. Die reduzierten Zahlen des Geschäftsjahres 2021 finden ihre Be-

gründung in den Auswirkungen der Coronapandemie. Das Tageshospiz musste coronabedingt erneut für mehrere Monate geschlossen werden, so dass der für das Geschäftsjahr geplante weitere Ausbau nicht weiter forciert werden konnte. Dies macht sich auch an der Entwicklung der Pflegetage bemerkbar, da nur 186 Pflegetage (Vorjahr 319) abgerechnet werden konnten. Somit ergab sich bei den verhandelten 20 teilstationären Plätzen pro Woche und 800 Abrechnungstagen, lediglich eine durchschnittliche Auslastung von 21,1 % (Vorjahr 39,9 %). Die Schließung führte allerdings nicht zu großen finanziellen Einbußen, da das Personal im Hospiz zum Einsatz kam und die Mindereinnahmen durch die Regelungen nach § 150 Abs. 2 SGB IX weitestgehend ausgeglichen worden sind. Über das Spendenaufkommen des Ruppiner Hospiz e.V. (5,0 % vom Budget) sind die Eigenanteile durch Spendenmittel, Sachleistungen und Leistungen der ehrenamtlichen Mitarbeiter trotz Coronakrise erbracht worden.

Der ambulante Hospizdienst (AHD) wurde durch die Pflegekassen im Geschäftsjahr 2021 weiterhin gefördert (Basis Daten 2019). Mit den Pflegekassen ist bereits 2020 eine Personalaufstockung abgestimmt worden. Es war in 2021 jedoch nicht möglich, eine geeignete 3. Fachkraft zu binden. Besuche konnten unter den strengeren Corona-Bedingungen nur eingeschränkt durchgeführt werden. Der AHD koordinierte und betreute insgesamt 67 (Vorjahr 65) aktive ehrenamtliche Hospizhelfer. 79 (Vorjahr 91) schwerstkranke Menschen wurden ambulant – zu Hause, im Pflegeheim, im betreuten Wohnen oder in ähnliche Situation begleitet; 14 (Vorjahr 13) davon innerhalb der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV). 5 (Vorjahr 8) Betreute waren gleichzeitig Gäste des Tageshospizes. Einige ehrenamtliche Hospizmitarbeiterinnen (EA) unterstützten im 2. Halbjahr die festangestellten Kolleginnen im Tageshospiz. Obwohl die ehrenamtlichen Mitarbeiter während der Hochphase der Corona-Pandemie nur sehr eingeschränkt agieren konnten, ist das Engagement ungebrochen. Im 1. Halbjahr konnten kaum Betreuungen durchgeführt werden. Im 2. Halbjahr unterstützten die EA in 1.937 (Vorjahr 3.344) Besuchen bzw. Telefonaten diese Betroffenen. Leider waren aufgrund der coronabedingten Einschränkungen nur wenige Besuche möglich. 23 Angehörige wurden auf Wunsch von den Hauptamtlichen zusätzlich in der Trauer begleitet. Die Hospizhelfer *innen übernahmen durchschnittlich 1,2 Begleitungen. Eine Begleitung bestand durchschnittlich aus 15,8 Besuchen bzw. Telefonaten. Ein Besuch bzw. Telefonat hatte einen Zeitaufwand von durchschnittlich 1,5 h (90 Minuten).

Auch 2021 konnte das Projekt „Hospiz macht Schule“ leider nicht durchgeführt werden. Der Palliativstützpunkt (PCT) konsolidierte sich in der Regelfinanzierung trotz Corona-Krise weiter (Vertragsabschluss 2009 im Rahmen der SAPV). Die in 2019 stattgefundene Ausgliederung des PCT Oberhavel-Henningsdorf wurde komplett kompensiert. In den Bereichen Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel haben sich die Fallzahlen der versorgten Patienten im Jahr 2021 um rd. 21,0 % erhöht. Zum 01. Oktober 2021 wurde eine erneute Entgelterhöhung der Pauschalen um 3,0 % vorgenommen. Im Jahr 2021 wurden 879 neue Palliativpatienten (Vorjahr 727) aufgenommen, das sind durchschnittlich 74 neue Patienten pro Monat (Vorjahr 61). Die Zahl der Kumulativ-Betreuungen lag mit 2.880 allerdings unter der des Vorjahres (3.216). In den Bereichen Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel haben sich die Fallzahlen trotz Corona Situation stabilisiert. Die Qualitätszirkel konnten aufgrund der Corona-Pandemie lediglich online stattfinden. Die neuen Formate im Geschäftsjahr wurden stark frequentiert und waren damit erfolgreich. Auch Teamsitzungen sowie Fallbesprechungen wurde in digitaler Art durchgeführt, ebenso wie die Supervision. 2021 ist eine kürzere Verweildauer zu erkennen. Durchschnittlich wurden insgesamt (einschließlich neuer Patienten) pro Monat 237 Patienten (Vorjahr 268) betreut. Der Palliativstützpunkt konnte weitere neue Kooperationspartner zur Versorgung der Palliativpatienten dazu gewinnen, 4 neue Palliativmediziner und 6 neue Palliativpflegedienste. Die Betreuung der Patienten konnte damit durch insgesamt 50 Palliativärzte und 62 Palliativpflegedienste inklusive 7 Senioren- und Pflegeheime (Vorjahr 45/56) sichergestellt werden. Auch die Betreuung durch den ambulanten Pflegedienst war durch die Corona-Bedingungen eingeschränkt. Die Versorgung durch den Palliativ- und Pflegedienst (HospaMobil) stellt sich gegenüber dem Vorjahr mit monatlich durchschnittlich 110 Patienten (Vorjahr 109) nahezu unverändert dar. Die Leistungserlöse lagen mit 661 T€ (Vorjahr 664 T€) ebenfalls in der gleichen Größenordnung. Der Palliativ-Erlösanteil lag im Geschäftsjahr mit 87 T€, bzw. 13,2 % (Vorjahr 117 T€; 17,6 %) deutlich unter dem Vorjahresniveau. Die Mindereinnahmen aus dem coronabedingten Leistungsrückgang wurden nach § 150 Abs. 2 SGB XI geltend gemacht. Dieser Bereich bleibt weiterhin eine Schwerpunktaufgabe. Ein weiterer Ausbau des Pflegedienstes bleibt sinnvoll und würde zu kostengünstigeren Strukturen führen, jedoch erweist sich

die Personalrekrutierung im Bereich der HospaMobil weiterhin als problematisch und die Personalsituation bleibt kritisch. Eine notwendige Erhöhung des Personalbestandes konnte im Geschäftsjahr 2021 aufgrund des Fachkräftemangels nicht realisiert werden.

Trotz des Coroneinbruchs im Hospiz gelang der Gesellschaft ein Jahresergebnis in Höhe von 46 T€ zu erwirtschaften, das damit sogar 29 T€ über dem Planergebnis liegt. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 weist die Gesellschaft bei einer Bilanzsumme von 2.584 T€ ein Eigenkapital von 938 T€ (Vorjahr 891 T€) aus. Trotz des Jahresüberschusses sinkt die Eigenkapitalquote von 41,7 % auf 36,3 % bedingt durch höhere Honorarverbindlichkeiten/-rückstellungen. Die Gesellschaft hat ein Darlehen in Höhe von 200 T€ an die Trägergesellschaft des Hospizes in Wittenberge zur Unterstützung in der Anlaufphase ausgereicht. Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 490 T€ auf 6.967 T€ gestiegen. Die Umsatzerhöhung geht einher mit einer Erhöhung des Materialaufwandes um 447 T€ (+ 11,3 %) bei annähernd gleich gebliebenen Personalaufwendungen (+ 12 T€; + 0,5 %). Trotz um 30 T€ geringerer sonstiger betrieblicher Erträge (- 15,7 %) konnten die Kostensteigerungen durch die Umsatzerlössteigerungen vollständig kompensiert werden und sind ursächlich für die Erhöhung des Jahresüberschusses im Vergleich zu 2020. Alle Geschäftsbereiche haben Umsatzsteigerungen zu verzeichnen, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Die Umsatzsteigerungen im Hospizbereich und in HospaMobil sind allerdings im hohem Maße durch die Corona-Ausgleichszahlungen für die Mindereinnahmen (516 T€; Vorjahr 84,6 T€) bewirkt. So war als Resultat des Coronavorfalles im Hospiz das Tageshospiz mehrere Monate geschlossen und im stationären Bereich die Auslastung bis in den Frühsommer hinein unterdurchschnittlich. Den wesentlichsten Anteil an der Umsatzsteigerung trägt der Palliativstützpunkt (+ 427 T€) – vor allem resultierend aus Mengensteigerungseffekten. Aus den seit Oktober 2020 gewährten Ausbildungsausgleichsbeträgen hat die Gesellschaft 25 T€ (Vorjahr 6 T€) vereinnahmt. Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich entgegen der Planung nur um 30 T€ verringert, da der Rückgang der Erträge aus Zuwendungen und Zuschüsse aufgrund des um 28 T€ gestiegenen Zuschusses für den Ambulanten Hospizdienstes geringer ausfiel als erwartet. Die Personalkosten stellen sich trotz vorgenommener Entgelterhöhungen aufgrund der gesunkenen VK-Zahl (42,0 VK gegenüber 44,3 VK im Vorjahr) mit 2.169 T€ (Vorjahr 2.157 T€) nahezu unverändert dar. Die Erlöse aus den Kostensatzsteigerungen und den Ausgleichszahlungen in Verbindung mit geringeren Personalkosten führen zu einer Verbesserung des Geschäftsbereichsergebnisses des Hospizes gegenüber dem Vorjahr. Das Hospiz trägt den größten Anteil zum Jahresüberschuss bei. Der Fallzahl-induzierten Erhöhung der Erträge aus der Palliativpatientenbetreuung steht ein entsprechender Anstieg der Honoraraufwendungen entgegen. Die höhere Anzahl an Neupatienten im Zusammenspiel mit der am dem 01. Oktober 2021 wirkenden Kostensatzerhöhung reichten zur Refinanzierung der gestiegenen Personal- und Sachkosten aus. Aufgrund eines abgeschlossenen Vergleiches ist das Geschäftsbereichsergebnis mit periodenfremden Honoraraufwendungen belastet und stellt sich gegenüber dem Vorjahr leicht verringert dar, trägt aber nichtsdestotrotz, maßgeblich zum Jahresüberschuss 2021 bei. Die Personalsituation stellt sich in der HospaMobil weiterhin problematisch dar. Dies wirkt sich insbesondere bei den Erträgen aus der Palliativversorgung aus, die sich in 2021 im Vergleich zum Vorjahr noch einmal erheblich verringerten, aber aufgrund der Corona Ausgleichszahlungen nur zu geringeren Ergebnisauswirkungen führten. Im Wesentlichen gesunkene Aus- und Fortbildungskosten und geringere Instandhaltungskosten führen trotz höherer Verwaltungsaufwendungen zum Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die im Vergleich zum Vorjahr um 26 T€ auf 483 T€ gesunken sind. Die Liquidität der Gesellschaft war im Jahr 2021 gesichert und die zur Verfügung stehenden liquiden Mittel reichten jederzeit aus, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Die Gesellschaft verfügt zum Stichtag über einen Finanzmittelfonds in Höhe von 325 T€ (Vorjahr 789 T€), davon 125 T€ (Vorjahr 239 T€) im Cashpool. Kurzfristig nicht benötigte Finanzmittel sind außerhalb des Cashpools angelegt worden, um die seit Dezember 2019 belasteten Negativzinsen zu minimieren. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens ist geordnet.

10. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

Die Entwicklung der Gesellschaft ist wesentlich durch die Geschäftsbereiche Hospiz und Palliativstützpunkt beeinflusst. Durch die in 2013 erfolgte Platzvergrößerung des stationären Hospizes und den Aufbau des Tageshospizes wurde zum einen das Erlöspotential gesteigert, zum anderen erhöhte sich das Auslastungsrisiko. Eine Verschlechterung der Auslastungssituation im Zusammen-

hang mit der in 2014 erfolgten Eröffnung eines Hospizes in Oranienburg ist nicht erfolgt, auch die Eröffnung des Hospizes in der Prignitz im Januar 2021 hat sich bisher nicht negativ ausgewirkt. Langfristig muss jedoch aufgrund des wachsenden Bedarfes mit dem Aufbau weiterer Hospizkapazitäten gerechnet werden, was sich negativ auf die Auslastung und damit auf die Erlössituation auswirkt. Als Auswirkung aus dem am 08. Dezember 2015 in Kraft getretenen Hospiz- und Palliativgesetz (HPG) erwartet die Gesellschaft weiterhin Ertragssteigerungen aus den sich weiter erhöhenden Mindestpflegesätzen. Mit Inkrafttreten des Pflegepersonals-Stärkungsgesetzes (PpSG) wurde der GKV-Spitzenverband beauftragt erstmals bis zum 30. September 2019 einen einheitlichen Rahmenvertrag über die Durchführung der Leistungen nach § 37b SGB V (SAPV) zu vereinbaren. Dies ist allerdings bisher nicht erfolgt. Die Auswirkungen daraus auf die Gesellschaft sind derzeit nicht abzuschätzen. Für den Bereich des Ambulanten Hospizdienstes (AHD) ist in Abstimmung mit den Pflegekassen eine Personalaufstockung möglich. Die erhöhten Personalkosten werden durch die entsprechende Förderung durch die Pflegekassen gedeckt. Weiterhin besteht ein Personalproblem im Pflegebereich. Hier ist es schwer, qualifiziertes Personal zu rekrutieren, da die Bewerberlage sich quantitativ und qualitativ weiterhin negativ entwickelt. Um dem entgegen zu wirken, wird sich die Gesellschaft in 2022 bei der Vergütungsstruktur wieder an die Ruppiner Kliniken GmbH für den stationären Pflegebereich anlehnen. Der Bedarf an stationärer und ambulanter Pflege ist nachhaltig vorhanden. Das Leistungsgeschehen am Anfang des Geschäftsjahres liegt im Hospiz auf dem geplanten Niveau. Die Geschäftsführung geht zum Zeitpunkt der Berichtserstellung davon aus, dass die geplanten Leistungen auch über den Jahresverlauf erreicht werden können. Vor dem Hintergrund der bis Ende Juni laufenden Ausgleichsansprüche bei Mindereinnahmen und erwarteten Kostensatzerhöhungen in allen Geschäftsbereichen wird trotz der steigenden Personalkosten mit einem positiven Jahresergebnis leicht unter dem Niveau des aktuellen Geschäftsjahres und einer stabilen Liquiditätsentwicklung gerechnet. Bestandsgefährdende Risiken für die Gesellschaft haben im Geschäftsjahr 2021 nicht bestanden und bestehen auch gegenwärtig nicht.

11. Weitere Informationen

Bilanz

Aktiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	9.097,00	12.216,00
II. Sachanlagen	91.009,00	110.126,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.387.659,05	1.066.307,01
2. Forderungen gegen Gesellschafter	192.895,91	321.873,20
3. Sonstige Vermögensgegenstände	500.428,86	70.599,44
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	200.000,00	549.993,06
C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	3.064,25	3.064,25
Bilanzsumme	2.584.154,07	2.134.178,96

Passiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	6.500,00	6.500,00
III. Gewinnvortrag	859.685,65	846.484,71
IV. Jahresüberschuss	46.856,39	13.200,94
B. Rückstellungen	1.009.901,34	461.211,33

C. Verbindlichkeiten	627.715,69	772.467,98
Bilanzsumme	2.584.154,07	2.134.178,96

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2021	31.12.2020
Umsatzerlöse	6.966.749,75	6.476.299,82
Sonstige betriebliche Erträge	158.970,93	188.657,15
Materialaufwand	4.386.800,33	3.939.863,87
Personalaufwand	2.168.522,98	2.156.878,44
Abschreibungen	38.078,15	43.581,69
Sonstige betriebliche Aufwendungen	482.771,19	509.043,46
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,11	0,15
Zinsen und sonstige Aufwendungen	1.103,58	392,50
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00
Sonstige Steuern	2.040,22	1.996,22
Jahresüberschuss	46.856,39	13.200,94

6.6 Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH

1. Unternehmensdaten

Name	Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH
Unternehmenssitz	Fehrbelliner Straße 38, 16816 Neuruppin
Geschäftsführung	Dr. Gerrit Fleige Uni.-Prof. h.c. Dr. h.c. Edmund Neugebauer (bis 31.08.2021) Univ.-Prof. Dr. med. Dr. h.v. mult. Hans-Uwe Simon (ab 01.09.2021)
Telefon	03391/350402
E-Mail	dekanat@mhb-fontane.de
Gründungsdatum	28.02.2007
Beitrittsgenehmigung	war bis 1993 nicht erforderlich
Beitrittsbeschluss durch die Gesellschafterversammlung der PRO Klinik Holding GmbH vom	05.11.2007
Prüfrechte (§§ 53, 54 HGrG)	Die Prüfung wurde auf Ebene des Konzerns PRO Klinik Holding GmbH zusammengefasst durchgeführt.
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	vom 28.02.2007, zuletzt geändert am 21.12.2017
Stammkapital	100.000,00 €

2. Gesellschafterstruktur – Anteile am Stammkapital

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
Ruppiner Kliniken GmbH	33,33	33.330,00
Klinikum Brandenburg GmbH	33,33	33.330,00
Sparkasse Ostprignitz-Ruppin	11,11	11.110,00
Stadtwerke Neuruppin GmbH	11,11	11.110,00
Immanuel Diakonie GmbH	11,12	11.120,00
		100.000,00

3. Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Medizinischen Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH (MHB Campus GmbH) ist die Gewinnung von Medizinern zur Sicherung der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Die Zwecke der Gesellschaft sind die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Gesundheitspflege, die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe. Daneben kann die Gesellschaft auch die ideelle und finanzielle Förderung anderer steuerbegünstigter Körperschaften, von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auch von ausländischen Körperschaften zur Förderung von Wissenschaft und Forschung vornehmen.

4. Eingetragen im HR

Eingetragen im HRB 7829 – Amtsgericht Neuruppin.

5. Organe der Gesellschaft

Organe	Vertreter	Gremienmitglied	Bemerkung
Geschäftsführung	Präsident	Uni.-Prof. h.c. Dr. h.c. Edmund Neugebauer	bis 31.08.2021

	Kanzler	Univ.-Prof. Dr. med. Dr. h.c. mult. Hans-Uwe Simon Dr. Gerrit Fleige	ab 01.09.2021
Aufsichtsrat	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	Ralf Reinhardt	Vorsitzender
	Fontanestadt Neuruppin Immanuel Diakonie GmbH	Daniela Kuzu Alexander Mommert	
	Sparkasse Ostprignitz-Ruppin	Ralf Osterberg	
	Oberbürgermeister Brandenburg an der Havel	Steffen Scheller	
	Städtisches Klinikum Brandenburg	Olaf String Dr. Margit Spielmann Dr. Matthias Voth Angela Laumert Ronny Kretschmer	
Gesellschafterversammlung	Immanuel Diakonie GmbH Universitätsklinikum Ruppin- Brandenburg	Prof. Dr. Joachim Schindler Dr. Gunnar Pietzner Dr. Matthias Voth	Vorsitzender bis April 2021
	Klinikum Brandenburg GmbH	Gabriele Wolter	
	Sparkasse Ostprignitz-Ruppin	Markus Rück Ralf Osterberg	
	Stadtwerke Neuruppin GmbH	Joachim Zindler Thorlf Uebach	

6. Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Die CURACON Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Münster hat nach ihrer Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Geschäftsführers keine Einwendungen und dementsprechend am 15.02.2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

7. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung der MHB CAMPUS GmbH hat in ihrer Sitzungen am 21.03.2022 den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2020/2021 (01.10.2020 - 30.09.2021) festgestellt, den Jahresüberschuss in Höhe von 916.014,55 € auf neue Rechnung vorgetragen und der Geschäftsführung die Entlastung erteilt.

8. Konzernbeziehung

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der PRO Klinik Holding GmbH, Neuruppin einbezogen.

9. Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahl	01.10.2020- 30.09.2021	01.10.2019- 30.09.2020	01.10.18- 30.09.2019
Anlagenintensität (AI) in %	12,31	7,41	7,2
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	0,00	0,00	0,0
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in €	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckungsgrad (ADG II) in %	298,84	105,50	117,7
Zinsaufwandsquote (ZAQ) in %	0,18	0,39	0,4
Liquidität 3. Grades (LQ III) in %	139,45	78,16	66,2
Cashflow (CF) in €	1.722.995,04 €	- 341.873,39 €	-983.673,11
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %	2,64	-2,55	-7,8
Umsatz (UE) in €	21.611.719,25 €	13.113.076,09 €	10.771.519,40
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (JU/JF) in €	916.014,55 €	- 693.063,09 €	-1.274.054,08
Personalaufwandsquote (PAQ) in %	46,43	55,27	63,4
Anzahl der Mitarbeiter (MA)	270	205	204

10. Verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Die Gesellschaft wurde 2007 gegründet und firmierte bis zum 04.04.2014 als CAMPUS Neuruppin GmbH. Sitz der Gesellschaft ist seit dem 18.07.2014 die Fehrbelliner Str. 38 in 16816 Neuruppin.

Die Geschäftstätigkeit bezieht sich auf die Förderung von Wissenschaft und Forschung, die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Gesundheitspflege sowie die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsausbildung einschließlich der Studentenhilfe. Ziel der MHB CAMPUS GmbH ist die Gewinnung von Medizinern zur Sicherung der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Dazu betreibt die Gesellschaft die Medizinische Hochschule Brandenburg Theodor Fontane (MHB) mit den Campus in Neuruppin und Brandenburg an der Havel, dem Hochschulklinikum Herzzentrum Bernau, der Hochschulabteilung in Rüdersdorf und dem Institutsstandort in Senftenberg. Darüber hinaus kooperiert die MHB mit zahlreichen Partnern in der Gesundheitsversorgung in Brandenburg und über die Landesgrenzen hinaus, um die medizinische Versorgung, insbesondere in strukturschwachen Regionen, zu unterstützen – natürlich mit dem Ziel diese langfristig und bedarfsgerecht aufrechtzuerhalten und mitzugestalten.

Geschäftsverlauf

Die finanzielle Situation der MHB im Frühjahr 2019 erforderte die Planung eines Aufwuchses der Studierendenzahlen. Infolgedessen hat sich die Geschäftsführung in Abstimmung mit Gesellschaftern, Aufsichtsrat, Fakultätsleitung und Senat für eine zusätzliche Kohorte von 25 Studierenden zum Wintersemester 2019/2020 entschieden. Darüber hinaus wurde die zukünftige Immatrikulation zum Wintersemester (je 48 Studierende) beschlossen. Die Studienbeiträge für das Studium der Humanmedizin sind an der MHB auf 125 TEUR bemessen. Die abgeschlossenen Kooperationsvereinbarungen und Darlehenszusagen tragen zur Verringerung des Ausfallrisikos der Studienbeiträge maßgeblich bei. Die Ausbildung von medizinischen und psychologischen Fachkräften an der

Hochschule trägt insbesondere zur persönlichen Bindung an den jeweiligen Standorten bei und unterstützt somit die Gesellschafter und Kooperationspartner bei der Fachkräftebindung. Darüber hinaus stellte die MHB zum Wintersemester 2020/2021 auf den Direktstudiengang Psychotherapie um. Die Einführung des Direktstudiengangs Psychotherapie an der MHB ist ein Alleinstellungsmerkmal, da bisher keine weitere deutsche Universität den Master des Direktstudiengangs Psychotherapie eingeführt hat. Dennoch ist der Markt der Psychologiestudiengänge sehr kompetitiv. Die MHB hat den echten Wettbewerbsvorteil genutzt und startete zum Wintersemester 2020/2021 als erste Universität in Deutschland den Direktstudiengang Psychotherapie mit den ersten 40 Masterstudierenden. Die Wettbewerbssituation zwischen der Psychologie und Medizin hat sich bisher deutlich unterschieden. Der Unterschied lässt sich sehr gut an den Bewerberzahlen ablesen. Während für den Medizinstudiengang im Geschäftsjahr 2020/2021 rund 450 Bewerbungen pro Kohorte eingegangen sind, waren es in der Psychologie für den Bachelorstudiengang rund 207 (WiSe: 125; SoSe: 81) Bewerbungen. Die Einführung des Direktstudiengangs zur Psychotherapie wirkt sich bereits auf die Bewerberlage aus. Der Zugang zum Masterprogramm des Direktstudienganges Psychotherapie (WiSe: 40) ist bisher nur für Bachelorabsolventen der MHB möglich. Der Zugang von externen Bachelorabsolventen ist in Planung. Die Wettbewerbssituation im Bereich Psychologie wird weiterhin maßgeblich durch die räumliche Konzentration anderer privater und staatlicher Hochschulen in Berlin und Brandenburg beeinflusst. Die intensiven Marketingmaßnahmen seit 2017 haben jedoch gute Erfolge gezeigt. Der Wettbewerb zum Medizinstudiengang der MHB ist kompetitiver geworden. Die MHB hat zwei ernstzunehmende Wettbewerber in unmittelbarer räumlicher Nähe. Für das zum 01. Oktober 2020 begonnene Semester im Medizinstudiengang mit 48 Plätzen, konnten zum Wintersemester 2020/2021 insgesamt 16 Darlehensplätze durch kooperierende Krankenhäuser an Studierende vergeben werden. Für das zum 01. April 2020 beginnende Sommersemester im Medizinstudiengang mit 49 Plätzen konnten insgesamt 17 Darlehensplätze durch kooperierende Krankenhäuser an Studierende vergeben werden. Der Studienbetrieb verlief im Medizinstudiengang im Geschäftsjahr 2020/2021 nahezu planmäßig. Die MHB-Studierenden der Medizin nahmen wiederholt am Vergleichstest zum Lernfortschritt, dem sog. „Progress Test Medizin“, teil und schnitten durchweg positiv ab. Im April 2021 absolvierten 47 Studierende der Medizin das zweite Staatsexamen. Im Juli 2021 absolvierten 36 Studierende die Prüfung zum dritten Staatsexamen erfolgreich. Ein Studierender musste in die Nachprüfung zum dritten Staatsexamen. Die Nachprüfung wurde erfolgreich absolviert. Am 28. August 2021 verabschiedete die MHB feierlich die ersten 36 Medizin-Absolventen in Brandenburg an der Havel. Im Geschäftsjahr 2020/2021 wurden 11 Medizin-Studierende aus unterschiedlichen Gründen exmatrikuliert. Zum Wintersemester 2020/2021 wurden 68 Studierende in der Psychologie immatrikuliert. Zum Sommersemester 2021 wurden 24 Studierende in der Psychologie immatrikuliert. In der Psychologie sind unterjährig 8 Studierende aus persönlichen Gründen oder endgültigem Nichtbestehen einer Prüfung exmatrikuliert worden. Ihr Studium erfolgreich beendet haben 55 Studierende der Psychologie. Die Einschränkungen im Rahmen der Corona-Pandemie konnte die MHB sehr gut mithilfe der vorhandenen technischen Ausstattung (Videokonferenzsysteme an allen Standorten) kompensieren. Die Lehre im Wintersemester 2020/2021 fand weitestgehend virtuell statt. Zum Sommersemester 2021 stellte die MHB die Lehre auf Teilpräsenzlehre um. Die Weiterentwicklung des BMM ist essentiell für die Aufrechterhaltung des Alleinstellungsmerkmals des Medizinstudiengangs der MHB. Der Prozess zur Weiterentwicklung geht gut voran. Die Fakultätsleitung der FMP koordiniert die Aktivitäten. Sie steuert die Kommunikation, sammelt Erwartungen und setzt Ziele. Die Projektgruppe hat die Weiterentwicklungsplanung aufgenommen und u.a. das Auswahlverfahren um die Stärkung der Brandenburg-Bindung, der Einführung einer Prüfungsfragendatenbank und der Professionalisierung der Evaluation als zentraler Bestandteil der Studiengangs- und Universitätsentwicklung etabliert. Darüber hinaus schreitet die Einführung eines Campus Managements Systems (CMS) an der MHB weiter voran. Das CMS ist im Arbeitsalltag der Mitarbeiter*innen der MHB integriert und verdeutlicht sukzessive den Mehrwert einer zentralen Datenbank. Des Weiteren verfügen alle Studierenden über den Zugriff auf das Web-Portal, durch das die Studierenden u.a. Stundenpläne und Notenübersichten sowie Anträge und Dokumente abrufen können. Die Dozierenden erhalten mit dem Web-Portal eine Übersicht zu bevorstehenden Lehrveranstaltungen sowie die Möglichkeit die Abwesenheiten und Noten der Studierenden online einzupflegen. Die Implementierung von weiteren Funktionen im CMS ist in Planung. Seit der Idee der Gründung der MHB gibt es den Wunsch einer direkten Unterstützung der MHB durch das Land Brandenburg. Die

Diskussion um eine institutionelle Förderung der MHB durch das Land Brandenburg hat wieder an Aktualität gewonnen. Ein Auslöser ist die Planung der Landesregierung, unter Zuhilfenahme des Strukturwandelprogramms der Lausitz eine medizinische Fakultät an der Universität Cottbus zu etablieren. Die MHB konnte bereits im Sommer 2020 einen ersten Erfolg erzielen. Die MHB wurde im laufenden Nachtragshaushalt des Landes Brandenburg für das Jahr 2020, zusätzlich zu der FGW-Förderung i.H.v. 1,60 Mio. €, mit einer 5,00 Mio. € Projektförderung berücksichtigt. Die Projektförderung dient dem Ausbau der Forschungsaktivitäten und Leistungsfähigkeit der MHB, insbesondere mit Blick auf die Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat im Jahr 2024. Die Verausgabung der Projektförderung für das Kalenderjahr 2020 ist planmäßig abgelaufen. Die Projektförderung 2020 wurde in Höhe von 5,00 Mio. € verausgabt. Die Projektförderung für die Kalenderjahre 2021 bis 2024 soll überwiegend in Personal- und Materialaufwand fließen. Der Zuwendungsbescheid für die Projektförderung 2021 bis 2024 über insgesamt 20,00 Mio. € ist am 22. Juni 2021 eingetroffen. Die Verausgabung der Projektförderung 2021 verläuft planmäßig. Das Projektteam ist zuversichtlich, dass die Projektförderung 2021 vollumfänglich verausgabt wird. Die MHB startete im Geschäftsjahr 2018/2019 mit einem Drittmittelprojektbudget von 1,9 Mio. €. Der Forschungsbereich der MHB entwickelte sich sehr gut. Die Drittmittelleinnahmen sind im Geschäftsjahr 2020/2021 auf knapp 4,2 Mio. € angestiegen. Das Projekt-Team der Personalmanagement (HR-Works) hat ab dem 01.12.2020 einen weiteren Softwarebaustein in Betrieb genommen. Seit dem 01.12.2020 können die Mitarbeiter*innen der MHB die Reisekostenbeantragung und- abrechnung über HR-Works abwickeln. Des Weiteren wurde das Bewerbermanagement der MHB in HR-Works implementiert. Das Projekt-Team plant zurzeit die Implementierung eines Beantragungsprozesses für Bildungsurlaub in HR-Works. Die kaufmännische Geschäftsführerin Frau Martina Gebauer hat die kaufmännische Geschäftsführung zum 30. November 2020 abgegeben. Ab dem 01. Dezember 2020 hat Herr Dr. Gerrit Fleige erneut die interimistische kaufmännische Geschäftsführung der MHB übernommen. Der akademische Geschäftsführer und Präsident der MHB Prof. Dr. Edmund Neugebauer hat sein Amt zum 31. August 2021 aufgegeben. Prof. Neugebauer bleibt der MHB weiter als Seniorprofessor für Versorgungsforschung erhalten. Zum 01. September 2020 hat Herr Prof. Dr. Hans-Uwe Simon die akademische Geschäftsführung und das Amt des Präsidenten der MHB übernommen. Im Geschäftsjahr 2020/2021 wurden sieben Berufungsverfahren eröffnet. Es wurden fünf Berufungsverfahren vollständig abgeschlossen. Die Berufungsverfahren zur Neurologie, Gefäßchirurgie, Methodenlehre (Psychologie) und Klinischen Psychologie und Psychotherapie mit dem Schwerpunkt Verhaltenstherapie wurden abgeschlossen. Zudem wurde das erste Berufungsverfahren der MHB über die FGW abgeschlossen. Die MHB konnte die Professur für Versorgungs- und Gesundheitssystemforschung zum 01. September 2021 berufen. Am 18. Dezember 2018 hat der Fakultätsrat eine neue Grundordnung beschlossen. Mit der neuen Grundordnung schafft die MHB die erforderliche Grundlage zum weiteren Ausbau der Universität. Die Grundordnung schafft insbesondere die Voraussetzungen zum Aufbau weiterer Fakultäten unter dem Dach der MHB, wie z.B. die Fakultät für Gesundheitswissenschaften (FGW). Am 21. Dezember 2018 erteilten auch die Gesellschafter einstimmig ihre Zustimmung zur neuen Fassung der Grundordnung im Umlaufverfahren. Die neue Grundordnung der MHB ist seit dem 01. Januar 2019 in Kraft. Im weiteren Verlauf hatte das MWFK einige Anmerkungen an die beschlossene neue Grundordnung. Die aufsichtsbehördlichen Punkte durch das MWFK flossen durch das MHB-Präsidium in eine überarbeitete Version ein. Während der Senat die überarbeitete Version nicht beschlossen hat, hat die Gesellschafterversammlung der MHB auf Empfehlung des Aufsichtsrates und des wissenschaftlichen Beirates der MHB die überarbeitete Version beschlossen. Dennoch gilt aufgrund der fehlenden Senatszustimmung weiterhin die Grundordnung vom 18. Dezember 2018. Die Hochschulleitung befindet sich aktuell in der Abstimmung mit dem Senat zur Erarbeitung einer gemeinsamen Version der Grundordnung, die im Anschluss den Gesellschaftern der MHB vorgestellt werden soll. Am 16. Und 17. November 2020 fand die Neuwahl des Fakultätsrates der Fakultät für Medizin und Psychologie (FMP) statt. Der Fakultätsrat der Fakultät für Medizin und Psychologie bestätigte in der Fakultätsleitungswahl am 25. Februar 2021 die bisherige Fakultätsleitung. Der Aufsichtsrat und die Gesellschafter haben am 13. Februar 2019 dem Abschluss der Finanzierungsvereinbarung zum Aufbau der FGW zugestimmt. Die Unterzeichnung der Finanzierungsvereinbarung erfolgte am 15. Februar 2019 im MWFK durch die Ministerin und das Präsidium der MHB. Die gemeinsame FGW der MHB, der Universität Potsdam (UNIP) und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTUCS) ist somit gegründet. Die gemeinsa-

me Fakultät für Gesundheitswissenschaften (FGW) befindet sich weiterhin im Aufbau. Die Promotionsordnung der FGW ist seit dem 26. November 2020 in Kraft. Es sind aktuell 51 Promotionsverfahren im Bearbeitungsprozess der MHB. Unter den laufenden Promotionsverfahren sind 15 Verfahren von Medizinstudierenden, hierunter befinden sich drei externe Medizinstudierende. Die MHB hat im November 2021 das erste Promotionsverfahren erfolgreich abgeschlossen. Prof. Dr. med. Cornelius Frömmel hat zum 01. März 2021 die Nachfolge von Prof. Dr. med. Joachim W. Dudenhausen als Gründungsdekan der FGW angetreten. Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat der MHB hat sich weiter etabliert. Der Betriebsrat besteht weiterhin aus 7 Mitgliedern. Die Geschäftsführung hat gemeinsam mit dem Betriebsrat an einer Betriebsvereinbarung zum Thema Arbeitszeit gearbeitet. Die Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeit ist zum 01. Dezember 2021 in Kraft getreten. Die Geschäftsführung und der Betriebsrat planen eine weitere Betriebsvereinbarung zum Thema Vergütung. Die Hochschulankennungsverordnung ist seit Oktober 2019 in Kraft. Die MHB und ihre Trägerkliniken haben die Beantragung gemäß Hochschulankennungsverordnung beim MWFK eingereicht. Die MHB hat am 18. Dezember 2020 den Anerkennungsbescheid vom MWFK wurden, in Abstimmung mit den Trägerkliniken, aufgearbeitet. Die Umsetzung der Zusammenarbeit als Universitätsklinikverbund und die Errichtung der Hochschulambulanzen schreitet weiter voran. Die Verhandlungen mit den Krankenkassen zum Abschluss einer Vergütungsvereinbarung sind abgeschlossen. Die Unterzeichnung der Vergütungsvereinbarung folgt zeitnah. Anfang 2019 startete die Geschäftsführung den Strategieprozess. Der Strategieprozess wurde im Frühjahr 2020 in seiner Entwicklung vorerst abgeschlossen. Die sechs Säulen der MHB Strategie umfassen die Themen: Strategischer Rahmen, Studium & Lehre, Forschung, Gesellschaft & Transfer, Finanzen und Organisation & Struktur. Im Anschluss startete die Vorbereitung der Umsetzung sowie z.T. auch die Umsetzung der Maßnahmen der Strategie zur Erreichung der gesetzten Ziele für die drei Zeithorizonte 2020, 2021 und 2025. Im Zuge der Bewilligung der Projektförderung durch das Land wurde der Strategieprozess zur „MHB Strategie 2025“ mit einer Senats AG angefangen und überarbeitet und um das Projekt: „Horizont 2030 +“ erweitert. Das MHB-Projekt: „Horizont 2030+“ umfasst die Themenbereiche: Digitalisierung, Portfolioerweiterung (mit dem Fokus Aufbau neuer Studiengänge), Verbesserung der Servicequalität für Studierende und die Klärung des Selbstverständnisses der MHB als kommunal-freigemeinnützige Universität. Die Bestandsaufnahme zu den Themenbereichen des MHB-Projekts: „Horizont 2023+“ ist abgeschlossen. Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme werden Anfang 2022 den Gesellschaftern vorgestellt.

Wegen dem weiter anhaltenden Auf- und Ausbau der Studienbetriebs- und Forschungsstrukturen ist die Vergleichbarkeit des Jahresabschlusses mit dem Vorjahr nur eingeschränkt gegeben. Zum Bilanzstichtag 30. September 2021 weist die Gesellschaft eine Bilanzsumme von 36.202 TEUR (Vorjahr 25.145 TEUR) aus. Erwartungsgemäß stellen die Forderungen aus Zuwendungen und Zuschüssen mit 26.378 TEUR (Vorjahr 14.602 TEUR) den größten Vermögenswert dar. Die Gesellschaft ist bilanziell überschuldet, hat aber plangemäß erstmals ein positives Jahresergebnis erwirtschaftet, das weit über den Erwartungen liegt. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beträgt bei einem Jahresüberschuss von 916 TEUR (Vorjahr ./ 693 TEUR), bezogen auf die Bilanzsumme 14,0 % (Vorjahr 23,90 %). Eine Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne liegt nicht vor, da eine positive Fortführungsprognose besteht und die Liquidität gesichert ist. Die Aufbau- und Konsolidierungsphase der MHB ist weitgehend abgeschlossen. Gegenüber den Planungsstand geringere Personalkosten und höhere refinanzierte Verwaltungs- und Infrastrukturkosten führen dazu, dass das Geschäftsjahr 2020/2021 mit einem um rd. 845 TEUR höheren Jahresüberschuss als geplant abgeschlossen werden konnte. Die Erhöhung des Studierendenbestandes und die planmäßige Ausweitung des Forschungsbetriebes spiegeln sich in der Entwicklung der Umsatzerlöse wieder. Die Umsatzerlöse, die um 8.499 TEUR anstiegen, enthalten im Wesentlichen Studienbeiträge in Höhe von 9.214 TEUR (Vorjahr 7.724 TEUR) und zu vereinnahmende Zuwendungen und Zuschüsse in Höhe von 11.843 TEUR (Vorjahr 4.762 TEUR), davon 1.160 TEUR (Vorjahr 339 EUR) Verwaltungskostenerträge aus den Fördermitteln. Aufgrund der erhaltenen Landesförderung sind die Investitionen im Vergleich zum Vorjahr stark angestiegen (3.399 TEUR; Vorjahr 1.076 TEUR). Die bewirkt eine Erhöhung der zu verbuchenden Erträge aus der Auflösung von Sonderposten um 473 TEUR und ist ursächlich für den Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge. Den höheren Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten steht ein Anstieg der Abschreibungen von 351 TEUR auf 807 TEUR entgegen. Die Materialaufwendungen sind im

Vergleich zum Vorjahr um 786 TEUR gestiegen. Der Anstieg der Materialaufwendungen ist hauptsächlich auf die Entwicklung der Laborkosten und die Verbundforschungsleistungen zurück zu führen. Auch im Geschäftsjahr 2020/2021 hat die MHB zur Absicherung der Lehrverpflichtung auf externe Dozenten zurückgreifen müssen (669 TEUR; Vorjahr 684 TEUR). Im Rahmen des laufenden Personalaufbaus für den Hochschulbetrieb hat sich die Mitarbeiterzahl der Gesellschaft stichtagsbezogen von 243 auf 285 Mitarbeiter*innen erhöht, wobei dabei auch über Drittmittel finanzierte Stellen enthalten sind. Der Stellenaufbau setzt sich seit dem letzten Jahr kontinuierlich fort und steht zu einem großen Teil im Zusammenhang mit den erhaltenen Landesfördermitteln. Die Erhöhung des Personalaufwandes von 7.248 TEUR auf 10.035 TEUR trägt dem Rechnung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr erneut stark gestiegen. Begründet ist dies vor allem durch die hohen Investitionen im Zusammenhang mit der erhaltenen Landesförderung, da die Investitionen verwandten vereinnahmten Ertragszuschüsse über die Sonderpostenzuführungsaufwendungen im Jahresabschluss neutralisiert werden. Im Geschäftsjahr waren 3.328 TEUR so zu verbuchen (Vorjahr 908 TEUR). Daneben sind vor allem der Lizenzaufwand (+226) und die Mietaufwendungen gestiegen (+ 132 TEUR). Hier wirkt sich der erstmalig ganzjährige Mietaufwand für die Ausweitung der Laborflächen in Brandenburg und Neuruppin ab Juli 2020 aus. Dem entgegenstehen geringere Aufwendungen für Personalbeschaffung und erneut gesunkene Reise- und Repräsentationskosten. Im Geschäftsjahr 2020/2021 musste die Gesellschaft zur Deckung des Finanzbedarfs im Vergleich zum Vorjahr unterjährig wesentlich geringer auf die bestehende Kreditlinie zugreifen. Die Entwicklung des Zinsaufwandes spiegelt dies wider. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2020/2021 insgesamt gesichert und die zur Verfügung stehenden Mittel (inklusive Kreditlinie) reichten jederzeit aus, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Die Gesellschaft verfügt zum Stichtag über Finanzmittel in Höhe von 8 TEUR (Vorjahr 2.195 TEUR), denen Geldmarktkredite über insgesamt 1.000 TEUR (Vorjahr 4.000 TEUR) und eine Kontokorrentkreditinanspruchnahme von 524 TEUR entgegenstehen. Zur Sicherung des Liquiditätsbedarfes besteht eine Kreditlinie über 4,5 Mio. EUR, für die die Gesellschafter der MHB bürgen. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens ist geordnet.

11. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

Ziel und Gründungsanspruch der MHB ist es, eine den Anforderungen an den späteren Beruf Rechnung tragende, moderne und praxisnahe sowie freiheitliche und ganzheitliche Ausbildung zu etablieren. Die Anerkennung der Hochschule ist bis zum 30. September 2021 befristet. Die MHB beantragte in 2018 die Verschiebung der Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat um drei Jahre. Mit dem Schreiben vom 31. Oktober 2018 bewilligte das MWFK schriftlich den Aufschub der befristeten Anerkennung der MHB bis zum 30. September 2024. Die Bewilligung des Aufschubs der Akkreditierungsfrist der MHB erfolgte unter der Bedingung der Zwischenevaluation der Forschung und der Gründungsprofessoren der MHB. Die Gesamtwürdigung der Abschlussberichte zur Zwischenevaluation erfolgte überwiegend positiv. Die MHB blickt nun auf die Akkreditierung in 2024. Der Aufwuchs in der Medizin, die Einführung des Direktstudiengangs Psychotherapie, die Bewilligung der Projektförderung durch das Land Brandenburg und der damit einhergehende Aufwuchs im Forschungsprojektbereich tragen in Summe wesentlich zur positiven Entwicklung der aktuellen und zukünftigen Finanzlage der MHB bei. Die Entwicklung spiegelt sich deutlich in den positiven Ergebnisplanungen der Folgejahre wider. Mit den positiven Jahresergebnissen strebt die MHB weiterhin ihr Kerngeschäft in Forschung und Lehre qualitativ und quantitativ auszubauen sowie die Darlehensnutzung kontinuierlich zurückzuführen. Die Inanspruchnahme des Geldmarktkredites geht weiterhin sukzessive zurück. Zum Stichtag des Geschäftsjahres 2023/2024 wird die Nullinanspruchnahme prognostiziert. Die Liquidität der Gesellschaft ist durch die bis zum 31. Dezember 2025 von der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin gewährte Kreditlinie von 4,5 Mio. EUR und Einlagen der Gesellschafter sichergestellt. Die Projektförderung der MHB ist in der aktuellen Wirtschaftsplanung berücksichtigt. Der Fokus der Gesellschaft besteht weiterhin im Ausbau der Hochschule. Die wichtigen Indikatoren für die Entwicklung der Hochschule im Bereich Studium und Lehre sind die Bewerberlage und die Anzahl der Studierenden. Die Bewerberzahlen zum Medizinstudium an der MHB sind weiterhin hoch. In den Bewerbungsläufen zum Geschäftsjahr 2021/2022 erhielt die MHB im Schnitt rund 300 Bewerbungen. Die Bewerberzahlen zur Psychologie sind konstant. Zum Wintersemester 2021/2022 sind 112 Bewerbungen auf einen Studienplatz im Bachelorstudiengang eingegangen. Zum 01. Oktober 2021 immatrikulierte die MHB 94 Studierende (Medi-

zin 48; Psychologie Bachelor 31; Psychologie Master 15). Die in Potsdam in 2018 gegründete Health & Medical University (HMU) stellt weiterhin einen Mitbewerber dar. Die HMU ist eine private Hochschule, die ihre Zulassung zur Aufnahme des Studienbetriebes in 2019 erhalten hat. Das Studiengangportfolio der HMU umfasst u.a. die Humanmedizin und den Masterstudiengang Psychotherapie. Die HMU hat den Studienbetrieb in der Humanmedizin im Wintersemester 2020/2021 gestartet. Der Start des Studienbetriebes im Masterstudiengang Psychotherapie ist für das Wintersemester 2023/2024 geplant. In welchem Ausmaß ein für die MHB nachteiliger Wettbewerbseffekt entstehen wird, bleibt weiterhin abzuwarten. Darüber hinaus hat die HMU eine weitere medizinische Fakultät in Erfurt gegründet. Die Erstimmatrikulation von Studierenden ist für das Sommersemester 2022 geplant. Die Fakultät ist die insgesamt vierte medizinische Fakultät von Frau Renken-Olthoff (Inhaberin der HMU; neben Potsdam, Berlin und Hamburg). Frau Renken-Olthoff verlegt zudem ihren Hauptverwaltungssitz von Potsdam nach Erfurt. Die MHB plant den kontinuierlichen weiteren Ausbau der Forschung. Die MHB erwartet im Geschäftsjahr 2024/2025 ein Drittmitteleinzelprojektbudget von knapp 9,2 Mio. €. Die zugrundeliegende Planung wird von der Geschäftsführung vor dem Hintergrund der aktuellen Professorenplanung als moderat angesehen. Erwartungsvoll blickt die MHB auf die Entwicklung zum Aufbau einer Universitätsmedizin in Cottbus. Die Planungskommission um Prof. Einhäupl plant die Konzeptvorstellung zum Ende 2022. Zum aktuellen Sachstand plant die Kommission die Immatrikulation der ersten Studienredenden in Cottbus zum Wintersemester 2026/2027. Die neue Universitätsmedizin in Cottbus wird von der MHB als Chance für das Land zum gemeinsamen Ausbau der Universitätsmedizin in Brandenburg gesehen. Der mit dem MWFK abgestimmte Entwurf zur Habilitationsordnung liegt dem Fakultätsrat der FGW am 06. Dezember 2021 zum Beschluss vor. Im Anschluss soll die Habilitationsordnung in den Senat an deren Finalisierung in den zuständigen Gremien bereits mit Hochdruck gearbeitet wird. Darüber hinaus plant das Landesministerium die finanzielle Unterstützung der FGW ab 01. Januar 2022 zu ändern. Den Plänen zufolge soll die Förderung der Uni Potsdam und der BTU Cottbus/Senftenberg auf 2,5 Mio. € jährlich gekürzt werden. Die FGW-Förderung der MHB bleibt weiterhin unverändert bestehen. Die MHB erwartet für das folgende Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss, leicht unterhalb dem des aktuellen Geschäftsjahres.

12. Weitere Informationen

Bilanz

Aktiva	30.09.2021 in €	30.09.2020 in €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Anlagevermögen	155.934,30	77.781,30
II. Sachanlagen	4.298.958,42	1.784.885,86
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26.537.511,14	15.012.461,88
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	144.000,11	385.178,90
2. Forderungen aus Zuwendungen und Zuschüssen	26.377.601,64	14.602.070,23
3. Sonstige Vermögensgegenstände	15.909,39	25.212,75
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	7.944,75	2.194.775,24
C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	119.488,39	76.963,89
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	5.082.539,57	5.998.554,12
Bilanzsumme	36.202.367,57	25.145.422,29
Passiva	30.09.2021 in €	30.09.2020 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00

II. Kapitalrücklage	1.000.000,00	1.000.000,00
III. Verlustvortrag	-7.098.554,12	-6.405.491,03
IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	916.014,55	-693.063,09
V. <i>Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbedarf</i>	5.082.539,57	5.998.554,12
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.852.807,81	1.164.269,25
C. Rückstellungen	2.004.682,56	1.255.085,82
D. Verbindlichkeiten	27.605.681,20	19.965.626,22
E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	2.739.205,00	2.760.441,00
Bilanzsumme	36.202.376,57	25.145.442,29

Gewinn- und Verlustrechnung

	30.09.2021 in €	30.09.2020 in €
Umsatzerlöse	21.611.719,25	13.113.076,09
Sonstige betriebliche Erträge	881.048,74	463.517,81
Materialaufwand	3.405.017,82	2.619.185,01
Personalaufwand	10.034.838,48	7.248.194,28
Abschreibungen	806.980,49	351.189,70
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.278.617,51	3.993.887,38
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15,39	0,00
Zinsen und sonstige Aufwendungen	39.947,64	51.129,77
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10.645,72	5.198,22
Sonstige Steuern	721,17	872,63
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	916.014,55	-693.063,09

6.7 PRO Energy GmbH

1. Unternehmensdaten

Name	PRO Energy GmbH
Unternehmenssitz	Fehrbelliner Straße 38, 16816 Neuruppin
Geschäftsführung	Dr. Gunnar Pietzner Thoralf Uebach
Telefon	03391/39-0
E-Mail	gf@ruppiner-kliniken.de
Gründungsempfehlung durch den Aufsichtsrat der PRO Klinik Holding GmbH	17.12.2007
Gründungsbeschluss der Gesellschafterversammlung der PRO Klinik Holding GmbH	15.12.2008
Prüfrechte (§§ 53, 54 HGrG)	Die Prüfung wurde auf Ebene des Konzerns PRO Klinik Holding GmbH zusammengefasst durchgeführt.
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	21.12.2007, zuletzt geändert am 01.03.2017
Stammkapital	25.000,00 €

2. Gesellschafterstruktur – Anteile am Stammkapital

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in %	Stammeinlage in €
PRO Klinik Holding GmbH	50,00	12.500,00
Stadtwerke Neuruppin GmbH	50,00	12.500,00
		25.000,00

3. Unternehmensgegenstand

Gegenstand der PRO Energy GmbH ist die Erzeugung und Verteilung von Strom, Wärmeenergie und Gebrauchswarmwasser, die Errichtung und der Erwerb sämtlicher hierzu erforderlichen Anlagen sowie die Erbringung aller sonstigen damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen.

4. Eingetragen im HR

Eingetragen im HRB 8526 – Amtsgericht Neuruppin.

5. Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Nürnberg hat nach ihrer Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Geschäftsführers keine Einwendungen und dementsprechend am 08.04.2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

6. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung der PRO Energy GmbH hat in der ordentlichen Sitzung am 31.08.2022 den Jahresabschluss 2021 festgestellt, den Jahresüberschuss in Höhe von 89.748,96 € auf neue Rechnung vorgetragen und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021 die Entlastung erteilt.

7. Konzernbeziehung

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der PRO Klinik Holding GmbH, Neuruppin einbezogen.

8. Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahl	2021	2020	2019
Anlagenintensität (AI) in %	68,2	70,5	73,2
Eigenkapitalquote (EKQ) in %	43,3	35,8	23,3
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in €	-	-	-
Anlagendeckungsgrad (ADG II) in %	II 120,0	117,3	105,3
Zinsaufwandsquote (ZAQ) in %	5,8	7,0	8,2
Liquidität 3. Grades (LQ III) in %	175,3	205,4	136,4
Cashflow (CF) in €	192.644,96	323.103,79	204.980,08
Gesamtkapitalrentabilität (GKR) in %	6,5	12,0	4,2
Umsatz (UE) in €	280.603,08	280.603,08	280.603,08
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (JU/JF) in €	89.748,96	188.576,79	54.995,08
Personalaufwandsquote (PAQ) in %	0,0	0,0	0,0
Anzahl der Mitarbeiter (MA)	0	0	0

9. Verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Die PRO Energy GmbH, mit Sitz in der Fehrbelliner Straße 38 in Neuruppin, wurde am 21.12.2007 durch Bargründung mit einem Stammkapital in Höhe von 25 T€ als 100 %-ige Tochtergesellschaft der PRO Klinik Holding GmbH gegründet und gehört seit diesem Zeitpunkt dem PRO Klinik Holding Konzern an. In 2008 wurden 50 % der Geschäftsanteile an die Stadtwerke Neuruppin GmbH verkauft. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft bezieht sich auf den Betrieb eines Blockheizkraftwerkes (BHKW) und einer Kälteanlage mit Standort Neuruppin.

Geschäftsverlauf

Seit Aufnahme des Geschäftsbetriebes Ende 2010 lieferte die PRO Energy GmbH an die beiden Gesellschafter bzw. deren Tochtergesellschaften Strom, Wärme und Kälte. Mit Wirkung zum 01.05.2014 hat die Gesellschaft das BHKW und die Kälteanlage an die Ruppiner Kliniken GmbH verpachtet. Der Pachtvertrag läuft auf unbestimmte Zeit und kann mit einer Frist von 6 Monaten zum Jahresende gekündigt werden. Die Ruppiner Kliniken GmbH trägt das wirtschaftliche Risiko des Anlagenbetriebes.

Nach dem durch einen Sondereffekt beeinflusstem Jahresergebnis 2020 bewegt sich die Gesellschaft im Geschäftsjahr wieder auf Normalniveau. Die Umsatzerlöse und Kostenstruktur stellen sich aufgrund des bestehenden Rahmenvertrages konstant dar. Zum Bilanzstichtag 31.12.2021 weist die Gesellschaft bei einer Bilanzsumme von 1.643 T€ ein Eigenkapital in Höhe von 711 T€ (im Vorjahr 621 T€) aus. In Folge des Jahresüberschusses und der mit den planmäßigen Tilgungen der Investitionsdarlehen einhergehenden Verringerung der Bilanzsumme erhöhte sich die Eigenkapitalquote von 35,8 % auf 43,3 %. Das Anlagevermögen stellt mit 1.120 T€ (im Vorjahr 1.223 T€) den größten Vermögenswert dar. Es ist vollständig durch Eigenmittel sowie mittel- und langfristige Darlehen gedeckt. Es bestehen zwei mittelfristige Darlehen bei Kreditinstituten sowie ein weiteres bei einem verbundenen Unternehmen. Die Darlehen werden planmäßig getilgt. Das Finanzergebnis stellt sich aufgrund der weiter gesunkenen Zinslast verbessert dar. Die Liquidität der Gesellschaft war im Jahr 2021 gesichert und die zur Verfügung stehenden liquiden Mittel reichten und reichen derzeit aus, um die fälligen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens ist geordnet.

10. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

Aufgrund der Verpachtung der KWKK-Anlage beeinflusst die Energiegesetzgebung die PRO Energy GmbH nicht mehr. Das Erlöspotential der Gesellschaft ist durch den abgeschlossenen Pachtvertrag über die KWKK-Anlage gedeckelt; die Erschließung weiterer Geschäftsfelder durch die Art der Geschäftstätigkeit stark eingeschränkt. Der Pachtvertrag wurde auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann mit einer Frist von 6 Monaten zum Jahresende gekündigt werden. Die Betrei-

berin Ruppiner Kliniken GmbH trägt das wirtschaftliche Risiko des Anlagenbetriebes. Bei Kündigung des Pachtvertrages setzen die ursprünglichen Vertragsverhältnisse zur Erzeugung und Belieferung von Strom, Wärme und Kälte wieder ein. Die Gesellschaft verfügt aktuell zwar über ausreichende finanzielle Reserven, da aber der mittelfristig zu erwirtschaftende Cashflow überwiegend zur Deckung der bestehenden finanziellen Verpflichtungen eingesetzt werden muss, besteht bei Ausfall der Pachteinnahmen latent die Gefahr von Liquiditätsengpässen. Die Erlös- und Kostensituation im ersten Monat des Geschäftsjahres 2022 liegt auf dem geplanten Niveau. Die Geschäftsführung geht zum Zeitpunkt der Berichterstellung davon aus, dass das geplante Ergebnis über den Jahresverlauf erreicht wird. Die Gesellschaft plant eine stabile wirtschaftliche Entwicklung, wobei für das Jahr 2022 aufgrund der weiter sinkenden Zinslast ein positives Ergebnis leicht über dem Niveau des Geschäftsjahres 2021 und eine geordnete Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet wird.

11. Weitere Informationen

Bilanz

Aktiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen	1.120.424,00	1.223.320,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00	424,60
3. Sonstige Vermögensgegenstände	77,35	0,00
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	522.009,78	511.552,55
Bilanzsumme	1.642.511,13	1.735.297,15

Passiva	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	596.202,00	407.626,20
III. Jahresüberschuss	89.748,96	188.576,79
B. Rückstellungen	72.825,00	63.555,00
C. Verbindlichkeiten	814.269,93	999.921,16
E. Passive latente Steuern	44.464,25	50.618,00
Bilanzsumme	1.642.511,13	1.735.297,15

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €
Umsatzerlöse	280.603,08	280.603,08
Sonstige betriebliche Erträge	1.647,62	172.207,76
Abschreibungen	102.896,00	134.527,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	36.610,73	33.761,25
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
Zinsen und sonstige Aufwendungen	16.330,08	19.569,62
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	36.411,33	76.122,58
Sonstige Steuern	253,60	253,60
Jahresüberschuss	89.748,96	188.576,79